Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 181 | Gelsenkirchen, Mittwoch, den 6. August 1930 | 12. Jahrgang

Sozialdemokratie im Kampf

Uraufführung des ersten sozialdemokratischen Tonfilms

Berlin, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) In Berlin ist der erste sozialdemokratische Tonfilm uraufgeführt worden. Sein Titel ist „Die Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf". In dem Film tritt als erster Reichsarbeitsminister a. D. Wissell auf, der die sozialdemokratischen Wahlforderungen prägnant formuliert: Schutz den Arbeitslosen, Schutz den Frauen, Schutz der Jugend, Schutz den Kindern, Schutz allen Arbeitenden. Der Finanzsachverständige der SPD. Paul Hertz zeigt in eindringlichen Sätzen die Schuld der bürgerlichen Parteien an der Zerrüttung der deutschen Finanzen. Nicht die Aermsten, sondern die Besitzenden müßten zur Zahlung der Lasten herangezogen werden. Schießlich berichtet Rudolf Breitscheidt darüber, was die Regierung Hermann Müller innen- und außenpolitisch für das Volk bedeutete, wie die Koalition des sozialistischen Kanzlers von der Reaktion gesprengt wurde und wie Brüning ans Ruder kam. Zum Schlusse seiner Darbietungen fordert Breitscheidt auf, zum Schutze der Republik habe das schaffende Deutschland am 14. September die Liste 1, die Liste der Sozialdemokratie zu wählen. Kampfbegeistert und siegesgewiß erschallen nach diesen Worten die festlichen Töne „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" wie ein Gelöbnis. Unzählige werden den Film sehen und hören. Möge er Unzählige für die Sache der Sozialdemokratie werben.



Die Sozialdemokratie Berlins veranstaltete Sonntag eine stark besuchte Antikriegskundgebung im Lustgarten. Blick von der Schloßterrasse auf den Fahnenwald und die Riesenmenge unserer Kämpfer.

KPD.-Politik ist nicht zu verantworten

Zehn Jahre KPD.-Führer. Jetzt Uebertritt zur Sozialdemokratie

Frankfurt a. M., 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorsitzende der hiesigen kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, Steffens, ist zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Steffens das Wort und erklärte den Delegierten, daß er aus Am Vorabend des SPD.-Unterbezirkstages nahm voller Ueberzeugung und aus freiem Willen zur Sozialdemokratie zurückkehre, der er schon vor dem Kriege angehört hat. Er war zehn Jahre Mitglied der Kommunistischen Partei, in der er an führender Stelle stand. Er mußte aber einsehen, daß die von der KPD. betriebene Politik der Arbeiterschaft keinen Nutzen bringt. Angesichts der jetzigen politischen und wirtschaftlichen Lage konnte er es nicht länger verantworten, diese Politik mitzumachen. Es gilt jetzt, alle Kräfte einzusetzen für die Aufklärung der Arbeiterschaft, die erkennen muß, daß nur die Sozialdemokratie ihr Vertrauen verdient, weil nur diese allein einen wirksamen Kampf gegen die Reaktion führt. Die Erklärung dieses bekannten Führers der Kommunisten rief großes Aufsehen hervor und wurde von den Delegierten mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Eiertänzer

Arthur Mahraun mal Judenfreund mal Antisemit

Berlin, 5. August. (Eig. Drahtber.) Der Mitbegründer der Staatspartei, Herr Artur Mahraun, arbeitet eifrig an der Umarbeitung aller Werte und aller politischen Begriffe. Er ist ungemein fruchtbar, hat er doch eben die Aufgabe gelöst, zugleich Antisemit und Judenfreund zu sein. Das ist sehr einfach: Für die Jungdeutschen ist er rassenstreng, für die Staatspartei aber von größter Toleranz in Rassenfragen. Er hat in seinem Blatte einen Aufsatz veröffentlicht mit dem Titel „Meine Stellung zum Judentum". Wie alles Jungdeutsche, so zeichnet sich der Aufsatz dadurch aus, daß der Nachsatz immer den Vordersatz aufhebt. Herr Mahraun erklärt: „Verschiedene Zeitungen veröffentlichen einen Brief, in dem ich einem persönlichen Freund die Versicherung abgab, daß sich die Volksnationale Reichsvereinigung selbstverständlich energisch gegen alle diejenigen Juden zur Wehr setzen werde, welche an den Grundsätzen unserer christlichen und deutschen Kultur rütteln wollen. Andere Zeitungen bezeichnen das Vorhandensein des sogenannten Abwehrparagraphen, der eine der Grundlagen des Jungdeutschen Ordens ist, als Antisemitismus. Der Jungdeutsche Orden läßt an dieser Grundlage seiner Mitgliedschaft nicht rütteln."

Das ist doch klar und entschieden. Sofort hinterher aber erklärt Herr Mahraun: „Unbeschadet unserer völkischen Gesinnung bekämpfen wir schon aus Gründen der nationalen Einheit und Befriedung des deutschen Volkes den demagogischen Antisemitismus unserer Zeit."

Welch ein feiner Unterschied zwischen Antisemitismus und demagogischen Antisemitismus. Die jüdischen Mitglieder der Deutschen Staatspartei sind zur Partei zugelassen. In dieser Partei aber gibt es eine besondere arische Organisation, ein Klub der Auserlesenen, auf dessen Machtstellung Herr Mahraun schon mehrfach gepocht hat. Das sind die Mitglieder erster Klasse und an den Grundlagen dieses arischen Klubs will Herr Mahraun nicht rütteln lassen. Die Mitglieder der zweiten Klasse dürfen vielleicht für die Partei zahlen. Aber in den Klub der Erstklassigen dürfen sie nicht hinein, denn über diesem steht, wie über dem Versammlungsanzeiger der Hakenkreuzler: Juden haben keinen Zutritt.

Preisskandale

Lohndruck statt Monopolpreissenkung

Berlin ist neben der Ruhr zum Sturmzentrum der deutschen Unternehmer für den Lohnabbau geworden. Die deutsche Arbeiterschaft muß klar erkennen, daß der Angestelltenabbau in Berlin auf derselben Linie liegt, wie der Lohnabbau in der Eisenindustrie. Was aber in Berlin die Situation entscheidet, sind nicht die massenhaften Angestelltenkündigungen als solche, sondern ihr klarer Zweck, den allgemeinen Lohndruck in Deutschland durch eine Großaktion in Berlin, auf die die Blicke des ganzen Reiches gerichtet sind, zu verstärken.

Wie an der Ruhr bei der Eisenindustrie, so ist auch in Berlin bei der Elektro-Industrie der angeführte Grund, daß die Kündigungen durch die Rentabilitätsentwicklung notwendig seien, nachweisbar eine Unwahrheit. Wir brauchen uns nur zu erinnern, was aus der Vergangenheit gegen diese Behauptungen anzuführen ist. Siemens & Halske hat die letzten Dividenden von 12 auf 14 Prozent erhöht. Siemens und Schuckert von 9 auf 10 Prozent. Die wirklichen Gewinne sind doppelt so hoch. Bei der AEG. gab es eine Erhöhung von 8 auf 9 Prozent. In einem Jahr stieg der Umsatz um 16 Pro. Die Belegschaft vermehrte sich nicht. Das Jahr 1928 bis 1929 war das beste Jahr der AEG. seit der Inflation. In den letzten drei Jahren ist je Arbeiter und Angestellter der Umsatz von 7 700 auf 16 700 Mk. bei der AEG. gestiegen. Für die deutsche Elektro-Industrie insgesamt hat Direktor Haller kürzlich in einem Aufsatz festgestellt, daß der Produktionswert von 1925 bis 1928 um 30 Prozent, die Belegschaft sich aber nur um 16 Prozent vermehrt hat.

Die Sache mit der bedrohten Rentabilität ist aber noch aus einem anderen Grunde eine Unwahrheit. Gerade in der Elektro-Industrie spielen die sogenannten Weltmarktrohstoffe wie Kupfer, Blei, Zinn, Gummi bei der Materialbeschaffung eine sehr große Rolle. Es ist Herrn Siemens nicht eingefallen, von den riesenhaften Ersparnissen ein Wort zu sagen, die durch Preissturz dieser Rohstoffe eingetreten sind. Kupfer kostete im Juni 1930 pro 100 Kilo nur 105 Mk., statt 228 Mk. im März vorigen Jahres, Blei nur 26 Mk. gegen 57 Mk. und Zinn nur 269 Mk. gegen 442 Mk., bei Gummi ist ein Preissturz auf fast ¼ eingetreten. Dabei steht fest, daß diese Ersparnisse noch Monate hinaus fortdauern werden. Natürlich gelten sie auch außerhalb der Elektroindustrie. Sie sind nur hier am stärksten.

Die Elektroindustrie, die auch ein sehr großer Eisenverbraucher ist, hat mit keinem Wort bisher darauf hingewiesen, daß die Eisenpreissenkung absolut unzureichend und die Senkung der übrigen gefallenen Preise eine absolute Notwendigkeit ist, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Herr von Siemens und seine Unternehmergenossen konnten darauf hinweisen und mußten das tun im eigenen Interesse. Aber dann könnte ja die Einheitsfront für den Lohndruck gefährdet werden. Der Lohndruck aber ist wichtiger als die Monopolpreissenkung. Noch immer sind in Deutschland folgende Tatsachen viel zu wenig beachtet: Gegenüber den Höchstpreisen vom Mai 1928 sind die Metalle bis zum Juli 1930 gesunken von 104,4 auf 84 Prozent des Friedenspreises. Die Textilwaren von 167,1 auf 104 Prozent, Häute und Leder von 156,2 auf 107,6 Prozent, Rohgummi von 25,3 auf 16,8 Prozent. Das sind Rohstoffe, deren Preis vom Weltmarkt abhängen und von Kartellen hochgehalten werden konnte. Dagegen sind die deutschen kartellisierten Rohstoffe unvergleichlich viel weniger gesunken und was man nicht für möglich halten sollte, zum Teil gegenüber den Preisen von Mai 1928 noch gestiegen. So sank Papier nur von 148,3 auf 143,5, die Rohstoffe nur von 160 auf 147,1 Proz., eigene Rohstoffe und Eisen nur von 127,9 auf 125,4 Prozent. Gleichzeitig sind aber noch gestiegen, was nicht genug betont werden kann, Kohle von 131,4 auf 136 Prozent, Chemikalien von 125,8 auf 126 Prozent und Oele sogar von 118,1 auf 127,8 Prozent. Hier sind noch gewaltige Konjunkturreserven verborgen, die auf eine Regierung warten, die diese Reserven flüssig macht und nicht nur den Abbau des Kartellwesens mit Worten fordert.

Aber wir wollen das Bild noch etwas abrunden. Wir wollen den kolossalen Preisskandal beim Eisen noch etwas deut-

licher beleuchten, als es bisher geschehen ist. Auf dem Eisenweltmarkt hat sich die Konkurrenz so verschärft, daß die internationale Rohstahlgemeinschaft zusammengekracht ist. In Deutschland aber wurde eine Eisenpreissenkung durchgeführt, deren Geringfügigkeit im Verhältnis zum Weltmarkt ein Skandal ist. Innerhalb ganz weniger Wochen ist auf dem Weltmarkt der Preis für die Tonne Formeisen gesunken von 101,5 auf 96 Mk. In Deutschland kostet aber heute die Tonne Formeisen 134 Mk. Stabeisen sank von 107,5 auf 90 Mk. Preis für Deutschland 137 Mk. Bandeisen sank von 120 auf 105 Mk., Preis für Deutschland 159 Mk. Dabei liefert aber dieselbe deutsche Eisenindustrie, die das Inland so ausbeutet, für den Weltmarkt zu den gleichen Preisen, wie ausländische Konkurrenzen.

So ist man auf dem Wege, während nichts so notwendig ist, als die Erhaltung der im Inland noch vorhandenen geringen Kaufkraft, diese an sich schon so gedrosselte Kaufkraft durch offenen und versteckten Lohndruck noch weiter zu senken, während gleichzeitig die Voraussetzungen zerstört werden, auf dem Weltmarkt mit unseren weiterverarbeitenden Industrien konkurrenzfähig zu bleiben. Bei den Abwehrkämpfen der Lohnabbauversuche in Berlin, die nur die Form von Kündigungen und Entlassungen haben, geht es beileibe nicht nur um einen Lohnkampf. Die Arbeiter und Angestellten führen hier einen Abwehrkampf, der auch ein Weg aus der Krise werden muß.

Die Zentrumspolitik im Lichte Brüningscher Kritik

Fast täglich kann man in der Zentrums- und volksparteilichen Presse lesen, die jetzige schwierige Finanzlage sei hauptsächlich die Folge davon, daß der Sozialdemokrat Hilferding als Reichsfinanzminister kläglich versagt habe. Diese Behauptung ist typisch für die „Anständigkeit", mit der das Zentrum den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie führt. Selbst Brüning mußte in seiner Rede im Reichsausschuß der Zentrumspartei zugeben, daß Hilferding bereits eine völlig zerrüttete Finanzlage vorfand — durch die Schuld der früheren Regierungen seit 1926. Er sagte:

„Eine Krise des Parlaments sei seit 1926 vorauszusehen gewesen. Wir haben immer gesagt, daß, wenn die Ueberschüsse aus 1924 einmal erschöpft sind, und wir in das Höchstjahr der Reparationsleistungen kommen, wird niemand da sein, der die Mehrheit schafft zur Wiedererhöhung der damals gesenkten Steuern. Es ist leicht, Ausgabenpolitik zu treiben auf Grund der Ueberschüsse vergangener Jahre. Aber die Situation wurde schwierig, als außerordentliche Ausgaben des Reiches nicht mehr durch Anleihen zu decken waren. Da wurde der Kredit des Reiches erschüttert."

Diese Kritik des Herrn Brüning ist festhaltenswert. Sie muß aber noch ergänzt werden. Wir wollen unterstellen, daß Brüning zu den Warnern gegenüber der damaligen Finanzpolitik gehörte — wobei aber festzustellen bleibt, daß seine eigene Fraktion diese Warnungen in den Wind geschlagen hat. Die von Brüning kritisierte Politik ist vom Zentrum voll und ganz mitgemacht worden. Zum Teil unter Führung eines Zentrumsmannes als Reichsfinanzminister, des Herrn Köhler. Zu den Warnern gehörte auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, insbesondere auch Hilferding. Gegen die sozialdemokratischen Forderungen aber hat das Zentrum mit den anderen bürgerlichen Parteien eine Finanzpolitik getrieben, die zur Katastrophe führen mußte.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Herr Popitz hat kürzlich in einer Abhandlung in der „Europäischen Revue" nachgewiesen, daß die Deckung des Reichshaushalts seit 1926 „nicht echt" war. Schon 1926 sei ein Fehlbetrag vorhanden gewesen von 284,1 Millionen Mark, 1927 von 192,3 Millionen Mark, 1928 von 508,9 Millionen Mark. Durch Verwendung der Ueberschüsse aus den Jahren 24/25, durch Verbrauch der Betriebmittelfonds und durch Verbrauch der einmaligen Gewinne aus der Münzprägung für laufende Ausgaben habe man diese Defizite gedeckt. Alle Reserven wurden aufgebraucht, obwohl mit einer Steigerung der Reparationslasten zu rechnen war und deshalb eine Reservebildung das Gegebene gewesen wäre. Außerdem hat man aber in denselben Jahren über 800 Millionen Mark außerordentliche Ausgaben gemacht, ohne Deckung zu haben. Zu solchen Resultaten führte die vom Bürgerblock-Finanzminister Reinhold propagierte Finanzpolitik „hart am Rande des Defizits". So zerrüttet fand Hilferding die Reichsfinanzen vor. Als er dann neue Steuern forderte, da wurde ihm diese Forderung von den bürgerlichen Koalitionspartnern unter Führung der Volkspartei verweigert. Das Zentrum unterstützte diese Politik der Volkspartei.

*

Zur Rechtfertigung der unsozialen Steuerpolitik des Brüningblockes erklärte Brüning in seiner Rede u. a.:

„Man darf auch erinnern an die Mißwirtschaft in manchen Groß-Städten, die durch sozialistische und kommunistische Mehrheiten herbeigeführt worden ist, und die schließlich zu Steuermaßnahmen zwang, die man wirklich nicht als sozial ansprechen kann. Eine Steigerung der Mieten z. B. um 7 Prozent ist die größte unsoziale Belastung und ungerechteste Steuer, die es überhaupt gibt. Besonders für die kinderreichen Familien."

Zunächst eine Bemerkung: Die von der Brüningregierung durch die Steuernotverordnung diktierte Kopfsteuer übertrifft, was unsoziale Belastung und ungerechte Besteuerung betrifft, jede andere Steuerart. Doch das nur nebenbei. Will uns Herr Brüning verraten, in welcher Stadt durch eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit größte Mißwirtschaft getrieben wurde? Es gibt, das ist richtig, einige Städte, die eine solche Mehrheit haben. Bekannt ist aber auch, daß all überall die Kommunisten zu den größten Bekämpfern und Begeiferern der sozialdemokratischen Kommunalpolitik gehören. Ebenso ist uns aber bekannt, daß nicht nur Berlin, auf das anscheinend Brüning anspielt, als Beispiel kommunaler Mißwirtschaft angeführt wird, sondern auch Köln, wo Adenauer, die große zentrümliche Kommunalleuchte, die Führung hat.

Was sagen übrigens die verantwortlichen Leute der preußischen Zentrumspolitik zu dieser Bemerkung Brünings? Die preußische Regierung hat bekanntlich die Grundvermögensteuer verdoppelt, was eine Steigerung der Altmieten um 4 Prozent verursachte. Das Zentrum war anfänglich Gegner dieser Besteuerung. Aber nicht deshalb, weil es keine Belastung der Mieter wollte. Der Vorschlag des preußischen Zentrums hätte eine Steigerung der Altmieten um 10 Prozent verursacht. Den Hausbesitzern sollte dabei allgemein ein besonderes Geschenk gemacht werden.

Brünings Kritik ist also gegen die praktisch nirgends als Arbeitsgemeinschaft bestehenden sozialistisch-kommunistischen Mehrheiten ein Luftstoß. Gleichzeitig aber wird sie zu einer scharfen Anklage gegen die preußische Zentrumspolitik. Und gegen die Zentrumspolitik in vielen Gemeinden.

Bei den Finanzschwierigkeiten in den Industriegemeinden war fast überall Streitfrage, in welchem Umfang die Grundvermögenssteuer zu den gesteigerten kommunalen Finanzbedürfnissen herangezogen werden soll. Die Rechtsparteien traten überall für eine wesentlich schärfere Heranziehung der Grundvermögenssteuer zur Entlastung der Gewerbesteuern ein. Fast überall fanden sie dabei verständnisinnige Unterstützung des Zentrums. Beispiel Dortmund. Die Dortmunder Verwaltung unter Führung des volksparteilichen Oberbürgermeisters Dr. Eichhoff und des zentrümlichen Finanzdezernenten Dr. Kaiser schlug gegenüber dem vorjährigen Etatsansatz eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer um 120 Prozent vor. Gegenüber rund 66 Prozent bei der Gewerbeertrags- und 80 Prozent bei der Lohnsummensteuer. Will man leugnen, daß das Dortmunder Zentrum bereit war, einer solchen Veränderung des Verhältnisses in der Heranziehung der Grundvermögens- und der Gewerbesteuern zuzustimmen? Weil die Sozialdemokratie sich widersetzte, wurde sie vom Zentrum beschuldigt, daß sie eine Einigung mit der Volkspartei verhindert und damit dem Zentrum es unmöglich gemacht habe, positiv für den Etat mit der Sozialdemokratie zu stimmen.

Wo solche Tatsachen vorliegen, da sollte Herr Brüning vorsichtiger mit seinen Behauptungen sein.

Die Eisenbahner wählen Liste 1

Mit aller Kraft gegen den reaktionären Kurs

Berlin, 5. August. (Eig. Drahtber.) Der Vorstand und der Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner haben dieser Tage in Dresden zum Reichstagswahlkampf Stellung genommen. Der Verbandsvorsitzende Reichstagsabgeordneter Scheffel forderte in seinem Vortrag über die wirtschafts- und organisationspolitische Lage der Eisenbahner auf, zu ihrem Teil mit aller Kraft bei der Wahl dem reaktionären Kurs des Arbeitgebertums Halt zu gebieten. Seine Ausführungen fanden eine Zusammenfassung in einer einmütig angenommenen Entschließung, die im wesentlichen folgendermaßen lautet?

„Der Einheitsverband der Eisenbahner wird sich jedem Versuch eines Abbaues der Reallöhne mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenstellen, da der hemmungslose Lohn- und Gehaltsabbau die Wirtschaft nicht hebt, wohl aber die produktiv tätigen Teile der Bevölkerung der Verelendung ausliefert. Schärfsten Protest erhebt der Verband gegen die vom Präsidenten des Verwaltungsrates der Reichsbahn Herrn von Siemens an die Reichsregierung gerichteten Aufforderung, sogar durch Rechtsbruch das Einkommen der Eisenbahner zu kürzen. Für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, die Arbeitslosen, fordert die Konferenz Arbeitsbeschaffung und Ausbau der Werte schaffenden Arbeitslosenfürsorge. Angesichts der Bedeutung der Reichstagswahlen zu Gunsten des Volkes und in der klaren Erkenntnis, daß die Regierung Müller seinerzeit nur beseitigt wurde, weil sie sich entschieden für die gewerkschaftlichen Forderungen einsetzte, appelliert die Konferenz an die Eisenbahner und ihre Familienangehörigen, die Sozialdemokratische Partei, die sich als die beste politische Vertretung der Eisenbahner erwiesen hat, bei der Wahl am 14. September mit aller Kraft zu unterstützen."

40 Millionen-Auftrag aus der Türkei

Der türkische Eisenbahnmaterial-Lieferungsvertrag mit Deutschland unterzeichnet

Galata, 5. August. (Drahtmeldung.) Der Eisenbahnmaterial-Lieferungsvertrag als Schlußstück des Bauvertrages mit dem unter Führung der Julius Berger-Tiefbau-A.-G. stehenden Konsortium, der Friedrich Krupp A.-G., Essen, und den angeschlossenen Firmen ist soeben unterzeichnet worden. Der Vertrag bringt der deutschen Industrie Aufträge in Höhe von etwa 40 Millionen Reichsmark aus der Türkei.

Neues aus Röntgenthal

„Die Straßenräubermanieren gewisser Kreise"

Berlin, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Im Röntgenthaler Mordprozeß kam es bei der heutigen Vernehmung der Kriminalbeamten zu tragischen Szenen, da die Verteidiger alles daran setzten, diese wegen ihrer Objektivität unangenehmen Zeugen in ein schlechtes Licht zu setzen. Besonders bei der Vernehmung des Kriminal-Assistenten Erdmann, der als Beamter der Abteilung Ia die Vernehmungen der verhafteten Mörder zuerst durchgeführt hat, kommt es zu stürmischen Auftritten, als der Vorsitzende dem Zeugen mitteilt, der angeklagte Frank habe erklärt, er Erdmann, habe ihm im Polizeipräsidium mehrere Mark in die Hand gedrückt und habe dabei lächelnd gesagt: Bleiben Sie in der Nationalsozialistischen Partei und liefern Sie mir Material über alle Vorgänge, dann wird alles gut werden.

Zeuge Erdmann erklärt hierzu sehr erregt: „Ich erkläre hiermit unter meinem Eid, daß das eine schmutzige Unwahrheit ist. Ich habe dem Angeklagten, da er weinte und mir erzählte, daß seine Frau schwanger sei, aus Mitleid etwas Geld gegeben, ohniergend welche Bedingungen hieran zu knüpfen. Es war geradezu schändlich von Ihnen, Herr Frank, mein Mitleid derartig hinterlistig zu vergelten." Auch der Vorsitzende wird erregt und sagt zu Frank: „Es wäre doch wirklich eine bodenlose Gemeinheit von Ihnen, wenn Sie Herrn Erdmann seine Gutmütigkeit so lohnen würden."

Aber die Verteidiger lassen nicht locker, so daß die Staatsanwaltschaft eingreifen muß, um den Kriminalbeamten vor den Angriffen der Verteidiger zu schützen. Als an den Zeugen Erdmann die Frage gestellt wird, ob es stimme, daß die Protokolle unrichtig abgefaßt worden seien, wie einige Angeklagte behauptet hätten, sagt Erdmann: „Nein, das stimmt nicht. Die Protokolle sind ordnungsgemäß abgefaßt und auch von den Angeklagten und Zeugen unterschrieben worden." Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Becker: „Einer hat nicht unterschrieben, der Zeuge Wildies nämlich." Zeuge: „Ich kann ihn doch nicht zur Unterschrift zwingen." Auch der Vorsitzende stellt fest, daß es nicht das erste Mal sei, daß sich Zeugen oder Angeklagte weigern, ihre Aussagen zu unterschreiben. Ein Verteidiger besitzt den Geschmack hier dazwischen zu rufen: „Aber bei der Polizei-Abteilung Ia ist das geradezu üblich!"

Der Kriminalbeamte sieht den Zwischenrufer ein wenig spöttisch an und sagt: „Ich war darauf vorbereitet, daß die Verteidiger die schärfsten Angriffe gegen die Polizei unternehmen würde. Aber unbesorgt, meine Herren, mir können Sie nichts am Zeuge flicken."

Dem Kriminalassistenten Espe, einem älteren, ruhigen Mann, dessen Aussagen über jede Anzweiflung erhaben scheinen, wird vom Verteidiger Dr. Becker vorgeworfen, daß er ein „sinnloses" Protokoll in Sachen eines Belastungszeugen ausgefertigt habe. Der Staatsanwalt springt erregt auf und weist das unsachliche Vorgehen Dr. Beckers zurück, der daraufhin auf einmal nichts gesagt haben will. Zu einem weiteren Skandal kommt es, als Herr Becker den Antrag eines Kollegen unterstützt, wonach ein Röntgenthaler Zeuge geladen werden soll, der über irgend eine romantische Revolvergeschichte Auskunft geben könnte, die angeblich vor mehreren Monaten passiert ist. Als der Staatsanwalt und der Vorsitzende den Verteidiger kopfschüttelnd fragen, was denn diese Sache eigentlich mit dem Röntgenthaler Mordprozeß zu tun habe,

springt der nationalsozialistische Anwalt auf und leistet sich die folgende Provokation: „Der Zeuge soll Auskunft über die Straßenräubermanieren geben, die in gewissen Kreisen in Röntgenthal herrschen." Darauf fertigt ihn der Staatsanwalt ab, indem er meint: „Darüber reden wir ja schon während des ganzen Prozesses und sind uns über die gewissen Kreise längst klar."

Die Vernehmung der Aerzte, die den erschossenen Kubow und die übrigen Verletzten untersuchten, bringt mancherlei Interessantes. Der Arzt Dr. Schiller, der die erste Hilfe leistete, war bei seiner ersten Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter der Meinung, daß das Geschoß vielleicht auch von dem Lokal aus abgegeben worden sein könnte. Inzwischen hat er aber seine Aussage berichtigt und stellt nun unter großer Bewegung im Gerichtssaal fest, daß die Kugel unbedingt aus der Richtung der Straße, also von den nationalsozialistischen Angreifern, abgefeuert worden sei. Der Kreisarzt Medizinalrat Dr. Kühnlein war bei der Obduktion der Leiche des ermordeten Kubow zugegen und berichtet ausführlich über die fürchterlichen Verletzungen, die dem fliehenden Kubow die Nieren und die Gedärme zerrissen haben. Der Unglückliche starb an innerer Verblutung und an Gefäßverletzungen. Da der Röntgenthaler Arzt Dr. Görnecke es als unwahrscheinlich hingestellt hatte, daß der verletzte Kubow nach der Schußverletzung noch 10 bis 15 Meter gelaufen sei, stellte der Staatsanwalt an den Medizinalrat die Frage, ob auch er das für unmöglich halte. Dr. Kühnlein erklärt: „Ich habe im Felde sehr oft so etwas erlebt." Der Oberassistenzarzt Dr. Weimann hält es für durchaus möglich, daß kräftig gebaute Leute, wie Kubow, auch bei derartigen Schußverletzungen noch 10 oder 15 Meter laufen können. Der Chefarzt Dr. Holzhausen vom Krankenhaus Bernau hat an dem Schwerverletzten eine Bauchoperation vorgenommen, die jedoch keine Hilfe mehr bringen konnte. Kurz vor der Narkose sprach er mit dem Sterbenden noch ein paar Worte. Kubow, der schwer atmend und offensichtlich entsetzliche Schmerzen ausstand, sagte röchelnd zu Dr. Holzhausen: „Man hat mich in Röntgenthal angeschossen. Beim Fortlaufen hat mich die Kugel von hinten getroffen. Es waren Nationalsozialisten."

Affentheater

Wählt KPD. und NSDAP. dann seid ihr verraten

Berlin, 5. August. (Eig. Drahtber.) Am Dienstag war eine Feriensitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die insgesamt 15 Minuten dauerte. Die Sitzung hatte auf Verlangen der Kommunisten und Nationalsozialisten einberufen werden müssen, die ausschließlich sinnlose Agitationsanträge auf die Tagesordnung stellten. Nachdem die Mittelparteien und die Sozialdemokraten gegen die sinnlosen Verhandlungen Widerspruch erhoben hatten, wurde die Sitzung aufgehoben. Die Kommunisten sangen, während die Stadtverordneten den Saal verließen, die Internationale. Auf den Publikumstribünen wurde ebenfalls unter wüsten Beschimpfungen der Sozialdemokratie die Internationale gesungen. Dieses Affentheater, das insgesamt eine Viertelstunde dauerte, kostet die Stadtkasse weit über 3000 Mark.

Nr. 181. 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 6. August 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Verregnete Ferien

Es war diesmal nichts mit den Ferienwochen, und doch hätte es im herrlichen Sauerlande sehr schön sein können. Die Muße wurde vorzeitig abgebrochen, und gilt es, alle Kraft dem Wahlkampf zu widmen. — Es war die Erlösung von einem Alpdruck, als wir im friedlichen Forsthaus hörten, daß der glorreichen Regierung Brüning der Krempel vor die Füße geschmissen worden, und daß es so zur Reichstagsauflösung gekommen war.

Wir hatten auch dort draußen in der ländlichen Freiheit das zweifelhafte Vergnügen, die „Gelsenkirchener Zeitung" täglich zu genießen, denn ein Kurgast, nämlich ein Mitglied des Gelsenkirchener Katholischen Frauenbundes, bekam sie gesandt. Wir wissen schon lange, daß die „Gelsenkirchener Zeitung" erzreaktionär ist. Wir sind darüber unterrichtet, daß ihrer „bewährten" politischen „Führung" das Reichsbanner ein Dorn im Auge ist, aber wir hätten trotz allem nicht geglaubt, daß dieses Blatt aus Anlaß des politischen Konkurses (Reichstagsauflösung!) seiner geliebten Mannen Brüning, Stegerwald und Wirth eine solche Fülle von Entstellungen politisch-geschichtlicher Wahrheit und ein solch ungeheures Maß von Gehässigkeit gegenüber der sozialistischen Partei und Presse aufbringen würde. In der Tat, es wurde da wirklich mehr als reichliches geleistet. Wir wollen heute auf Einzelheiten verzichten, unseren Lesern aber verraten, daß es noch weit schlimmere katholische Blätter gibt, die noch viel reaktionärer und noch viel bösartiger und gehässiger gegen die Sozialdemokratie vom Leder ziehen als das bisher die „Gelsenkirchener Zeitung" in ihren schlimmsten Tagen je getan hat, Blätter, die in kleinen Städten, wie z. B. Soest und Warstein erscheinen, haben es sich wohl mit noch größerer Inbrunst und Hingabe als die „Gelsenkirchener Zeitung" sie jemals aufbrachte, zur ganz besonderen Aufgabe gemacht, den katholischen Kleinbürger, den Spießer schwärzester Couleur, zum Sozialistenfresser und -hasser größten Stils zu machen. — Die Einpeitscher in diesen kleinen Städten sind natürlich in erster Linie die Herren Pastöre, wenn sie nicht etwa gar die sogenannten Leitartikler dieser schwarzen Blättchen im Sauerlande sind. Die journalistischen Purzelbäume dieser Herrschaften oder der von ihnen zum mindesten ganz gründlich beeinflußten Redakteure waren in ihrer grotesken Art bei aller Niedertracht und Gehässigkeit doch manchmal so komisch, daß sie uns zu einem befreienden Lachen verhalfen und so — wenn auch ganz wider den Willen der Artikelschreiber — in die ach so sehr verregneten Ferientage der roten Sommerfrischler eine heitere Note brachten. Ueberhaupt diese Herren Pastöre! Sie sind in den kleinen Städten und in den Dörfern des Sauerlandes noch viel „besorgter" um die Sittlichkeit und noch viel fanatischer gegen das Nackte eingestellt als das in Gelsenkirchen der Fall ist. Sie hetzen auch dort gegen das Baden überhaupt und insbesondere gegen Familienbäder, hatten doch die Herren Warsteiner Seelenhirten als Hauptsorge die — in dem Waldweiher, der als Bad benutzt wurde, dürfen Männer und Frauen nur getrennt baden. — War haben uns um diese Schmerzen prüder Fanatiker nicht gekümmert und gebadet und geschwommen, wie und wann es uns paßte. Diese verregneten Ferien, sie gaben mehr Gelegenheit als das wohl bei schönem Wetter der Fall gewesen wäre, mit der Bevölkerung in engere Fühlung zu kommen, und da wurde uns denn klar, daß im Sinne unserer Weltanschauung gegenüber der fast diktatorischen Herrschaft der Kirche in diesen Städtchen und Dörfern noch viel, sehr viel geleistet werden muß. Wir haben die größte Hochachtung bekommen vor den Parteigenossen, die dort in unentwegter Treue die rote Fahne hochhalten und auf ihrem schwierigen Posten als Vorkämpfer für den Sozialismus ausharren, in einem Kampfe, der ihnen oft durch niederträchtigste Schikanen allerchristlichster Gegner bis zur Unerträglichkeit erschwert wird. Wir haben die schönen Gefilde um die Bilsteinhöhle herum verlassen mit dem Wunsche, daß auch dort der Wahlkampf unsere Anhänger festige und an Zahl anwachsen lasse. Wir sahen und hörten viel in diesen Tagen und so waren sie auch nicht vergebens, die verregneten Ferien.

z—r.

Anregungen für die Wahlarbeit

In dem Leitartikel der soeben erschienenen Nr. 31 der Zeitschrift „Das Freie Wort" untersucht Genosse Heilmann die Parteiumschichtung innerhalb der bürgerlichen Parteien.

Genosse Stößinger bringt in seinem Artikel „Das Kinderelend in Sowjet-Rußland" außerordentlich interessante und eingehende Angaben über Umfang und Ursache des Kinderelends. Sein Material schöpft er im wesentlichen aus Berichten und Veröffentlichungen sowjet-russischer Zeitungen und Zeitschriften.

Eine Reihe von Zuschriften bringen reiche Anregungen für den Wahlkampf, die starke Beachtung verdienen. Parteinachrichten, Notizen, Aussprache und Feuilleton vervollständigen das sehr interessante Heft.

Bis zum 14. September steht „Das Freie Wort" ganz im Zeichen des Wahlkampfes. Die Genossen finden im Diskussionsorgan der Partei wertvolles Material für ihre Agitation. Wir empfehlen jedem Genossen den Bezug dieser Zeitschrift.

„Das Freie Wort" erscheint wöchentlich und kostet monatlich, bei der Post bestellt, 91 Pfennig. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pfennig durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen. Probeexemplare versendet gratis und portofrei der Freie-Wort-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Gelsenkirchener Rote Falken fahren ins Zeltlager

Es ist ein nicht zu beschreibendes Gefühl der Freude, wenn wir mit unseren Falken durch die Straßen der Stadt ziehen und Kampflieder singen. Wie stolz dann die Gesichter der Kinder, die mit uns schreiten, ausschauen, wissen alle, die uns sahen.

Montag, den 4. August, fuhr ein Teil dieser Kinder zum Zeltlager nach Namedy. Sie sangen nicht, wie so oft, unsere Lieder, denn alle kamen, begleitet von den Eltern, zur Bahn. Der Zug 7.34 Uhr sollte unsere Falken nach Andernach bringen. Aus dem Fenster winken schon Falken, die von Dortmund und weiter her kommen. Der Zug hält. Helfer, die man schon so manches Mal sah, reichen uns die Hand. Dann alles einsteigen. Hände schütteln, der Zug setzt sich in Bewegung. Wir winken — winken, dann ist der Zug nicht mehr zu sehen. Etwas Unbekanntes schaut uns an, etwas, das man sich nicht erklären kann, aber dann sehen wir es um so deutlicher: Wir konnten nicht mit!

Aus allen Gruppen hatten wir Kinder zusammengeholt, die mit nach der Rheininsel Namedy fuhren. Auch hier zeigte sich, was es heißt, Arbeiterkinder zu sein, denn von 65 Kindern, die mit ins Zeltlager wollten, konnte nur ein Drittel fahren.

B.

Bau von 128 Wohnungen

Aus dem Hauptausschuß

Die letzte Stadtverordnetenversammlung am verflossenen Donnerstag hatte dem Bauvorhaben der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft „Deutscher Heimbau" in Berlin-Lichtenberg zur Errichtung von 128 Wohnungen mit 400 Zimmern auf dem

Baublock Bismarck-, Schultestraße, Straße Auf dem Dreisch und Auf dem Bettau grundsätzlich zugestimmt

und den Hauptausschuß beauftragt, eine Rentabilitätsberechnung vorzunehmen. Der Hauptausschuß hat sich nun am Montag eingehend mit der Angelegenheit befaßt. Baurat Fuchslocher erläuterte an Hand von Karten und Plänen das Projekt nach der städtebaulichen, baupolizeilichen und architektonischen Seite. Außerdem wurden den Hauptausschußmitgliedern zahlenmäßige Unterlagen und Erläuterungen gegeben. Der Ausschuß faßte mit überwiegender Mehrheit folgenden Beschluß:

„Die selbstschuldnerische Bürgschaft für Kapital, Zinsen und Nebenkosten in der beantragten Höhe bis zu 320 000 RM nach einer erststelligen Hypothek in Höhe von höchstens 640 000 RM wird übernommen nach Maßgabe der folgenden Bedingungen:

1. Das angegebene Eigenkapital in Höhe von 240 000 RM und das vorgesehene Hauszinssteuerdarlehn in Höhe von 400 000 RM müssen in die Rentabilitätsberechnung mit mindestens diesen Sätzen eingesetzt werden. Die Feststellung der Gesamtherstellungskosten erfolgt an Hand des vom Bauverein einzureichenden prüfungsfähigen Kostenanschlages durch einen vom Hauptausschuß gewählten Sonderausschuß, der aus fünf Personen besteht. Ergibt die Nachprüfung des Kostenanschlages eine Verminderung der Gesamtherstellungskosten, so dürfen das angegebene Eigenkapital und das Hauszinssteuerdarlehn nicht vermindert werden. Falls die Gesamtherstellungskosten sich erhöhen sollten, so ist das Eigenkapital entsprechend zu erhöhen.
2. Die verbürgte Summe darf vom Verein erst in Anspruch genommen werden, wenn zunächst die erststellige Hypothek, das Eigenkapital und das Hauszinssteuerdarlehn volle Verwendung gefunden haben.
3. Beim Bau dürfen nur ortsansässige Arbeitskräfte, die durch das Arbeitsamt zugewiesen werden, ohne Rücksicht auf ihre Organisationszugehörigkeit Verwendung finden. Bei Vergebung der Bauarbeiten ist das ortsansässige Handwerk in überwiegendem Maße zu berücksichtigen.
4. Die laut vorgeschriebener Rentabilitätsberechnung auf Grund des Kostenanschlages sich ergebenden Mieten müssen tragbar sein. Die Entscheidung über die Frage der Tragbarkeit trifft der vorgenannte Sonderausschuß. Der Sonderausschuß besteht aus den Herren Debus, Friedrich, Merz und Wilhelm Stallmann. Die Deutsche Volkspartei wird ihren Vertreter noch besonders benennen."

Der Hauptausschuß stimmte sodann noch zwei Anträgen auf Bürgschaftsübernahme durch die Stadt zu und befaßte sich weiterhin mit der Frage der Bürgschaftsübernahme für Instandsetzungsdarlehn. Wie bisher, werden auch in Zukunft die im Haushaltsplan für die Instandsetzung von Alt(Verfall-)wohnungen vorgesehenen Mittel zur Durchführung größerer Instandsetzungsarbeiten voraussichtlich nicht ausreichen. Soweit nicht besondere städtische Mittel Verwendung fanden, sind in früheren Jahren die Instandsetzungsarbeiten größerer Art in der Weise durchgeführt worden, daß die Hausbesitzer sich bei einer Bank Darlehn beschafften und die Stadt für diese Darlehn die Bürgschaft übernahm. Dies wird auch in Zukunft nicht zu umgehen sein, wenn die Stadt weiterhin an der Erhaltung des vorhandenen Altwohnraumes in ausreichender Weise mitwirken soll.

Zur Sicherung der zu übernehmenden Bürgschaften ist ein Bürgschaftssicherungsfonds gebildet worden. Außerdem werden die Grundstücke mit Sicherungshypotheken zugunsten der Stadt belastet.

Durch Beschluß vom 17. Juli 1930 empfiehlt der

Hauszinssteuer-Vergebungsausschuß

dem Hauptausschuß und der Stadtverordnetenversammlung, zu beschließen:

„Die bisher von der Wohnungsbaukommission der früheren Stadt Buer und dem Hauszinssteuerhypotheken-Vergebungsausschuß beschlossenen Bürgschaften für die Instandsetzung von Alt(Verfall-)wohnungen werden genehmigt. Der Hauszinssteuerhypotheken-Vergebungsausschuß wird ermächtigt, Instandsetzungsdarlehn aus dem gesetzlich vorgeschriebenen Hauszinssteuerfonds im Einzelfall bis zu 1000 RM zu bewilligen und für größere Instandsetzungsdarlehn im einzelnen die Bürgschaftsübernahme bis zu 8000 RM oder GM, insgesamt im laufenden Rechnungsjahr jedoch nicht mehr als bis zu 80 000 RM oder GM zu beschließen. Sämtliche Darlehn und Bürgschaften sind durch Eintragung von Hypotheken oder Sicherungshypotheken in das Grundbuch zugunsten der Stadtgemeinde Gelsenkirchen zu sichern."

Der Hauptausschuß erklärte sein Einverständnis mit dieser Regelung, die noch der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung bedarf.

Schwere Schlägerei

Am Montag gegen 1 Uhr kam es auf der Schalker Straße in einer Wirtschaft zu Streitigkeiten. Als die Streithähne das Lokal verlassen hatten, arteten die Händel auf der Straße vor der Wirtschaft zu einer Schlägerei aus, in deren Verlauf der Arbeiter Arthur Andres, Erste Waldwerkstraße 75a wohnhaft, am Kopfe und im Gesicht schwere Verletzungen davontrug. Die Polizei war alsbald zur Stelle und stellte die Ordnung wieder her. Der Verletzte wurde durch den städtischen Krankenwagen ins Evangelische Krankenhaus übergeführt. Die Verletzungen sind wohl schwer, aber nicht lebensgefährlicher Natur. In dem allgemeinen Tumult war es nicht festzustellen, wer der Täter gewesen ist. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

Hart am Tode vorbei

Vom Kolliwagen erfaßt.

Am Montag gegen 16.30 Uhr war der Weichenschmierer Gustav Woywod, der für einen Urlauber Dienst machte, mit den Arbeiten an dem Ablaufberg Schalke Süd beschäftigt. Er muß das Herannahen eines vom Ablaufberg losgelassenen Wagens überhört haben; denn plötzlich erhielt er einen heftigen Schlag des Trittbrettes gegen den Oberschenkel, der ihm einen gefährlichen Bluterguß beibrachte. Er hatte aber noch soviel Kraft, sich nach dem ersten Stoß auf die Seite zu retten. So entging W. einem gräßlichen Tod auf den Schienen. Auf seine Hilferufe eilten in der Nähe beschäftigte Arbeiter herbei. Er wurde sofort in das Evangelische Krankenhaus übergeführt. Es ist noch nicht abzusehen, welche Komplizierung und Weiterung der Verletzung des W. eintritt.

STADTTEIL BUER

Was die Volksfürsorge als Versicherungsunternehmen leistet

Der Versicherte H. W., Buer, schloß am 1. April 1926 eine Lebensversicherung mit 2 RM monatlich ab. Die versicherte Person starb am 19. Juli 1930. Den Erben konnte die Versicherungssumme in Höhe von 440.40 RM ausgezahlt werden.

Rasch tritt der Tod den Menschen an. Treffe jeder Vorsorge durch den Abschluß einer Versicherung beim eigenen Unternehmen der Arbeiterschaft, der „Volksfürsorge".

Auskunft erteilen der zuständige Vertrauensmann sowie die Rechnungsstelle der Volksfürsorge, Essen, Hansahaus, Schillerstraße 1 bis 5.

Lebensmüder. Am Sonntagabend wurde ein 43jähriger Arbeiter in seiner Wohnung in der Wilhelmstraße erhängt aufgefunden. Grund der Tat dürften wohl Familienstreitigkeiten sein.

Zwei Ladendiebinnen gefaßt. Am Samstagnachmittag wurden im Warenhaus Althoff zwei Ladendiebinnen auf frischer Tat betroffen und festgenommen. Die beiden diebischen Elstern hatten bereits eine Menge Textil- und Kurzwaren, die sie in anderen hiesigen Kaufhäusern gestohlen hatten, in ihren Kleidern versteckt. Eine von der Kriminalpolizei sofort vorgenommene Haussuchung förderte eine große Menge gestohlener Waren, wie seidene Unterwäsche, Seidenstrümpfe, Krawatten usw., zutage. Das Diebesgut war in verschiedenen Schränken versteckt. Es handelt sich um zwei Geschwister im Alter von 21 bzw. 23 Jahren, die verheiratet sind und in Buer bzw. in Bismarck wohnen.

Büdo Metallputz
der unübertroffene

STADTTEIL HORST

Mutterberatung in Horst

Am Donnerstag, dem 7. dieses Monats, fällt die Mutterberatung in der Beratungsstelle Horst, Schlangenwallstraße 21, aus. Dafür werden an dem genannten Tage, in der Zeit von 15.30 bis 16.30 Uhr, Stillscheine erteilt.

Aufklärung der letzten Einbruchsdiebstähle

Der Haupttäter aus Buer.

Die Einbrüche bei dem Kaufmann Borgsmüller und dem Schreiner Mertens an der Berliner Straße in Gladbeck hatten bei der Gladbecker Kriminalpolizei den Verdacht der Täterschaft sofort auf bestimmte Personen gelenkt, denen man nachging, um zwei von ihnen am Montagnachmittag in einer Wirtschaft an der Scholvener Grenze festzunehmen. Es handelt sich bei den Festgenommenen um den 23jährigen Bergmann Fritz Eichenauer und den 30jährigen Franz Madega. Als Haupttäter kommt in Frage und wird noch gesucht der 30jährige Fritz Brune aus Buer, ein alter Zuchthäusler, der Dutzende von Vorstrafen hinter sich hat, darunter über fünf Jahre Zuchthaus wegen räuberischer Erpressung, schwerer Diebstähle und eines Raubüberfalls. Er sowohl, wie Madega, der auch eine Reihe von Vorstrafen hat, sind erst vor kurzem nach Verbüßung ihrer letzten Strafen wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Brune wird noch von Buer her wegen verschiedener Eigentumsdelikte verfolgt und ist zur Zeit noch flüchtig. Die Bande dürfte noch eine Reihe weiterer Einbrüche auf dem Kerbholze haben; wegen der letzten Einbrüche sind Madega und Eichenauer geständig. Die Einbruchsbeute hatten sie in den Wäldern hinter der Wirtschaft Klopries in Oberscholven versteckt, wo sie von der Gladbecker Kriminalpolizei gefunden worden ist. Die dreiköpfige Bande trieb sich ohne Wohnsitz in der Gegend umher und lebte von Einbrüchen und Gelegenheitsdiebstählen.

Naturschutz und Schule

Im Mittelpunkt der modernen Schule steht das Leben. An den Unterricht in der Naturkunde angewandt, bedeutet dieser Satz: Nicht so sehr an Präparaten, Bildern und Buchstaben, sondern vorzüglich an und in der Natur selbst soll die Wissenschaft sich entwickeln. Die Beobachtung einer Lebensgemeinschaft nach biologischen Gesichtspunkten führt zur Kenntnis der Natur, weckt das ethische und ästhetische Interesse, bildet den Unterbau für die Behandlung des Naturschutzgedankens. Jedes Ding hat seine Aufgabe, seine Bedeutung im Haushalt der Natur. Darum schließt der Naturschutz — Ausnahmen bestätigen die Regel — alles ein, die Pflanze, das Tier und den Stein, die ganze Landschaft. Darum schützen und schonen wir den Strauch, den Farn und das Moos, den Wurm und Käfer auf unseren Wanderwegen, säubern unseren Lieaeplatz von Papier- und Speiseresten, beobachten peinliche Stille im heiligen Walde. Ein sinniges Lied am sprudelnden Quell, ein Lied zum frohen Wandern, noch so hell, wird keinem verwehrt. . . . Jeglicher Unterricht, nicht nur der naturkundliche, diene unseren Schutzbestrebungen. Der Werk- und Zeichenunterricht fordert uns auf, Nisthöhlen zu basteln, Futterplätze anzulegen, fotografische Aufnahmen zu machen, Naturschutzplakate zu entwerfen und zu zeichnen. Vielleicht läßt sich das eine oder andere Produkt im Schulgarten verwerten oder als Wandschmuck im Klassenzimmer anbringen. Der junge Naturfreund und angehende Staatsbürger soll wissen, daß auch unsere Reichsverfassung im Artikel 150 zum Schutze der Natur aufruft. Der Lehrer findet in der einschlägigen Literatur und in den Lehr- und Stoffplänen weitere Verfügungen der zuständigen Landes- und Bezirksregierungen vermerkt. Anregungen zum obigen Thema nimmt die Bezirksstelle für Naturdenkmalpflege im Gebiete des Ruhrsiedlungsverbandes, Essen, Ruhrallee 55, entgegen.

Wissensnotwendiges über die „Polizei in Haushalt und Wohnung“

Von Paul Eggert, Polizei-Hauptwachtmeister

Die Reichsverfassung bestimmt, daß die Wohnung jedes Deutschen für ihn eine Freistätte und unverletzlich ist. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig. Nun, diese gesetzlichen Ausnahmen sind recht zahlreich.

Es sollen hier aus dem schönen Vorschriftenbukett nur die herausgegriffen werden, gegen die am meisten verstoßen wird, bzw. über die im allgemeinen noch manche Unklarheit herrscht.

Ein weit verbreiteter Irrtum ist es z. B., daß man Störenfriede im Sinne des bekannten Hausfriedensbruch-Paragraphen dreimal zum Verlassen der Wohnung, der Geschäftsräume oder des befriedeten Besitztums auffordern müsse, um ein rechtliches Vorgehen zu ermöglichen. Eine einmalige, unzweideutige Aufforderung genügt. — Auch glaubt man meist, daß der sehr häufig bei einem Hausfriedensbruch zu Hilfe gerufene Polizeibeamte sozusagen die Rolle des Rausschmeißers zu übernehmen hätte. Ein Irrtum! Er wirkt hierbei nur als Schutz für den jeweils berechtigten Wohnungsinhaber, oder aber er stellt die Friedensstörer dabei fest.

Irrig ist auch die Ansicht, daß grundsätzlich jedem der Wohnungszutritt verweigert werden kann. Da hört z. B. ein Polizeibeamter Hilferufe aus einer Wohnung. Das berechtigt ihn, ohne weiteres in die betreffende Wohnung einzudringen, selbst gegen die Willen ihres Inhabers. Bei Feuers- und Wassersnot oder sonstiger Lebensgefahr eines Wohnungsinsassen ist das ebenfalls selbstverständlich. Auch bei Kontrollen aus gesetzlichen Gründen darf zuständigen Beamten der Zutritt nicht verweigert werden.

Bei Verfolgung strafbarer Handlungen braucht mitunter der Wohnungsinhaber nicht einmal selbst der Missetäter zu sein: Die Polizei kann trotzdem in seine Wohnung eindringen. Ausnahmefälle allerdings! — Flüchtet beispielsweise ein ertappter Gesetzesfrevler in eine fremde Wohnung, so kann der verfolgende Polizeibeamte sie zwecks vorläufiger Festnahme des Täters betreten. Im Rahmen der Str.-P.-O. kann sie sogar durchsucht werden, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß eine gesuchte Person, Spur oder Sache sich in den betreffenden Räumen befindet. Es müssen also, sehr wohl auch subjektiv ganz Unbeteiligte in gewissen Fällen Unannehmlichkeiten hinnehmen. Doch — es darf, wie gesagt, — nur auf Grund gesetzlicher Bestimmungen geschehen.

Inwieweit dem Hauswirt oder seinem Vertreter die Befugnis zum Betreten einer Wohnung zusteht, findet man gewöhnlich in seinem Mietvertrag.

Beschwerden über Ruhestörungen im Hause mit all ihren teuflischen Schikanen beschäftigen Gericht und Polizei recht häufig. Da spielt der liebe Wohnungsnachbar die halbe Nacht recht heftig Klavier; da lassen Meiers ihren Lautsprecher die halbe Nacht in Originaltonfülle musizieren; da hat jemand einen Hund, der stundenlang ebenso laut wie jämmerlich zu heulen pflegt. Herr Methornschwenker kommt gewöhnlich erst gegen 3 Uhr morgens schwankend heim und macht einen Heidenkrach in seiner Wohnung, ehe er seinen alkoholschwangeren Bierbauch endlich ins Bett wälzt. Zahl und Art dieser unliebsamen Ruhestörungen ließen sich sehr leicht beträchtlich erweitern. Man beachte bei derartigen Trommelfellattacken grundsätzlich: Die Ruhestörung muß ungebührlicherweise erregt werden und einen unbestimmten Personenkreis stören oder gefährden. Letzteres wird auf der Straße meist der Fall sein, im Hause seltener. Treffen aber vorgenannte Voraussetzungen zu, so kann auch im Hause als Tatort Strafanzeige wegen ruhestörenden Lärms erstattet werden. Hierbei ist gleichgültig, ob die Ruhestörung bei Tage oder bei Nacht erregt wird.

Aber auch die einzelne Person bzw. Familie muß von der Behörde in vielen Fällen vor Ruhestörungen geschützt werden. Hier ist es von Wichtigkeit, daß die Störungen z. B. durch Klavier, Hundegebell, Krach oder ähnliches fortgesetzt oder während der Nachtruhe — sie beginnt um 10 Uhr abends — erfolgen, und zwar derart, daß sie die Gesundheit der Belästigten gefährden oder über das übliche und erträgliche Maß hinausgehen. Auch die Ungebührlichkeit des Erregens kann dann in Fortfall kommen.

Hierzu ein häufig wiederkehrender Fall: Eine Frau näht gewerbsmäßig an einer Nähmaschine mit elektrischem Motor bis in die späte Nacht hinein. Die unter ihr wohnende Familie wird durch das Geräusch in ihrer Nachtruhe gestört. Sie beschwert sich bei der Polizei. Trotzdem an sich keine ungebührlich erregte Ruhestörung vorliegt, wird die Polizei in solchen Fällen der Näherin auf dem Verfügungswege — also ohne Strafanzeige — aufgeben, durch Verwendung bestimmter schalldämpfender Mittel die Geräuschbelästigung in der Nacht abzustellen und die Durchführung ihrer Anweisungen kontrollieren.

Fortgesetzte Störung der Nachtruhe in solchen oder ähnlichen Fällen gilt ohne weiteres als Gesundheitsschädigung. Es werden da mitunter recht originelle Verfügungen von der Polizei erlassen. Z. B. mußte unlängst ein Wirt, um das laute Klappern der Kegel beim Umfallen abzudämpfen, den Kegeln eine Bauchbinde aus Gummi anlegen.

Es empfiehlt sich, wegen Ruhestörungen im Hause zunächst mal den Hauswirt in Anspruch nehmen. Der Mietkontrakt enthält ja gewöhnlich entsprechende vertragliche Bestimmungen. Der Wirt kann in krassen Fällen sogar die Ermittlung des Störenfrieds durchsetzen.

Bei Familienfeiern achte man darauf, daß der Lärm nicht nach der Straße dringt, besonders zur Nachtzeit.

Ueberempfindlichkeit und starke Nervosität bilden bei Ruhestörungen keinen gesetzlichen Wertungsfaktor. Sogar Froschgequake in einem künstlich angelegten Teich wurde in einer interessanten Reichsgerichtsentscheidung als ungebührlicherweise erregter Lärm aufgefaßt.

Viele schimpfen über die polizeilichen Meldevorschriften. Ja, die Polizei ist nun einmal neugierig. Aber letzten Endes kommt diese „Neugier“ vielen anderen Behörden und jedem selbst zustatten. Legen Sie bitte den größten Wert auf einen lückenlosen, polizeilichen Meldenachweis! Ein nachträglicher Aufenthaltsnachweis ist zwar möglich, doch mit vielen Scherereien, Zeitverlust und Kosten verbunden. Angenommen, Sie sind oder waren nicht gemeldet und benötigen zufällig einen Paß, Führerschein, Waffenschein, Totenschein, ein Führungszeugnis, eine Wohnungsbescheinigung und dergleichen, oder Sie wollen bei Behörden angestellt werden. Die wegen der Meldelücken erwachsenen Unannehmlichkeiten steigern sich, je nach Lage des Falles, von zeitraubenden Ermittelungen bis zur manchmal unmöglichen Ausstellung der beantragten Papiere.

Wissen muß man ferner, daß bei gemeingefährlichen und übertragbaren Krankheiten stets unverzüglich eine reichsgesetzlich geregelte Anzeigepflicht der Ortspolizeibehörde gegenüber besteht. Auch jeder Aufenthaltswechsel der daran erkrankten Personen ist sofort anzeigepflichtig. Wenig bekannt dürfte sein, daß unter diese Krankheiten — bei Diphtherie, Scharlach, Ruhr, Typhus usw. ist es bekannt — auch Fleisch-, Fisch-, Wurstvergiftungen, Bißverletzungen durch tollwütige und tollwutverdächtige Tiere, Milzbrand und Kindbettfieber rechnen; Masern zählen nicht dazu. Nicht nur für den hinzugezogenen Arzt besteht diese Anzeigepflicht, sondern auch für den Haushaltsvorstand, überhaupt denjenigen, in dessen Wohnung die Erkrankung oder der Todesfall eingetreten ist, desgleichen für etwaige Pfleger. Sobald natürlich dieser Pflicht von einer Seite Genüge geleistet wurde, erübrigt sich die Meldung an die Polizei seitens der anderen dazu Verpflichteten. Zweck der Anzeige ist es, eine kreisärztliche Untersuchung herbeizuführen. Es werden dann von Fall zu Fall polizeiliche Schutzmaßregeln angeordnet, die in Absonderung der Kranken, Desinfektionsmaßnahmen, Fernhaltung der Kinder vom Schulbesuch, ja, manchmal sogar in der Räumung der Wohnung bestehen. Wenn auch die Gesundheitspolizei die Bearbeitung angeführter Fälle übernimmt, so genügt doch eine Meldung an das zuständige Polizeirevier, das sie weiterleitet.

Die Gefährlichkeit der Aufbewahrung feuergefährlicher Stoffe braucht wohl keines besonderen Hinweises. Es kommt aber bestimmt öfter vor, daß jemand größere Mengen von solchem brenzligen Zeug in der Wohnung hält, z. B. Benzin, Petroleum oder andere feuergefährliche Mineralöle. Man beachte: In Wohn- und Schlafräumen dürfen hiervon nicht mehr als drei Liter aufbewahrt werden! Auch für die Aufbewahrungsgefäße für Mengen schon über 2 Liter gelten besondere Sicherheitsbestimmungen.

Sehr streng sind die Bestimmungen über Herstellung und Besitz von Sprengstoffen und den Verkehr damit. Schon für bloßen Besitz ist eine polizeiliche Erlaubnis notwendig.

Wenn man eine Waffe in der Wohnung hat, so ist mit wenigen Ausnahmen — z. B. Personen unter 20 Jahren, Geisteskranke und Leute mit bestimmten Vorstrafen — dies gestattet. Ueber die näheren Bestimmungen — Waffen-, Waffen- und Munitionserwerbsschein — erteilt jedes Polizeirevier Auskunft. Außerhalb der Wohnung, der Geschäftsräume oder des befriedeten Besitztums dürfen nur Waffen mit sich führen, die im Besitze eines Waffenscheins sind. Ausnahmen bilden nur uralte und ganz kleine, ungefährliche Kaliber. Neu dürfte vielen Waffenbesitzern sein, daß selbst das Ueberlassen von Waffen im Sinne des Gesetzes nur gegen Aushändigung eines Waffenerwerbsscheines gestattet ist. Schon der Treppenflur und Hof eines Miethauses gelten als außerhalb der Wohnung gelegen. Das Führen der Schußwaffen ohne Waffenschein, das, wie gesagt, nur in der Wohnung erlaubt ist, ist also hier schon strafbar. Nicht eindringlich genug kann sorgfältigste Aufbewahrung von Schußwaffen anempfohlen werden. Stets unter Verschluß, sei Grundsatz.

Erst kürzlich zog sich ein Polizeibeamter ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung zu, weil sein 7jähriger Sohn mit der nicht sorgfältig genug verwahrten Dienstwaffe des Vaters gespielt und sich dabei selbst erschossen hatte.

Die behördliche Wohnungsaufsicht gehört zu den Pflichten des Magistrats bzw. des Gemeindevorstandes. Wenn aber Gefahren aus der Benutzung einer Wohnung entstehen, so muß die Polizei abhelfend eingreifen. Sie können also Beschwerden dieser Art, z. B. über Schwamm- und Pilzbildung, nicht hinreichende direkte Tagesbeleuchtung, unaenügende Lüftungsmöglichkeit usw. — meist Folgen von baulichen Veränderungen ohne baupolizeiliche Genehmigung — dem Polizeirevier schriftlich oder zu Protokoll zur Kenntnis bringen. Das Ergebnis der angestellten Ermittlungen wird dann den zuständigen Stellen durch die Polizei mitgeteilt, die die notwendigen Maßnahmen veranlassen.

Unliebsame Streitigkeiten zwischen den Wohnungsnachbarn sind leider an der Tagesordnung. Da hat Frau Schulze die Frau Müller, ihre frühere Herzensfreundin, schwerstens beleidigt. Natürlich hellste Empörung bei Frau Schulze! Schnurstracks läuft sie zur Polizei und möchte am liebsten die Exfreundin vom Fleck weg einsperren lassen. Nun, die Polizei hat bei solchen Sachen überhaupt nicht einzuschreiten, es sei denn, daß es sich um die Feststellung einer unbekannten Person handelt. Hier ist zunächst einmal der Schiedsmann die zuständige Instanz! Sogar in den Fällen des Hausfriedensbruchs, der leichten oder fahrlässigen Körperverletzung, der Bedrohung, Sachbeschädigung und Verletzung fremder Geheimnisse muß der Klageerhebung ein Sühneversuch vorangehen.

Als gutes Familienoberhaupt muß man für vorkommende Fälle auch das Notwendigste über die Aufnahme von Pflegekindern wissen, d. h. von solchen Kindern unter 14 Jahren, die entgeltlich oder unentgeltlich für längere Zeit in Pflege gegeben werden, sei es auch nur für einen Teil des Tages, sofern dies regelmäßig der Fall ist. Vorübergehende, unentgeltliche Aufnahme kommt hier nicht in Betracht, auch nicht die Aufnahme ehelicher Kinder durch Verwandte oder Verschwägerte, soweit es nicht gewerbsmäßig geschieht. Immer unterstehen Pflegekinder der Aufsicht des Jugendamtes. Dieses muß zur Aufnahme eines solchen vorher seine Erlaubnis geben.

Ueber das Zurückbehaltungsrecht der Vermieter ist zu sagen, daß der Vermieter die Polizei hierbei nur zum persönlichen Schutz bzw. zur Feststellung in Anspruch nehmen kann, wenn er durch den Mieter dabei durch Gewalt oder Bedrohung mit Gewalt gehindert wird. Nicht zurückbehalten darf man Sachen, die für den Mieter zum notwendigen Gebrauch und Erwerb des Lebensunterhalts unentbehrlich sind. Dies trifft auch für Invaliden- und Angestelltenkarten zu, deren Einbehaltung oder zu späte Aushändigung recht unangenehme Weiterungen zur Folge haben können.

Um die Feuerstätten im Hause kümmert sich das Gesetz wegen der damit verbundenen Brandgefahren auch recht eingehend. Sie, also Oefen und Herde, müssen stets in brandsicherem Zustande erhalten werden. In erster Linie ist der Hauswirt dafür verantwortlich. Natürlich müssen die Mieter ihm etwaige Schäden rechtzeitig melden.

Und nun noch einiges zum Kapitel **„Verdächtiges in Wohnungen“**. Oft laufen hierzu die merkwürdigsten Anzeigen und Beschwerden bei der Polizei ein, vielfach anonym und unbegründet. Ein Verdacht muß selbstverständlich auch begründet sein! Diese Begründung ist oft schwer, besonders bei Hehlerei und ähnlichem, denn in eine fremde Wohnung darf man ja, wie bereits ausgeführt, nur unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen eindringen. Tatsächliche Beobachtungen über Gesetzwidrigkeiten, auch solche, die den Verdacht strafbarer Handlungen in Wohnungen begründen, kann und soll man der Polizei stets mitteilen.

Es brauchen nicht immer strafbare Handlungen Voraussetzung zu sein. Kommt es doch vor, daß z. B. alte, alleinstehende Leute wochenlang tot in ihrer Wohnung liegenbleiben, bis endlich der Verwesungsgeruch den Nachbarn zu stark auffällt und polizeiliche Oeffnung der Wohnung veranlaßt wird. Besondere Vorsicht, sofortige Mitteilung an die Polizei bei verdächtigem Gasgeruch aus Wohnungen oder Kellern ist im allgemeinen Sicherheitsinteresse unbedingte Pflicht jedes einzelnen. Leider wird sie, wie ich es selbst schon öfter erlebt habe, aus Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit oder Unbeholfenheit manchmal erst erfüllt, wenn es zu spät ist.

Sie sehen: Paragraphen überall, selbst im trauten Heim! Man mag sie oftmals als lästig empfinden — sie haben aber auch ihre guten Seiten — und beachten muß man sie wohl oder übel.

Verfassungsfeier im Weimarer Nationaltheater

Der Deutsche Auto-Club hat an das thüringische Staatsministerium das Ersuchen um Ueberlassung des Weimarer Nationaltheaters für eine Verfassungsfeier gerichtet. Diesem Antrage ist entsprochen worden. Im Anschluß an die Reichsverfassungs-Zielfahrt, die aus allen Teilen Deutschlands am 10. August nach Weimar erfolgt, wird auf dem Rathausplatz in Weimar eine Kundgebung der Sportler, anschließend eine Propagandafahrt durch die Stadt stattfinden. Für nachmittags 3 Uhr ist dann die große eigentliche Verfassungsfeier im historischen Weimarer Nationaltheater vorgesehen. Der Führer der republikanischen Thüringer, Staatsminister a. D. Frölich, wird die Festrede halten. Die Feier wird durch Chorvorträge künstlerisch umrahmt werden.

Dem Deutschen Auto-Club sind aus allen Teilen Thüringens, insbesondere aus Weimar, begeisterte Zuschriften über die geplante Veranstaltung zugegangen.

Einladungen und Eintrittskarten versendet die Reichsgeschäftsstelle des Deutschen Auto-Clubs, Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 18 (Telefon: Steinplatz 8066).

Reichsmittel für ältere Angestellte

Wie der Gewerkschaftliche Pressedienst erfährt, sind aus den Reichsmitteln, die als Darlehn für erwerbslos gewordene ältere Angestellte zum Aufbau einer Existenz bereitgestellt wurden, bis zum 30. April 1930 insgesamt 1652 Darlehn mit 2 218 526 RM ausgezahlt worden. Die Zahl der Darlehn, die in der Zeit vom 1. Oktober 1929 bis 30. April 1930 außerdem bewilligt, aber noch nicht ausgezahlt worden sind, beträgt 276 mit einem Gesamtbetrage von 510 930 RM. Die Höhe der einzelnen Darlehn ist verschieden; bei der größten Zahl der ausgezahlten, wie der vorgesehenen Darlehn bewegt sie sich zwischen 1000 und 1500 RM.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille“. Ludwig Leppoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Veranstaltungen für die Jugend

Die Regierung Münster hat für die nächsten Monate folgende Lehrgänge für Jugendpflege vorgesehen:

1. **Volkstanz-Führerwoche in der Jugendherberge in den Baumbergen vom 28. August bis 2. September 1930. Teilnehmergebühr 18 RM. Beginn: 28. August, 20 Uhr; Schluß: 2. September, mittags; Anmeldeschluß: 19. August 1930.**
2. **Sing-Wochenend am 13. und 14. September 1930 in der Westischen Jugendherberge in der Haard. Leitung: Dr. Heinrich M. Sambeth und Rektor Johannes Ostendorf. Beginn: 13. September, 17.30 Uhr; Schluß: 14. September, 18 Uhr; Teilnehmergebühr 3,50 RM; Anmeldeschluß: 5. September 1930.**
3. **Lehrgang für Handpuppenspiel am 15. und 16. und 22. und 23. November 1930. Leitung: Willy Brehm (Duisburg). Teilnehmergebühr 7 RM. Anmeldeschluß: 1. November 1930.**
4. **Laienspiellehrgang vom 19. bis 23. Oktober 1930. Leitung: Dr. Ignaz Gentges. Teilnehmergebühr 15 RM. Anmeldeschluß: 1. Oktober 1930.**
5. **Werkwoche Heimat und Industriejugend. (Näheres steht noch nicht fest.)**

Die Anmeldungen zu diesen Kursen werden beim Städt. Jugendamt, Gelsenkirchen, Neustraße 3, entgegengenommen. Dortselbst kann auch weitere Auskunft erteilt werden.

Himmelserscheinungen im August

Diesen Bericht gab Dr. K. Gerhard in der empfehlenswerten Bildungszeitschrift „Urania“. Wer Interesse für die wirklich wertvolle Zeitschrift hat, kann Probehefte jederzeit von der Urania-Verlagsgesellschaft mbH., Jena, erhalten.

Die Sonne tritt auf ihrer Wanderung vom Zeichen des Löwen in das der Jungfrau und zieht vom Sternbild des Krebses in das des Löwen. Die Neigung der Sonnenbahn nach Süden ist in diesem Monat schon beträchtlich, so daß im August die Tageslänge um nahezu 1¾ Stunden abnimmt. Am 23. August befindet sich die Sonne nahe dem Hauptstern des Löwen, Regulus.

Der Mond zeigt sich uns als Vollmond (der Sonne gegenüber) am 9., als letztes Viertel am 17., als Neumond (in gleicher Richtung mit der Sonne) am 24. und schließlich wieder als erstes Viertel am 31. August. Am tiefsten steht die Phase nach dem ersten Viertel, am höchsten die nach dem letzten Viertel. Am fernsten steht uns der Mond am 9. Aug., zur Zeit des Vollmondes, am nächsten am 23. August, einen Tag vor Neumond.

Merkur kann schwerlich aufgefunden werden. Er befindet sich links (östlich) von der Sonne, muß also am Abendhimmel gleich nach Sonnenuntergang ganz in der Nähe des Westhorizont gesucht werden. Er steht aber so tief südlich, daß er am hellen Dämmerungshorizont kaum auffindbar sein wird.

Venus ist noch Abendstern und geht bereits eine Stunde nach der Sonne unter. Ihre Helligkeit, ebenfalls ihr Durchmesser nehmen jetzt schneller zu. Die Sichelgestalt wird schmäler. Mars geht jetzt schon gegen Mitternacht auf. Seine Helligkeit und sein Durchmesser haben sich kaum verändert. Jupiters Sichtbarkeitsverhältnisse werden rasch günstiger. Zuerst geht er noch 2½, Ende des Monats schon 5 Stunden früher auf als die Sonne. Dabei steigt seine Bahn nach Norden an, so daß er immer höher über dem Horizont zu stehen kommt. Saturn kommt zwischen 20 und 21 Uhr über den Horizont. Wir finden ihn im Sternbilde der Fische. Neptun zieht hinter der Sonne dahin, ist also unsichtbar.

Am Fixsternhimmel finden wir am Abend im Westquadranten: untergehend Bootes und Schlange, den Schlangenträger, ferner höher die Krone, Herkules und Adler, über uns den Schwan, die Leyer, den Delphin und Kepheus, nach Süden zu den Schützen mit Saturn, den südlichen Fisch mit Fomalhaut, den Steinbock und den Wassermann, nach Osten zu Pegasus und Andromeda, die Fische mit Uranus, den Walfisch, das Dreieck, den Widder, Perseus, Stier und Fuhrmann. Der Tierkreis zieht in langem, flachem Bogen durch die Sternbilder (von Ost nach West) Stier—Widder—Fische—Wassermann—Steinbock—Schütze. Als glänzendes Silberband spannt sich die Milchstraße über den Himmel von Nordost im Fuhrmann über Perseus, Kassiopeia, Kepheus, Schwan Adler und Schütze nach Südwest hinab.

Nr. 181. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 6. August 1930.

Deutscher Stenographentag Berlin 1930

Nachdem der Vorstand des Deutschen Stenographenbundes und seine Ausschüsse seit Donnerstag in internen vorbereitenden Sitzungen getagt hatten, wurde die Reihe der größeren Veranstaltungen des Deutschen Stenographenbundes am Freitagnachmittag mit der Bundesvertreterversammlung eröffnet, zu der sich die bevollmächtigten Vertreter aus allen Gebieten des Deutschen Reiches und des deutschsprachigen Auslandes eingefunden hatten. Der vom Bundesvorsitzenden, Regierungsrat Dr. Blauert (Dresden), gegebene Jahresbericht gab ein anschauliches Bild von der umfangreichen und erfolgreichen Tätigkeit des Bundes während des abgelaufenen Jahres wieder. In einer Mitgliederzahl von über 192 000 kommt die Stärke des Bundes zum Ausdruck, und die Versammlung nahm mit Freude von der wachsenden Verbreitung und Anwendung der deutschen Einheitskurzschrift auf allen Gebieten des Schreibverkehrs Kenntnis.

Am Sonnabendmorgen wurde mit der Eröffnung einer sehr interessanten

Stenographischen Fachausstellung

der Oeffentlichkeit ein interessanter Einblick in das stenographische Wirken gegeben. Die geschichtliche Abteilung, die der Bibliothekar vom Stenographischen Landesamt Dresden, Regierungsrat Scheunig, zusammengestellt hat, bietet eine wertvolle Auswahl aus den reichen Schätzen dieser größten Fachbibliothek der Welt. Sie stellt einen Gang durch die Geschichte der Entwicklung der Schrift überhaupt und der Kurzschrift im besonderen vom Altertum bis in die Gegenwart hinein dar. Zahlreiche Schriftproben an Hand seltener Originalwerke, die von den alten Griechen und Römern ausgehen, veranschaulichen die einzelnen Perioden der kurzschriftlichen Entwicklung, darunter besonders die bedeutsame englische Periode vom 16. bis 18. Jahrhundert. In der deutschen Abteilung werden die vorgabelsbergerschen geometrischen Systeme berücksichtigt, daneben aber natürlich sehr eingehend die Erfindungen Gabelsbergers und Stolzes, die mit ihrem graphischen Prinzip die Grundlagen der modernen deutschen Stenographie schufen. Unter ihren Schülern, deren Werke natürlich ebenfalls dargestellt sind, findet sich allmählich der Uebergang zur modernsten Entwicklung und zur deutschen Einheitskurzschrift. Sie ist mit den wichtigsten Werken zur Systematik, Theorie, Methodik und in ihrer Anwendung vertreten.

Dieser geschichtlichen Ausstellung schließt sich in der zweiten Abteilung, die von Rektor Leder (Berlin) bearbeitet ist, die Pflege der Einheitsstenographie durch das vielseitige Vereinsleben an. Hier wird an Hand statistischer und graphischer, origineller bildlicher Darstellungen die große Verbreitung der Einheitskurzschrift gezeigt. Ihr umfangreiches Zeitungs- und Zeitschriftenmaterial wird berücksichtigt, ihre praktische Verwendung im Dienste des Parlamentes, in der fremdsprachlichen Uebertragung, als Diktat- und Geschäftsschrift wird vorgeführt. Von ihrer Verwendung als Schmuck- und Zierschrift werden Proben gegeben. Es findet sich auch eine reiche Autogrammsammlung vor und in einer technischen Abteilung wird die Entstehung des kurzschriftlichen Druckes vor Augen geführt. Die dritte Abteilung, die von den stenographischen Verlegern sehr stark beliefert ist, läßt erkennen, wie die reiche Literatur der deutschen Einheitskurzschrift — Lehrbücher, wissenschaftliche Abhandlungen, Unterhaltungsliteratur — zu ihrer Verbreitung beiträgt und wieviel trotz der großen wirtschaftlichen Nöte der letzten Jahre doch auf diesem Gebiete geleistet worden ist.

Die Ausstellung, die in Räumen der Philharmonie, Bernburger Straße, untergebracht ist, ist täglich von 9 bis 18 Uhr geöffnet und kann von jedermann unentgeltlich besichtigt werden.

Kein Lehrerabbau in Preußen

Zu dem Sparerlaß des preußischen Finanzministers.

Zu den Pressemitteilungen über den Sparerlaß des preußischen Finanzministers vom 1. Juli, der durch Indiskretionen in der Fachpresse der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist, erfährt der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes:

Der Erlaß des preußischen Finanzministers enthält zunächst nur Vorschläge zu Sparmaßnahmen innerhalb der einzelnen Ressorts, zu denen diese Stellung nehmen sollen. Eine besondere Rolle spielen in der öffentlichen Diskussion die Sparvorschläge im Bereich der Unterrichtsverwaltung. Die darauf bezüglichen Ausführungen des Erlasses lauten:

„Ich denke hierbei, um nur ein Beispiel herauszugreifen, an Maßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens, wie die Einziehung höherer Schulen. Der bald fühlbar werdende Mangel an Nachwuchs von Volksschullehrern, die Notwendigkeit, den Bau der pädagogischen Akademien bei der Lage der öffentlichen Finanzen möglichst zu strecken, andererseits die im Verhältnis zur Vorkriegszeit geringe Klassenfrequenz der Volksschulklassen insbesondere in den Großstädten in Verbindung mit dem Umstande, daß die Kinderzahl in absehbarer Zeit erheblich zurückgeht, müsse es ermöglichen, im Wege eines dreijährigen Programms durch Zusammenlegung von Schulen und Klassen eine Einsparung von 10 000 Volksschullehrerstellen zu erzielen."

Mit allem Nachdruck ist zu unterstreichen, daß dieses Programm keinerlei Abbau in der 1924 gewählten Form beabsichtigt. Eine Wiederholung der damals getroffenen Maßnahmen bleibt vollkommen außer Betracht. Kein Lehrer soll abgebaut werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen finden ihre Begründung in folgenden Tatsachen:

Es gibt in Preußen gegenwärtig rund 10 200 Junglehrer, und zwar rund 7100 katholische und rund 3100 evangelische. Der Bestand an evangelischen Junglehrern wird im Jahre 1931, der an katholischen Junglehrern im Jahre 1936 aufgebraucht sein. Wie in dem Erlaß ausgeführt ist, werden pädagogische Akademien in Zukunft in langsamerem Tempo geschaffen werden als bisher. Lehrernachwuchs wird deshalb in den nächsten Jahren in geringerem Umfange zur Verfügung stehen. Dazu kommt, daß die Zahl der Schulkinder weiter zurückgeht, die heute 4,3 Millionen gegenüber 6,5 Millionen in der Vorkriegszeit beträgt (unter Einschluß der abgetretenen Gebiete). Demgegenüber ist die Zahl der Lehrer von 117 000 in der Vorkriegszeit, wieder unter Einschluß der abgetretenen Gebiete, auf 111 000 gesunken, verhältnismäßig also in geringerem Ausmaß als die der Schulkinder. Die Klassenfrequenz betrug in der Vorkriegszeit im Durchschnitt 63 gegenüber 38,7 heute.

Alle diese Momente müssen zu dem Schluß führen, daß eine allmähliche Einsparung von Lehrerstellen ohne Anwendung irgendwelcher Härten durchaus möglich ist, um so mehr, als sich das Einspruchsprogramm auf einen Zeitraum von drei Jahren erstrecken soll. Schließlich ist nochmals zu betonen, daß der Erlaß zunächst nur Vorschläge erhält, zu denen die Ressorts Stellung zu nehmen haben, ohne daß damit bereits eine Entscheidung getroffen wäre.

Werbefahrt des Westfäl. Verkehrsverbandes

Der vom Westfälischen Verkehrsverband zum ersten Male vor 2 Jahren veranstalteten Westfalenfahrt war ein so großer Erfolg beschieden, daß der Westfälische Verkehrsverband, Dortmund, sich entschloß, in diesem Jahre eine zweite Werbefahrt zu veranstalten. Diese Fahrt, welche 5 Tage dauerte, führte durch den östlichen Teil des Sauerlandes und einen Teil des Freistaates Lippe. Sie nahm ihren Ausgang von einer der ältesten Städte des Sauerlandes, der Stadt Brilon, wo sich die Teilnehmer am 20. Juli versammelten.

Brilon, von Bergen bis zu 800 Meter Höhe mit prachtvollen Laub- und Nadelwaldungen umgeben, bietet den Erholungsuchenden Gelegenheit zu abwechslungsreichen schönen Spaziergängen und Ausflügen. Gute preiswerte Unterkunftsmöglichkeiten in Hotels, Gasthöfen und Privatpensionen machen es einem jeden möglich, sich hier von den Strapazen des Alltages zu erholen. Dem Rundgang durch die sehenswerte alte Stadt schloß sich eine Besichtigung der berühmten Glockengießerei Humpert an. Die Einrichtungen der Gießerei wurden von den Teilnehmern mit großem Interesse besichtigt.

Von Brilon aus führte die Fahrt im Autobus über Padberg-Adorf zur Diemeltalsperre, einem sehr beliebten Ausflugsziel des Sauerlandes mit den nahegelegenen Erholungsorten Heringhausen und Helminghausen. Ungewöhnlich vielseitige und abwechslungsreiche Landschaftsbilder zogen an den Augen der Teilnehmer vorüber. Durch Täler, über bewaldete Höhen, durch zerklüftete Felsgegenden ging es nach Nieder- und Ober-Marsberg. Hier wurde die Reisegesellschaft von Landrat Jansen und den Bürgermeistern Brümmer und Britten auf das herzlichste begrüßt. Ein Spaziergang führte die Teilnehmer zur Paulinen-Quelle und zum Aussichtsturm auf dem Bilstein. Von hier aus hatte man einen herrlichen und überwältigenden Blick auf Nieder- und Ober-Marsberg. Das Auge war gebannt von der Pracht der schönen Landschaft.

Ueberaus lohnend war die Besichtigung von Ober-Marsberg unter der sehr guten Führung des Propstes Hagemann, der die Geschichte und die Kulturschätze des Ortes erklärte. Hier ist der Ort, wo die Heere des Frankenkönigs nach zähem Ringen die Eresburg einnahmen. Auch die anderen geschichtlichen Denkmäler — Stifts- und Nicolaikirche, der Schandpfahl, die Rolandsfäule usw. — riefen das Interesse der Teilnehmer wach. Von der Mauer der Stadt hatte man einen Ausblick auf die Sauerländer und Waldecker Berge, wie er wohl im Sauerlande nicht wieder anzutreffen sein wird. Wer Gesundheit sucht und ein Anhänger schöner Natur ist, findet dieses in dem Luftkurort Nieder- und Ober-Marsberg.

Das nächste Ziel der Fahrt war das aufstrebende Bad Driburg. Die wundervolle Lage am Fuße des Eggegebirges, die prächtigen Tannen- und Buchenwälder, die heilkräftige Wirkung der Quellen haben bisher zahlreiche Besucher angelockt. Unter Führung des Kurdirektors Borgmann wurde das Bad mit seinen zahlreichen Stahlquellen und Schwefelmoorbädern, mit seinen mustergültigen Anlagen besichtigt. Die Pensionen, Erholungsheime und Anstalten, deren Gebäulichkeiten eine Zierde des Bades bilden, traten bei einem Rundgang besonders in Erscheinung und hinterließen einen guten Eindruck bei den Reiseteilnehmern.

Auf der Fahrt nach Pyrmont, dem nächsten Ziel, wurde eine kurze Rast in dem inmitten ausgedehnter Waldungen idyllisch gelegenen Luftkurort Schieder gemacht. Dieser Ort hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem Erholungsort entwickelt.

Bad Pyrmont, ehemals Residenz des Fürsten von Waldeck, von altersher wegen seiner heilkräftigen Quellen von den Erholungsuchenden bevorzugt, nahm uns auf unserer Fahrt in seinen Mauern auf. Hier können alle aufleben, die wirklich Erholung und Heilung suchen.

Die Kuranlagen wurden unter Führung des Kurdirektors Gallion und des Vorsitzenden des Kurvereins, Moogh, besichtigt. Es gibt nur wenige Bäder, die von der Natur derartig reich bedacht worden sind wie Pyrmont. Zahlreiche Quellen, reich an Kohlensäure, Eisen, dazu die Moorlager, bieten Heilmittel in den verschiedensten Abstufungen und ermöglichen es, die Trink- und Badekuren für die Erkrankten so weitgehend zu individualisieren, wie es nur in wenigen Badeorten Deutschlands möglich ist. Außerdem gewähren die herrlichen Spaziergänge in dem gepflegten Kurpark mit seinem reizvollen Palmengarten und den übrigen Anlagen Pyrmonts reiche Abwechslung. Die Teilnehmer an der Fahrt waren von den Eindrücken, die sich ihnen in Pyrmont boten, überwältigt.

Auf der Weiterfahrt, dem Ziel Hörter entgegen, wurde ein kurzer Aufenthalt in Polle, mit seiner alten Burgruine, genommen. Von der Höhe des alten Schlosses hatten die Fahrtteilnehmer einen prachtvollen Ausblick über die Weser und das Weserbergland.

In den Abendstunden wurde Hörter, die romantische 1100jährige Hansastadt an der Weser, erreicht. Die hochgiebelten Häuser sowie das im 17. Jahrhundert erbaute Rathaus geben der Stadt ein eigenartiges Gepräge. Hörter und das benachbarte Corbey, Schloß des Herzogs von Ratibor und Corvey, sind Stätten ältester deutscher Kultur. Hier hat auch der Dichter des Deutschlandliedes, Hoffmann von Fallersleben, seine letzte Ruhestatt gefunden.

Den Abschluß der 2. Westfalenfahrt bildete eine Besichtigung des Reichsehrenmalgeländes an der Rabenklippe bei Hörter. Die auf dieser Fahrt gewonnenen Eindrücke haben die Teilnehmer davon überzeugt, daß Westfalen reich an Naturschönheiten ist und die mannigfaltigsten Erholungsmöglichkeiten bietet.

Zum Thema Preisabbau

schreibt Dr. Wilhelm Grotkopp (Berlin) in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" unter anderem folgendes: Wenn vom künstlich erhöhten Preisniveau gesprochen wird, dann darf auch nicht außer acht bleiben, daß unzweifelhaft der Apparat der öffentlichen Körperschaften zu sehr aufgebläht ist und die Gesamtwirtschaft eine Steuerlast tragen muß, die sich auf fast ein Drittel ihres Gesamteinkommens beläuft und in dieser Höhe kaum tragbar ist. Daß es in den letzten Jahren nicht geglückt ist, zu gesunden staatsfinanziellen Verhältnissen zu kommen, das ist eine der wichtigsten Ursachen der heutigen deutschen Wirtschaftskrise. Daß heute einerseits die Regierung Preisabbau ruft, andererseits aber die Steuern erhöht und somit den Preisabbau unmöglich macht oder wesentlich erschwert, das ist einer der tollsten Widersprüche, der je vorgekommen ist. Weil man sich an die künstlich erhöhten Preise nicht richtig heranwagt, weil man außerdem die Steuern erhöhen muß, will man zur Zeit den Preisabbau auf dem Wege des Lohnabbaues erzwingen, um so für die deutsche Wirtschaft notwendige Erweiterung des Rentabilitätsspielraumes zu erzielen. Die Fragwürdigkeit und Schädlichkeit einer solchen Maßnahme braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, doch soll man sich nicht darüber täuschen, daß die Gefahr eines Lohnabbaues ungeheuer groß und vielleicht auch ein Abbau der wenigen anormal hohen Löhne unvermeidlich ist, weil in den letzten Jahren eine Wirtschaftspolitik geführt wurde, die einen Preisabbau dort, wo er möglich und notwendig war, unmöglich gemacht hat. . . . Eine Prüfung der heute ausgegebenen Preisabbauparole zeigt, daß die Regierung bisher zwar diese Parole oft genug ausgegeben, daß sie aber nichts getan hat, um diese Forderung zu verwirklichen, ja, daß die heutige deutsche Wirtschaftspolitik einen Preisabbau fast unmöglich macht.

Hohe Heiratsziffern, aber Abnahme der Geburtenzahl

Die Zunahme der Eheschließungen, die man in der preußischen Bevölkerung in den letzten Jahren feststellen konnte, zeigte sich auch im ersten Vierteljahr 1930. Nach Feststellungen des Preußischen Statistischen Landesamtes entfielen auf je tausend Einwohner 7,1 Eheschließungen, während die Heiratsziffer im ersten Vierteljahr des Vorjahres nur 6,7 v. T. ausmachte. Unter den Provinzen hatte diesmal nicht wie sonst Berlin die höchste Heiratsziffer, sondern Oberschlesien mit 8 v. T., dessen Heiratsziffer sonst immer verhältnismäßig gering war. Berlin folgte an zweiter Stelle mit 7,9, Hessen-Nassau mit 7,7 und die Rheinprovinz mit 7,6 v. T. Die niedrigste Heiratsziffer hatte Ostpreußen mit 4,8 v. T.; auch Pommern und Niederschlesien hatten niedrige Ziffern.

Die Geburtenziffer ist weiter zurückgegangen. Es wurden 186 247 Kinder geboren gegenüber 189 285 im ersten Vierteljahr 1929 und 194 801 im gleichen Vierteljahr 1928. Die Geburtenziffer ist von 20,1 v. T. im ersten Vierteljahr 1928 auf 19,2 v. T. im Berichtsvierteljahr gesunken. Berlin hatte mit 11,1 wieder die niedrigste und Oberschlesien mit 27 die höchste Geburtenziffer. Die Sterblichkeit war im Berichtsvierteljahr günstig. Auf je 1000 Einwohner entfielen nur 12,6 Todesfälle gegenüber 18,1 im ersten Vierteljahr 1929 und 13,4 im gleichen Zeitraum 1928. Auch die Säuglingssterblichkeit war gering. Auf 100 Lebendgeborene entfielen 9,7 Sterbefälle von Kindern unter einem Jahr, während die gleichen Zeiträume der vorangehenden Jahre 10 und mehr Säuglingssterbefälle aufwiesen. Die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 13,9, und Oberschlesien mit 12,4, zeigten die höchste Säuglingssterblichkeit. Der Geburtenüberschuß betrug 63 456 Personen, was auf je 1000 Einwohner 6,5 ausmacht. Im ersten Vierteljahr 1929 belief sich die Geburtenüberschußziffer nur auf 1,5 v. T. und im gleichen Vierteljahr 1928 auf 6,7 v. T. Mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt war der Geburtenüberschuß in Oberschlesien. Hohe Ueberschußziffern hatten noch Westfalen (9,7), Ostpreußen (8,9), und Pommern (7,9). Sehr gering war der Geburtenüberschuß in der Provinz Brandenburg, während die Stadt Berlin einen Sterbeüberschuß (minus 1,7) aufwies.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Verfassungsfeier in Buer!

Zur Verfassungsfeier am 10. dieses Monats tritt die gesamte Ortsgruppe wie folgt an:

Kameradschaft Erle: 5.30 Uhr, Lokal Grünewald;
Kameradschaft Mitte: 6.15 Uhr, Lokal Volkshaus;
Kameradschaft Hassel: 5.30 Uhr, Lokal Grotthoff.

Schutzsportler um 5 Uhr am Hedwigplatz in Schutzsportkleidung: Martinskapelle und Tambourkorps um 4 Uhr im Lokal Grünewald.

Sämtliche Fahnen und Wimpel werden mitgenommen. Die Kameraden werden ersucht, für restlose Beteiligung zu sorgen.

In Anbetracht der Verfassungsfeier findet am Montag, dem 11. dieses Monats, auf der Spielwiese auf Schloß Berge um 4 Uhr ein Kinderfest statt. Die Eltern werden gebeten, sich zahlreich mit ihren Kindern einzufinden. Für Unterhaltungen derselben ist weitest gehend gesorgt.

Reichsbanner-Schutzsport

Schutzsport Buer.

Erle (2.) gegen Bochum-Gerthe (2.) 10:1 (5:0).
Erle (1.) gegen Bochum-Gerthe (1.) 6:0 (2:0).

Bei einigermaßen gutem Wetter wurden am letzten Sonntag die fälligen Rückspiele obiger Mannschaften auf dem Sportplatz am Forsthaus ausgetragen. Auch diesmal eröffneten die 2. Mannschaften den Reigen. Trotz der hohen Niederlage spielte Gerthe sehr fair. Erle hat die Wahl und spielt mit Wind. In der Mannschaft wurde eine kleine Umstellung vorgenommen, welche sich bis jetzt gut bewährte!? Gerthe wirft an, der Ball wird gleich von der Erler Läuferreihe abgewehrt. Erle liefert ein schönes Stellungsspiel und spielt überlegen. In der 7. Minute geht der kleine Rechtsaußen durch und wirft das erste Tor. Gerthe ist an den großen Platz nicht gewöhnt. Die Erler Stürmer wechseln sich im Vorwerfen ab und bringen bis zum Wechsel 5 Tore ein. Nach der Halbzeit will Gerthe aufholen, es fehlt hier der Torschütze. Aber sie verlieren nicht den Mut. Erle kämpft tapfer weiter und wirft noch 5 weitere Tore. Drei Minuten vor Schluß holt sich Gerthe das Ehrentor. Der Erler Torwart hatte scheinbar Langeweile, will den von ihm abgeprallten Ball noch fangen, erreicht ihn aber nicht und der Gerther Rechtsaußen wirft ins leere Tor. Nur so weiter, so kann auch noch die 2. Mannschaft ein gefährlicher Gegner werden.

Anschließend spielten die beiden 1. Mannschaften. Erle war wieder in Hochform. Die Mannschaft steht gut. Die Gerther, alles kräftige und flinke Leute, haben diesmal Pech. Auch spielten diese zu eng, der Außensturm lag dauernd in der Mitte. Gerthe hätte es wenigstens zum Unentschieden bringen können, wenn die Stürmer nicht immer allein durchgegangen wären. Die Verteidigungen und Läuferreihen arbeiteten gut. Erle hat Anwurf, spielt gegen Wind und ist trotzdem überlegen. Zuerst konnten sie das Tor nicht finden, immer geht der Ball daneben. Mit 2:0 für Erle geht es in die Halbzeit. Jetzt kommt Gerthe nicht mehr in Frage. Wurf um Wurf hagelt auf das Gerther Tor. Sie müssen jetzt Wert auf Verteidigung legen, damit das Resultat nicht zu hoch wird. Mit 6:0 für Erle ertönt der Schlußpfiff. Erle hat wieder gezeigt, wie gespielt wird. Der Schiedsrichter leitete das Spiel korrekt.

Den Schutzsportlern zur Kenntnisnahme: Bei der nächsten Feierschicht in dieser Woche, haben sämtliche Spieler um 14 Uhr beim Sportleiter, Hermannstraße 28, zu sein. Training im Stadtwald zum Stafettenlauf in Horst.

Vorsicht beim Genuß von Morcheln

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird von dem Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung geschrieben:

Vergiftungen durch den Genuß von Pilzen, insbesondere von selbst gesammelten, werden alljährlich beobachtet. Von berufener Seite wird mit Recht immer wieder darauf hingewiesen, daß man nur solche Pilze essen soll, die man als sicher ungiftig kennt. Darüber hinaus sind in diesem Jahre in gehäuftem Maße Erkrankungen nach dem Genuß der Morchel oder Speiselorchel aufgetreten. Es ist einem großen Teil der Bevölkerung zumeist unbekannt, daß die Morchel in frischem Zustande Giftstoffe enthält, die sogar tödliche Wirkungen hervorrufen können, wenn nicht die nötige Vorsicht dabei geübt wird. Diese besteht darin, die Morcheln nicht nur abzuwaschen oder mit heißem Wasser einmal abzuspülen, sondern man muß sie regelrecht mit reichlichem Wasser kochen und nachdem die Pilze im Wasser mindestens zwei Minuten lang im Kochen erhalten worden sind, das Kochwasser weggießen! Die Giftstoffe der Morchel, insbesondere die Helvellasäure, sind in heißem Wasser löslich, werden aber durch das Kochen nicht unwirksam gemacht. Der Pilz leidet durch diese Vorbehandlung des regelrechten Abkochens in keiner Weise an seinem Wohlgeschmack. Auf keinen Fall darf das Kochwasser der Morchel zur Herstellung von Pilzsuppe oder Bratentunken verwendet werden.

Die getrocknete Morchel, wie sie im Handel erhältlich ist, hat ihre Giftstoffe verloren und bedarf keiner besonderen Vorbehandlung. In allen Fällen, in denen nach Genuß der Morchel oder Speiselorchel Krankheitserscheinungen wie Uebelkeit, Erbrechen, Durchfälle, Gelbsucht usw. gleichzeitig bei mehreren Personen auftreten, ist unverzüglich ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Mehr Vogelschutz!

Damit der Vogelschutz auch von privaten Wald- und größeren Gartenbesitzern mehr als bisher gefördert wird, hat sich der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk in Essen erboten, auch für Private die Beschaffung von Nisthöhlen zu übernehmen. Der Siedlungsverband ist bereit, den privaten Waldbesitzern den dem Verband eingeräumten Rabatt von 5 Proz. bei Bestellung von mindestens 60 Nisthöhlen zugute kommen zu lassen. Bestellungen bei dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk Essen, Kronprinzenstraße Nr. 35, müssen bis spätestens 1. September 1930 eingereicht sein. Genaue Anschrift und Bahnstation ist anzugeben. Es sind durchschnittlich je Morgen 2 Nisthöhlen vorzugsweise für Meisen aufzuhängen.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 7. August.

7.30: Brunnenkonzert aus Bad Pyrmont.
15.00: Kinderstunde: Märchen und Musik.
16.20: Franz P. Brückner: Sprung nach Algier.
16.40: Dr. H. Hartmann: Wilhelm Liebknecht zum 30. Todestag.
17.00: Die Ferienzeit des Großstadtkindes. Besuch einer Ferienkolonie in Eichholz.
17.30: Beiperkonzert.
18.30: Dr. ten Doornkaat Koolman: Lippstadt.
19.15: Dr. Wilhelm Tigges: Henry Ford.
19.40: Dr. Ludwig Schmetzer: Das Trierer Gebiet.
20.00: Abendmusik.
21.00: Uebertr. von den Salzburger Festspielen: Mozart: Marsch in D-dur; Serenade Nr. 7 in D-dur. Wiener Philharmoniker. Anschl.: Nachtmusik und Tanz.

Freitag, 8. August.

7.30: Brunnenkonzert aus Bad Oeynhausen.
15.00: Kinderspielstunde: Puppenwäsche.
16.00: Zur polischen Literatur der Gegenwart.
16.25: Wilh. Bergshofen: Aus „Adam sucht den Feind".
16.45: Jugendfunk.
17.30: Beiperkonzert.
18.30: Hansjürgen Wille: Oberskin.
19.15: Wirtschaft und Gesellschaft im Buch.
19.40: Direktor Steigertahl: Die Bedeutung des Rundfunks im Anstaltswesen.
20.00: Abendkonzert. — In einer Pause: Das neue Gedicht in der Musik.
Anschl.: Aachen: Konzert. Kapelle Zäch.

Deutsche Welle. Donnerstag, 7. August.

10.35: Mitteilungen des Verbandes der Preuß. Landgemeinden.
17.30: Ober-Stud.-Dir. Dr. Reiske: Städtekundliche Studienfahrten mit Schülern der oberen Stufe.
18.00: Dr. Hasselblatt: Die Kulturautonomie als Ziel der deutschen Minderheitenbewegung.
18.30: Unterhaltende Stunde. Der Brunnen rauscht. Rektor Winter.
18.55: Spanisch für Fortgeschrittene.
19.25: Ober-Landw.-Rat Dr. Tasch: Die Berliner Milchversorgung unter dem neuen Milchpreisabkommen.
20.00: Sonaten von Schubert und Grieg.
20.30: Stuttgart: George Seibel, Pittsburg (Pennsylvanien): Das Deutschtum in Amerika.
21.00: Wien: Salzburger Festspiele: Serenade. Mozart: Marsch D-dur; Serenade Nr. 7, D-dur.. Ausf.: Wiener Philharmoniker. Danach: Tanzmusik. Kapelle Egon Kaiser.

Deutsche Welle. Freitag, 8. August.

9.00: Geheimrat Dr. Poetzsch-Heffter: Erinnerungen zum Verfassungstag.
15.00: Jungmädchenstunde. Grete Maria Markstein: Was wir lesen.
16.00: Prof. Erich Hylla: Gedanken zur Umgestaltung der oberen Jahrgänge der Volksschule.
16.30: Leipzig: Nachmittagskonzert.
17.30: Hermann Griebel: Heimatspiele und Heimatspielbewegung.
18.00: Dr. Bathe: Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in England.
18.30: Wolfgang Gubalke: Zeitungskuriosa.
18.55: Ober-Studien-Direktor A. Bockelmann: Das Geheimnis um Shakespeare.
19.25: Wissenschaftlicher Vortrag für Zahnärzte.
20.00: Breslau: „Die Hafenkneipe". Hörspiel von Jörn Jörnson.
21.15: Breslau: Seemannslieder.
Danach: Blasorchester-Konzert.

ARBEITER-SPORT

Bezirksnachrichten und sonstige Mitteilungen

Bericht von der letzten Schiedsrichtersitzung in Wanne.

Mit etwas Verspätung eröffnete der Genosse Bußmann die Sitzung bei Anwesenheit von 5 Vereinen mit dem üblichen Gruß. Punkt 1: „Regelbesprechung", wurde nochmals eingehend besprochen und Fälle aus der Praxis an Hand von Beispielen erläutert. Unter Punkt „Verschiedenes" wird die Zahlungsfrist für die Vereine, die nicht in der letzten Schiedsrichterversammlung vertreten waren, bis zum 31. August verlängert. Folgende Vereine kommen dafür in Frage: Eickel, Erkenschwick, Buer 25 und Röhlinghausen. Wegen Nichtentsendens von Schiedsrichtern und Kursisten in die Sitzung am 27. Juli verfallen folgende Vereine der üblichen Strafe von 2 Reichsmark: Vorwärts Marl, Freie Schwimmer Recklinghausen, Bottrop-Boy, Gelsenkirchen Neustadt, Buer 25, Röhlinghausen. Zahlbar bis zum 7. September 1930. Zahlungen gehen an den Genossen E. Bußmann, Erkenschwick, Buschweg 215. Des weiteren wurde noch beschlossen, am 6. und 7. September die Schiedsrichterprüfung abzuhalten. Hierzu müssen sämtliche Schiedsrichter erscheinen, andernfalls Entziehung der Schiedsrichterkarte. Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben. Da sonst nichts weiter vorlag, wurde die Sitzung vom Genossen Bußmann mit einem „Frei Heil!" geschlossen.

Achtung! 13. Fußballbezirk!

Die Serienspiele Sportfreunde Holsterhausen — Rasensport Dorsten und Schwarz-Weiß Rapen — Haltern fallen wegen der Verfassungsfeier am 10. dieses Monats aus. Neuer Termin wird noch bekanntgegeb

Freie Turnerschaft, Recklinghausen.

Heute (Mittwoch), abends um 8 Uhr, findet im Volkshaus eine wichtige Spielersitzung statt. U. a. Aufstellung der Mannschaften für die Serie. Neuaufnahmen werden ebenfalls dort getätigt.

Verein für Leibesübungen, Gelsenkirchen-Bulmke-Bismarck

Die Trainingsstunden finden jetzt regelmäßig Montags und Samstags statt. Beginn um 5 Uhr. Jeder Sportler hat dazu zu erscheinen.

Der technische Leiter.

Weltkrise, Volkswirtschaft und Brüning-Regierung

Seit einiger Zeit spielt die wirtschaftliche Weltkrise in der politischen Diskussion eine ziemlich große Rolle. Mehr als einmal hatten auch die Minister der Brüning-Regierung auf die wirtschaftliche Weltkrise Bezug genommen, um die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage in Deutschland zu beleuchten. Dagegen ist nichts einzuwenden. Eine wirtschaftliche Weltkrise ist da, ihre Auswirkungen in der deutschen Wirtschaft sind unverkennbar, und sie sind verhängnisvoll. Eine andere Frage ist, ob die Pflicht eines Wirtschaftpolitikers schon damit erfüllt ist, daß er die Abhängigkeit der Wirtschaft seines Landes von der momentanen Lage auf dem Weltmarkt eingesehen hat. Es kommt ja nicht bloß auf eine richtige Erkenntnis an, sondern auch vor allem darauf, daß aus dieser Erkenntnis auch die nötigen Schlußfolgerungen für das Handeln gezogen werden. Von solchen Schlußfolgerungen merkt man aber bis jetzt sehr wenig. Das ist gewiß kein Zufall und nicht nur auf den — ohne Zweifel vorhandenen Mangel an wirtschaftlichem Verständnis zurückzuführen. Es sind vielmehr politische Gründe, die es der Regierung Brüning unmöglich machen, die wirtschaftspolitischen Konsequenzen aus dem Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und der Lage auf dem Weltmarkt zu ziehen, und es gehört zu den Aufgaben des bevorstehenden Wahlkampfes, die Bildung einer Regierung zu ermöglichen, die den großen wirtschaftspolitischen Aufgaben der Zeit gewachsen sein wird.

Zum erstenmal seit dem Kriege stehen wir vor der Tatsache einer Weltkrise,

d. h. einer Krise, die in solchem Maße alle Länder der kapitalistischen Welt ergreift, daß sie als Weltkrise bezeichnet werden kann. Aus dieser Tatsache wird vor allem ersichtlich, daß sich der Weltmarkt, der durch den Krieg zerrissen und desorganisiert war, schon wiederhergestellt hat und nicht nur als ein Begriff, sondern als eine greifbare Realität existiert. Zugleich ist diese Krise die eigentliche Nachkriegskrise, in welcher alle die tiefen wirtschaftlichen Verschiebungen und Störungen, die durch den Krieg bewirkt wurden, zum Ausdruck kommen: die eigentliche Nachkriegskrise, die ausbrach, nachdem eine Reihe von partiellen und namentlich Währungskrisen schon zum Abschluß gelangt war. Diese Krise ist mit anderen Worten nicht nur eine von den üblichen Krisen, ohne die die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft undenkbar ist und in welchen sich dieser Wirtschaft innewohnende Widersprüche in einer zugespitzten Form auszutoben pflegen, sondern sie ist zugleich **die große Krise, die aus den durch den Krieg bewirkten wirtschaftlichen Disproportionalitäten entstehen mußte.**

Während des Krieges erweiterten sich die Produktionsmittelindustrien samt der Gewinnung der dazugehörenden Rohstoffe in einem unerhörten Maße. Diese Produktionserweiterung wurde nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil durch die Nachfrage nach den Produktionsmitteln bestimmt, sie diente vielmehr zum größeren Teil der eigentümlichen Form des Verzehrs: es wurden nämlich in den Produktionsmittelindustrien die Kriegsmaterialien erzeugt, die sofort verbraucht wurden. Von irgendwelcher Proportionalität in der Entwicklung einzelner Zweige der Wirtschaft konnte gar keine Rede sein. Auf die künftige Gestaltung des Marktes wurde keine Rücksicht genommen. Einige Teile der Wirtschaft haben sich, um der durch den Krieg entstandenen Nachfrage zu entsprechen, in solchem Maße ausgebaut, daß die stärkste Disproportionalität im Verhältnis zu den übrigen Teilen für längere Zeit vorausbestimmt war. Trotzdem ist der Ausbau der Produktionsmittelindustrien in verschiedenen Ländern auch nach dem Kriege noch weitergegangen.

Am unsinnigsten wurde die Kapazität in Deutschland ausgebaut,

wo man innerhalb der neuen Grenzen noch einmal die lothringische und die luxemburgische Schwerindustrie aufgebaut hat. Dies wurde wesentlich dadurch ermöglicht, daß der Weltmarkt noch nicht funktionierte und verschiedene Länder wirtschaftlich mehr oder weniger isoliert lebten. Die danach folgende Periode der Anpassung an die Konkurrenzbedingungen auf dem sich wiederherstellenden Weltmarkt und der Versuche, die unzähligen Fehlinvestitionen wieder gutzumachen — bei uns die Zeit der intensiven Rationalisierung — brachte wiederum eine starke Beschäftigung für die Produktionsmittelindustrien und förderte damit ihren weiteren Ausbau, ohne daß durch die entsprechende Steigerung der Kaufkraft der letzten Verbraucher Voraussetzungen für die künftige Steigerung der Nachfrage auch für die Produktionsmittel geschaffen wurden.

Die Weltkrise, die zunächst als Ueberproduktion an den Rohstoffen in Erscheinung trat, beeinflußt nicht alle Länder in gleichem Maße. Wir beobachten vielmehr in verschiedenen Ländern verschiedene

Abstufungen der wirtschaftlichen Depression.

Das ist einmal durch das Maß und durch die Art der Verbundenheit jedes Landes mit dem Weltmarkt bedingt, nicht zuletzt aber auch dadurch, daß jedes einzelne Land seine eigenen inneren Widersprüche entwickelt hat. Man darf wohl sagen, daß jedes oder fast jedes kapitalistische Land, welches durch die Weltkrise getroffen wird, zugleich seine eigene Krise hat. Für Deutschland ist das auf jeden Fall in einem sehr hohen Maße richtig. Um so weniger darf man übersehen, daß diese deutsche Krise nicht nur zeitlich mit der Weltkrise zusammenfällt, sondern auch in ihrer Entwicklung durch die Weltkrise wesentlich bestimmt und selbst einer von den wesentlichen Faktoren der Entwicklung auf dem Weltmarkte ist.

Die notwendige Schlußfolgerung ist, daß die deutsche Wirtschaftspolitik weltwirtschaftlich orientiert sein muß,

wenn sie erfolgreich sein soll. Weltwirtschaftlich und, was ebenso wichtig ist, volkswirtschaftlich zugleich.

Nun ist die Regierung Brüning offensichtlich eine Regierung, die für solche Wirtschaftspolitik am wenigsten geeignet ist. Von Anfang an in die Gefangenschaft der kleinen und kleinsten Interessengruppen geraten, um die Gunst der Kreise werbend, denen jedes Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge fehlt, hat sie schon durch ihre ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht nur den Widerstand der Arbeiterschaft, sondern auch den schärfsten Protest des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hervorgerufen.

In einer Zeit, wo die großzügige und zugleich elastische Handhabung des schwierigen Instruments der Handelspolitik besonders nottut, macht diese Regierung durch ihre großagrarische Kurpfuscherei jeden handelspolitischen Fortschritt (und die wirkliche Gesundung der Landwirtschaft auch) schlechthin unmöglich, ja, beschwört sogar die Gefahren starker Rückschläge herbei. Sie zeigt zwar in ihrer neuen Notverordnung das Verständnis dafür, daß die ausländische Konkurrenz als Mittel, den Preisabbau zu erzwingen, benutzt werden kann, scheint aber gar nicht zu verstehen, daß in solchen Fällen nur das rasche Handeln die erwünschten Wirkungen haben kann, wie sie es überhaupt noch nicht verstanden hat, daß sich wiederholende Ankündigungen einer geheimnisvollen Preisabbauaktion nur dazu geeignet sind, auch die noch vorhandene Kauflust lahmzulegen, — wer wird heute teuer kaufen, wenn schon für morgen billige Preise versprochen werden? — den Zustand der Unsicherheit und damit die Depression zu verlängern.

Es ist eine erschreckende politische Pleite des deutschen Kapitalismus,

daß er, durch den Haß gegen die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterschaft geleitet, anstatt einen Versuch zu machen, sich den Notwendigkeiten der fortschreitenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung anzupassen, **die ganze deutsche Wirtschaftspolitik in dieser schwierigen Zeit den ostelbischen Großgrundbesitzern, den Gastwirten und Kleinhändlern, die der Wirtschaftspartei folgen, und den bayrischen Bierpreispolitikern ausgeliefert hat.** Das Ergebnis ist eine Lehre, die leider von der deutschen Wirtschaft und namentlich von der Arbeiterschaft sehr teuer bezahlt werden muß — nämlich die uns längst bekannte Wahrheit,

daß ohne und gegen die Arbeiterschaft, also ohne und gegen die Sozialdemokratie keine volks- und weltwirtschaftlich orientierte Politik möglich ist.

Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese so teuer bezahlte Lehre den breiten Massen bewußt wird und den Ausgang des bevorstehenden Wahlkampfes beeinflußt.

Nationalsozialistischer Sumpf

Hitler hat schon so oft die Unwahrheit gesagt

Dinter (thüringischer Abgeordneter), der Hitler aus persönlicher Erfahrung sehr genau kennt — Hitler war Pate bei Dinters Tochter —, sagt von ihm (Maiheft des „Geistchristentums" 1929):

„Hitler hat nun vor Gericht mit Emphase betont, er habe keinerlei Beziehungen zu Mussolini. Ich bezweifle die Aufrichtigkeit dieser Erklärung. Hitler, durch und durch nur dem politischen Materialismus und Egoismus huldigender, religionsloser Machiavellist, hat schon so oft die Unwahrheit gesagt, hat schon oft sein Wort nicht gehalten, wofür ich mehrere Beispiele an mir und anderen anführen kann. Er duldet Parteigenossen, die nachweislich falsches Ehrenwort gegeben, und ebensolche, die nachweislich ihr Ehrenwort gebrochen haben, nach wie vor in führender Stellung. Er hat selber in mehreren mir genau bekannten Fällen ein mit den elementarsten Begriffen von Pflicht und Ehre unvereinbares Verhalten an den Tag gelegt, daß ich auf die feierlichsten Versicherungen Hitlers keinen Pfifferling mehr gebe.

Hitlers Auffassung von der Religion erhellt aus einem 1928 geführten Gespräch, in dessen Verlauf (in Koburg) Hitler zu Dinter äußerte: „Wenn Sie der religiösen Erneuerung dienen wollen, mein lieber Herr Doktor, dann benutzen Sie Ihre freie Zeit dazu, um einige Dutzend religiöser Filme zu schreiben

. . . ich werde sie dann, wenn ich, in spätestens fünf Jahren, zur Macht gelangt bin, abrollen lassen." Im übrigen hat Hitler neuerdings (1929) — vor Gericht in München — erklärt, ehe er zur Macht gelange, würden wohl noch fünf bis zehn Jahre vergehen.

Es sind also schon wieder 5 bis 10 Jahre mehr geworden! Die nationalsozialistischen Redner versichern uns aber in ihren Versammlungen, Hitler sei in zwei bis drei Jahren „so weit". Wer hat nun recht: der Hitler mit fünf Jahren, oder der Hitler mit zehn bis fünfzehn, oder die Redner mit zwei bis drei Jahren Wartezeit?

Dinter schreibt in Nr. 14 (1929) seines „Geistschristentums" u. a.:

„Auch Nationalsozialisten in führender Stellung, die wiederholt ihrem obersten Führer Hitler falsches Ehrenwort gegeben, ihr gegebenes Versprechen wiederholt gebrochen, Veruntreuungen und Betrügereien begangen haben, werden nach wie vor an weithin sichtbarer Stelle belassen . . . Landtagsabgeordnete, die von der Regierung, der gegenüber sie die Interessen der Bevölkerung und der Partei zu vertreten haben, sich ihre Privatschulden im Betrage von mehreren tausend Reichsmark bezahlen lassen, werden nicht nur nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern belobt, da die Bezahlung ihrer Privatschulden im Parteiinteresse läge. Gegen Parteigenossen, auch solche in führender Stellung, die durch ihren sittlichen Lebenswandel innerhalb und außerhalb der Partei Aergernis erregen, wird von Hitler, obwohl die Satzungen es verlangen, auch auf Antrag nicht eingeschritten mit der Begründung, das Privatleben eines Politikers gehe die Oeffentlichkeit nichts an."

*

Die Arbeitgeber befriedigt.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" brachte nachstehende Notiz über eine Hitlerversammlung in Berlin:

„Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, spricht in öffentlicher Massenkundgebung am 2. Mai dieses Jahres im Berliner Sportpalast, Potsdamer Straße. Die Versammlung ist bereits seit 14 Tagen ausverkauft. Karten sind nicht mehr zu haben. Jede Nachfrage nach solchen ist vergeblich. Da über die vorhandene Anzahl von Karten hinaus eine sehr rege Nachfrage auch heute noch besteht, wird, wie der Gau Groß-Berlin der NSDAP. mitteilt, eine zweite Versammlung mit Herrn Hitler als Redner stattfinden. Der Termin wird noch bekanntgegeben."

Die Herren Arbeitgeber waren also völlig befriedigt.

Wirtschaft und Gewerkschaft

„Rinnen muß der Schweiß . . ."

Es gibt ein Buch, das betitelt sich: „Der Mensch in der Landwirtschaft, Grundzüge der Landarbeitslehre". Der Verfasser, Dr. Georg Stieger, „Königlicher" Oekonomierat in der Auflage von 1922, stellt als Motto an die Spitze des Buches das Schiller'sche Zitat: „Von der Stirne heiß, rinnen muß der Schweiß, soll das Werk den Meister loben, doch der Segen kommt von oben."

Wenn man diesen Spruch mit den Stiegerschen Ausführungen in den richtigen Zusammenhang bringt, so kann man aus seinen darauffolgenden Sätzen nur verstehen, daß der Schweiß des Landarbeiters rinnen und er auch außerdem auf den Segen von oben warten soll — weil man ihm nämlich auf Grund eines ausreichenden Lohnes kein menschenwürdiges Dasein auf Erden zubilligen will.

So versucht man unter dem Deckmantel der Fachliteratur den Landwirten folgendes vorzulegen: „Allerdings erscheint die heute im Reich herrschende Partei, die Sozialdemokratie, als die Trägerin der Unzufriedenheit, als die Auffassung der praktischen Auswirkung der materialistischen Weltauffassung ob sie sich nun so nennt, oder Monismus oder sonstwie". Weiter gibt der Verfasser der SPD. die Schuld für „Aushöhlung und Verödung der eigenen inneren Beraubung des Lebens und die Helle des Gemütes, um die Seele und ihre Aeußerung".

Wer liest im wesentlichen dieses „wissenschaftliche" Buch mit solch einseitiger politischer Verhetzung?: Jungen Schülern in Landwirtschaftlichen Schulen wird es gegeben, um diese politisch noch unreifen Menschen ohne eigene Urteilskraft bei Zeiten in das Fahrwasser der Reaktion zu treiben. Hier liegt eine der Ursachen, warum selbst unsere Kleinbauern in politischer Verblendung unter Verkennung ihrer wahren Interessen in den Fußstapfen der Junker den Großagrariern willkommene Stimmenherde bilden.

Es muß energisch abgelehnt werden, daß Fachbücher, die als Ausbildungsmaterial junger Landwirte benutzt werden sollen und von denen deshalb unbedingte Sachlichkeit gefordert werden muß, zu politischen Zwecken mißbraucht werden.

Ueber die politische Einstellung des Verfassers ist jedes Kommentar überflüssig. Wenn er die Schuld für die Unzufriedenheit des Landarbeiter der SPD. zuschiebt, so ist das mehr als eine unbewußte Verblendung. Hätte er umgekehrt geschrieben, daß der Landarbeiter mit seinem Los unzufrieden war und unter untragbarem sozialen und wirtschaftlichen Druck bei der SPD. Hilfe gesucht hat, wäre er, für zahlreiche Fälle erklärend, nicht fehl gegangen. Wenn er dem Landarbeiter Materialismus zum Vorwurf macht — natürlich nur, wenn er links organisiert ist — und schreibt, daß sich deshalb „das ersehnte Glücksgefühl, die geruhsame Befriedigung und die tiefinnere, entspannende Erhebung" nicht einstellt, so sind das Phrasendrescherein. Wenn nämlich der Landarbeiter im Sommer 12 bis 14 Stunden schwer für einen sporenklingenden fremden Herrn arbeiten muß und im Winter bei Wind und Wetter Mist und Jauche karrt oder hinter dem Pflug tribbelt, nachdem sein Brotherr im 100-pferdigen Luxusauto abgereist ist, um seinen Winteraufenthalt in Berlin zu nehmen, dann kann der Arbeiter **nur zufrieden sein, wenn er einen angemessenen Lohn verdient.**

Nur guter Lohn, Herr Stieger, erzeugt Arbeitsfreudigkeit, nur guter Lohn befreit den Landarbeiter innerlich von Sorgen wirtschaftlicher Art und gestattet daher Konzentrierung bei der Arbeit und, wiederum ganz nüchtern ohne Phrasen, nur guter Lohn sorgt für allgemeine kulturelle Hebung der Arbeiter.

Der Arbeiter ist heute nicht mehr das „willenlose" lebende „Inventar" des Gutshofes. Die letzten Jahrzehnte haben ihm dank seiner Organisation einen gradlinigen, kulturellen und geistigen Aufstieg gebracht. **Er empfindet seine Menschheitsrechte und kann sie nicht in Einklang bringen mit seiner Stellung als Diener und Knecht. Er fühlt sich als Wirtschaftsfaktor und verlangt von seinem Unternehmer, dem Gutsherrn, menschliche Gleichberechtigung.** Als Kriegskamerad hat er an der Seite seines „Herrn" gestanden, im selben Schützengrabenelend gelegen und erkannt, daß dessen menschlichen Eigenschaften keine anderen sind als die seinen. Er war als Soldat in Frankreich, Rußland, auf dem Balkan und in der Türkei, er hat die Welt gesehen und läßt sich nicht mehr mit „dem Segen von oben" trösten; er will arbeiten, aber er verlangt auch seinen irdischen Lohn.

Der patriarchalische Gutsbesitzer aber kann den Landarbeiter im Osten die Erinnerung an die frühere Leibeigenschaft und Gutsuntertänigkeit nicht vergessen lassen. **Diese soziale Kluft, verbunden mit unzureichendem Lohn, sind die wahrhaftigen Gründe der Landflucht und nicht „die Lockerung der Banden zwischen Besitzer und Arbeiter", weil diese nie bestanden haben.** Der strebsame Landarbeiter im Osten erkennt, das ihm keine Möglichkeiten dort gegeben sind, voran zu kommen, weil das einzigste Mittel dazu, der Erwerb einer eigenen Scholle, nicht gegeben ist. Meist hält der Junker es fest in Händen oder es fehlt dem Arbeiter an wirtschaftlichen Mitteln zum Ankauf.

Die Gefahr dieses Menschenabflusses von dem Osten nach dem Westen ist ernst und schwer. Landwirtschaftlich entsteht Arbeitermangel im Osten und weil gerade die Tüchtigsten abwandern, so sind außerdem die zurückbleibenden Arbeitskräfte minderwertig. **Die deutschen Arbeiter strömen aus dem Osten ab, und vermehren die Arbeitslosigkeit im Westen. Gleichzeitig rücken die Polen als Saisonarbeiter ein und tragen ihren im Sommer verdienten Akkordlohn im Winter nach Polen.** Handelspolitisch schließlich wird der Osten geschädigt, indem dort ein Lebensmittelüberschuß entsteht, der teuer nach dem Westen verfrachtet werden muß. Im Westen dagegen muß eingeführt werden und da ist das benachbarte Ausland häufig billiger als die östliche Zufuhr.

Wie wenig Stieger diese wirklich bewegenden Kräfte der Landflucht bewertet, zeigt ein Abschnitt seines Buches, der da lautet: „Leichter als der Energie des Mannes gelingt es hier der verständigen, warmherzigen Frau, die rechten Fesseln zu schmieden, die diese Flucht aufzuhalten vermögen und welche Bande wären hierzu geeigneter, als die der Liebe zur angestammten Heimat?!".

Die Liebe zur angestammten Heimat, Herr Stieger, wächst im Osten nur auf der eigenen Scholle. Geben Sie dem Landarbeiter — gerade im Sinne des sozialdemokratischen Agrarprogrammes — Siedlung auf eigener Scholle, oder wenigstens ein Eigenheim, der menschlichen Arbeitskraft angepaßte Arbeitszeit, ausreichenden Lohn und treten Sie für die Entfernung der bestehenden sozialen Kluft zwischen Besitzer und Arbeiter ein, dann erst arbeiten Sie wirksam gegen die Landflucht. —

Sie fallen in den Rücken

Sonderbündelei der Christen in Nordwest.

Zwischen dem A.-V. Nordwest auf der einen Seite und den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften auf der anderen Seite ist heute, wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, vereinbart worden, daß die alte Lohn- und Arbeitszeitregelung auf ein Jahr weiterlaufen, und zwar mit den Aenderungen, die in der Essener Besprechung vom 29. d. M. aufgestellt worden waren. Damit besteht zwischen diesen beiden Organisationen ein Tarifvertrag über Lohn- und Arbeitszeit bis zum 1. Oktober 1931. Der freigewerkschaftliche Deutsche Metallarbeiterverband hat diesen Abmachungen nicht zugestimmt, sondern vielmehr zum 1. Oktober das bisherige Arbeitszeitabkommen gekündigt

Rückgang der Schweine- u. Rindviehschlachtungen

Zunahme der Pferdeschlachtungen.

Im ersten Vierteljahr 1930 ist ein starker Rückgang der beschaupflichtigen Schlachtungen eingetreten, was sich in der Hauptsache aus einer Einschränkung des Fleischkonsums aus wirtschaftlichen Gründen erklärt. Gegenüber derselben Zeit 1929 gingen die Schlachtungen von Kälbern um 12,2, von Ziegen um 12,4, von Schweinen um 6,2, von Kühen um 5, von Ochsen und Bullen um 4 und von Jungrindern um 2,9 Prozent zurück. Charakteristischerweise ist eine Zunahme der Pferdeschlachtungen um 1,3 Prozent festzustellen.

Aus beschaupflichtigen und nicht beschauten Hausschlachtungen zuzüglich Einfuhrüberschuß an Auslandsfleisch standen im ersten Vierteljahr 1930 für die deutsche Bevölkerung 8,19 Millionen Doppelzentner Fleisch zur Verfügung gegenüber 8,57 Millionen Doppelzentner im ersten Vierteljahr 1928. Der Rückgang macht also 380 000 Doppelzentner aus.

„Die Arbeit"

Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde Herausgeb. Theodor Leipart. Schriftleitung Lothar Erdmann. Heft 7. 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH., Berlin S. 14. Abonnementspreis vierteljährlich RM. 3,60, für Gewerkschaftsmitglieder RM. 2,85.

Das neuerschienene 7. Heft der „Arbeit" wird eingeleitet durch einen Aufsatz von Professor Dr. Adolf Löwe „Lohn, Zins-Arbeitslosigkeit", in dem er Stellung nimmt zu der von Prof. Dr. Gerhard Colm im Aprilheft der „Arbeit" vertretenen Anschauung, wonach „die wahre Ursache der katastrophalen Zustände auf dem Arbeitsmarkt, in dem Nebeneinander des gegenwärtigen Lohnstandes und Zinsstandes zu suchen sei". Löwe vertritt demgegenüber die Auffassung, daß es in erster Linie eine „Senkung der Grundstoffpreise" und im Zusammenhang damit ein „Abbau der überkapitalisierten Grundstoffindustrien" . . . „die Schlüsselstellung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Krise und Arbeitslosigkeit" seien.

Das vor wenigen Monaten in der französischen Kammer verabschiedete neue Sozialversicherungsgesetz findet in einem Aufsatz von Dr. Fritz Rager eine sehr eingehende Darstellung, die die Unterschiede zur deutschen Versicherungsgesetzgebung klar hervorhebt.

Mit bemerkenswerter Entschiedenheit vertritt der den Lesern der „Arbeit" aus einer Reihe von Aufsätzen bekannte englische Gewerkschaftsführer W. Milne-Bailey in seinem Aufsatz „Vereinigte Staaten von Europa" die Bildung eines britischen Wirtschaftsblocks als die für England nächstliegende Gruppenbildung. Er wendet sich gegen die Teilnahme Englands an einer europäischen Wirtschaftsunion und setzt auseinander, daß für die Bildung eines britisch-amerikanischen Wirtschaftsblocks keine günstigen Voraussetzungen vorliegen.

Zum erstenmal seit ihrem Bestehen wird von freigewerkschaftlicher Seite die Tätigkeit der deutschen Rationalisierungszentrale des „Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit" in einer umfassenden kritischen Darstellung gewürdigt, die den Wirtschaftspolitiker des Afabundes Dr. Otto Suhr zum Verfasser hat.

Frau Dr. med. Elisabeth Geilen macht in einem auf reicher Erfahrung beruhenden Aufsatz wertvolle Vorschläge an der intensiveren Mitwirkung sozialhygienisch geschulter Aerzte an den Berufsschulen.

Richard Seidel setzt seine Untersuchung der Bedeutung des Streiks für die Entwicklung der Gewerkschaften, die er im letzten Heft begonnen hat, mit einem Aufsatz fort, der den Titel trägt: „Der Streik in den Anfängen des gewerkschaftlichen Zentralismus."

Der Vorkämpfer und Begründer der Soziologie in Deutschland Professor Dr. Ferdinand Tönnies schließt in diesem Heft seine historische Untersuchung „Reichtum und seine Verteilung mit einer Prüfung der statistischen Ergebnisse der preußischen Ergänzungssteuer ab, die von 1895—1896 bis 1916 1918 für alle Vermögen von Mk. 6000,— und darüber verlangt und erhoben worden ist.

Zum erstenmal erscheint in der „Arbeit" eine Uebersicht „Volksschulen und freie Volksbildung" aus der Feder des Leiters der Berliner Volkshochschule Obermagistratsrat Erwin Marquardt, der dieses für die Arbeiterbildung wichtige Gebiet künftig regelmäßig in der „Arbeit" behandeln wird.

In einer weiteren Uebersicht behandelt Fritz Schröder die aktuelle Frage „Die Angestellten- und die Reform der Arbeitslosenversicherung".

Eine Schriftenübersicht, die vorwiegend juristische Literatur behandelt, schließt das Juliheft ab.

Zum Kampf in der Berliner Metallindustrie

Dicke Gewinne – aber Klagen über den „Ruin der deutschen Wirtschaft"

Der Generalangriff der Berliner Metallmagnaten auf den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten wird von den Belegschaften als eine um so größere Herausforderung angesehen, als die Profitraten sämtlicher führenden Berliner Großbetriebe von Jahr zu Jahr gewachsen sind.

Der Scharfmacher Siemens, der seit Jahr und Tag in der Oeffentlichkeit mit dem „Ruin der deutschen Wirtschaft" hausieren geht, war in der Lage, die Gewinne seiner Aktionäre in den letzten fünf Jahren von 10,8 bis auf rund 25 Millionen heraufzuschrauben. **Die Profite der Aktionäre sind also seit 1924 um rund 150 Prozent erhöht worden.**

Der AEG.-Konzern steht seinem großen Kollegen in Siemensstadt nicht nach. Allein die in den Bilanzen ausgewiesenen Reingewinne, die bekanntlich niemals die tatsächlich erzielten Profite ergeben, sind bei der AEG. **von 1924 bis 1929 von 8,3 auf 19,2 Millionen angewachsen.** Die an die Aktionäre ausgeschütteten Dividendensummen sind bei der AEG. in der gleichen Zeit von 7,8 auf 15,2 Millionen, also um fast 100 Prozent gestiegen.

Wie die großen Elektrokonzerne von der Nationalisierung auf Kosten der Betriebs- und Büroarbeitskraft ihrer Belegschaften profitieren, beweist die Tatsache, daß der Umsatz bei der AEG. in den letzten drei Jahren von 400 auf 580 Millionen gestiegen ist, während zu gleicher Zeit die Belegschaft um mehrere tausend Mann abgebaut wurde.

Bei dem Waggon- und Lokomotivbau-Konzern von Orenstein u. Koppel sind die finanziellen Verhältnisse geradezu glänzend. Die im Mai veröffentlichte Jahresbilanz für das Geschäftsjahr 1929 wies rund 7,4 Millionen Bankguthaben und 13,4 Millionen weitere Außenstände und Forderungen aus. Demgegenüber standen an laufenden Schulden nur 5,6 Millionen, so daß die Guthaben des Unternehmens die Verpflichtungen um fast das Viersache übertrafen.

Wie unsinnig die Behauptung der Unternehmer ist, daß die angeblich zu hohen Löhne und Gehälter ihre Konkurrenzfähigkeit erschwerten, beweist die Tatsache, daß allein bei Orenstein und Koppel die am heißesten umkämpften Auslandsaufträge im letzten Jahre von 50 auf 60 Prozent des Gesamtumsatzes gestiegen sind. Die gleiche Entwicklung läßt sich auch bei anderen großen Berliner Metallunternehmungen feststellen. Den Unternehmern geht es gut, zum Teil geradezu glänzend. Gerade die Unternehmer, auf die das Letztere zutrifft, sind die Hauptscharfmacher. Nicht auf wirtschaftliche Notwendigkeiten können sie sich berufen, für ihr Vorgehen ist nur maßgebend, daß sie aus der Krise noch besonderes Geschäft machen wollen unter gleichzeitiger Stärkung ihrer kapitalistischen Machtposition. Sie führen brutalsten Klassenkampf.

Herunter mit den Preisen für Markenartikel

Nach einer Aufstellung des Konjunkturforschungsinstituts werden in Deutschland pro Jahr für mindestens 6 Milliarden Mark Markenartikel umgesetzt. Damit dürften die Markenartikel an dem Gesamtumsatz im Einzelhandel mit etwa 15 bis 20 Prozent beteiligt sein.

Die Markenartikel sind im Preise bekanntlich stark überhöht. Die Fabrikation ist straff kartelliert. Die Fabrikanten schreiben den Verkäufern vor, welche Preise sie nehmen sollen. Hier liegt eine schamlose Auswucherung der breiten Bevölkerung vor. Die Markenartikelfabrikanten haben noch vor einigen Tagen es glattweg abgelehnt, die Preise herunterzusetzen.

Im Mittelpunkt der Maßnahmen gegen die Kartelle, die die Regierung Brüning auf Grund der Notverordnung in Fluß gebracht hat, stehen die Markenartikel. Die Regierung hat den Reichswirtschaftsrat beauftragt, ein Gutachten über Preissenkungsmöglichkeiten bei den Markenartikeln abzugeben. Wenn es gelänge, die **Markenartikel auch nur um 10 Proz. im Preis zu senken** — was durchaus möglich ist, da die Preise stark übersetzt sind —, so bedeutet das eine **Ersparnis für die deutschen Konsumenten im Betrage von 600 Millionen Mark.** Diese ersparte Summe würde anderen Wirtschaftsgebieten zugute kommen und so unsere Wirtschaft anregen.

Wir befürchten aber, daß es der Regierung Brüning-Schiele mit ihrem Kampf gegen den Markenwucher nicht ernst ist. Nicht Worte, sondern Taten entscheiden und die Regierung Brüning-Schiele hat in den nächsten Tagen zu zeigen, ob die Notverordnung nur ein Instrument ist, die Massen zu belasten, oder ob sie auch eine Waffe gegen Ausbeutung und Auswucherung der breiten Massen sein soll.

Fritz Neumeyer A.-G., Nürnberg.

Die der Gute-Hoffnungshütte, Oberhausen, nahestehende Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 1929 einen Gewinn von 884 982 (623 329) Mark aus, zu den der Gewinnvortrag von 1928 mit 54 108 (30 779) Mark kommt und aus dem eine Dividende von 10 (0) Prozent zur Verteilung kommt.

Unterhaltung und Wissen

Fritz Korf wurde schweigsam

Er geht in die Docks

Man mußte Wochen fahren bis nach Kapstadt. In diesen Wochen, als Fritz Korf und Wilhelm Brög wie Vieh in ein Frachtschiff gepfercht ums Kap der guten Hoffnung herum schwammen, kam der furchtbare Umschwung. Fieber und Gewalttat waren ausgebrochen. Die Masse drängte sich in die Schiffe und erzwang sich die Ueberfahrt in den weißen Kontinent — bis Telegramme einiger Regierungen die Schiffahrtsgesellschaften sicherstellten. Trotzdem — es kamen nicht mehr genug Schiffe, um alle zu bergen, und die Passagiere einlaufender Dampfer oder Segler wollten gutwillig nicht mehr das furchtbare Land betreten. Ein Bett für eine Nacht wurde mit einem Diamanten bezahlt, Lebensmittel ließen sich nur mit Gold aufwiegen und waren dennoch nicht aufzutreiben.

Das Schiff ankerte kaum, da schossen ihm Scharen von Schaluppen entgegen. Fritz Korf und Wilhelm Brög wurden von der Masse der Heraufströmenden fast über die Reling gequetscht. Dann saßen sie bei einem Holländer im Boot und fuhren mit schweren Schlägen dem Tafelberg entgegen. „Es hat einer etwas gefunden", meinte der Holländer gutmütig. „Das war nicht weit von meinem Besitz. Die Kerle haben den Hof arg zugerichtet, aber er steht noch. Wenn ihr von dort aus die Sache wagen wollt — gut, gegen Beteiligung im Glücksfall. Findet ihr nichts, so habe ich weniger verloren als ihr." —

Eine Tagereise von der Farm entfernt lag das Feld. Alle drei Tage mußte einer den Weg nach der Ansiedlung machen. Wasser gab es nur in einem tümpelähnlichen Gerieſel. Konserven verdarben in den Büchsen; sogar gekochtes Fleisch stank nach 24 Stunden.

Zwei schiefe Wellblechhütten zeigten das einstige Hauptquartier der Diamantensucher. Einmal passierte es Fritz, daß der Sandspaten gegen etwas Hartes stieß und ein menschlicher Armknochen ins schräge Sieb kullerte.

Sie sprachen nichts. Sie hockten auf dem glühenden Staube, der hier den Boden bildete, und starrten die Sache an. Als sie sich auf dem Boden des Blechhauses zum Schlafen legten, reichte Wilhelm dem Kameraden die Hand: „Gute Nacht, Fritz, wir wollen die Freundschaft nie vergessen." — Der andere nickte im Dunkel.

Wochen vergingen. — Einmal kam der Farmer mit Fritz zurück. Wilhelm, der sich, anstatt zu arbeiten, unter das Wellblechdach verkrochen hatte, mußte erst angerufen werden, ehe er die Freunde bemerkte. Der Farmer setzte sich zu dem Manne und gab ihm eine Pfeife Tabak: „Habt Ihr immer noch Mut?" Der Diamantensucher schwieg.

„Seid vernünftig! Ihr könnt hier nicht ein Jahr lag scharren."

„Einer hat was gefunden, der ist sein ganzes Leben lang glücklich."

„Glücklich? Ruiniert ist der! Die er herüberholte, denen er Reichtum versprach und Fieber gab, die hetzen ihn! Als man sich erzählte, die zwanzig weiteren Funde wären Schwindel, durch Vorarbeiter nachts in den Sand geschüttet, da konnte er nicht einmal ein Schiff stellen. Hier starben die Leute im Dunst wie Fliegen; er lebte wie ein Fürst in vornehmen Hotels Europas. Jetzt macht man ihm in fünf Ländern den Prozeß . . ."

„Er *hat* gefunden. Finde *ich*, ist auch *er* wieder ein reicher Mann."

„Nun, Ihr müßt es ja wissen — Fritz gibt aber mir recht."

Fritz hörte draußen die letzten Worte und kam herein: „Solange du bleibst, bleibe ich auch. Es ist allerdings vernünftiger."

„Ich bleibe."

Der Farmer trieb sein Pferd an. Vom Hügel herüber schickte er der Wellblechhütte mit den beiden Menschenschatten einen seltsamen Blick. Dann raste er zurück. —

Das Dunkel hockte wie eine böse Katze an den Wänden. Da kam ein leiser Laut von Wilhelms Platz. Fritz horchte.

„Tausend Steine sind im Sieb. Ich kann die Welt kaufen — alle Menschen sollen vor mir kriechen! Der Kopf brennt, die Sonne brennt mich aus. Wasser! Wasser! Nur Wasser!" In wenigen Sekunden wurde Fritz Karf vollkommen wach. Der Lichtkegel seiner Taschenlampe riß das wirre Gesicht des Kameraden aus der Nacht. Schweiß stand jenem auf der Stirn.

„Wilhelm, du bist krank. Wir haben dich gebeten, umzukehren, — jetzt ist das Fieber da. Wenn du es ein paar Tage weiterfressen läßt, kommst du hier niemals mehr weg."

Der andere starrte ihn an. Schwer mußte er sich zum Bewußtsein zurücktasten — dann lachte er geborsten: „Du bist ein Feigling. Sieh dir das Feld an! Hier liegt Reichtum — du kannst zurückgehen, wenn du nicht einmal ein paar Wochen Geduld hast."

Sie blieben. Wilhelm schleppte sich verbissen täglich an das Sieb, das Schritt um Schritt vorrückte. Deshalb schickte sich das nächste Mal Fritz an, Lebensmittel von der Farm zu holen. Der Holländer sprach lange mit ihm und wollte ihn auf ein Schiff bringen, gab sein Ehrenwort, alle Sorge für den Kameraden zu übernehmen. Umsonst, der Diamantensucher blieb selbst die Nacht nicht auf der Farm, trabte durch die Nacht zurück. Bis nach dem Hause schleppte sich das Pferd. Fritz riß die Tür auf: Leer. Draußen, ganz weit, ein schräger Strich: das Sieb. Wie ein Rasender stolperte er vorwärts — er rief, er schrie. Nichts. Und jetzt konnte er erkennen. Der Freund kniete vor dem Sieb, wühlte mit den Händen im Staub, zwei drei blitzende Steine in der hohlen Hand: „Da — liegt es! Das Sieb glitzert. Ich habe sie gefunden; ich kann die Welt kaufen. Ich habe eine Wüste voll Diamanten!" Sein Kopf fiel schwer gegen das Holz. Die Fäuste schlugen hinein in das Netz, und die Sonne spielte mit dem Glitzern und Gleißen der emporstiebenden Diamanten. Noch einmal rief Fritz Korf — der Fiebernde fiel ihn an, erkannte ihn offenbar nicht und schlug hemmungslos um sich: „Räuber, Betrüger — das ist mein, alles mein! Willst du auch noch mich bestehlen?" Ueber das Sieb hinweg fielen beide in das trockene Flußbett.

Fritz Korf handelte schnell. Er schleppte endlich den Kranken durch Sonne und Staub in die Hütte. Drei Stunden dauerte der Weg — dort erwartete er regungslos die Nacht. Als der erste Stern kam, baute er den Kameraden mit Zeltbahnen auf das erfrischte Pferd.

Auf der Farm des Holländers riß ihn selbst die Krankheit um. Wochen vergingen. Endlich fuhr man ihn in die Stadt. Er war zu schwach, um sich der Geschehnisse klar zu erinnern, die seiner Krankheit vorangegangen waren, die, ohne sein Wissen, den Farmer noch als Phantasien eines Fiebernden veranlaßt hatten, viele Siebe am Flußbett aufzustellen. Wenige Tage später lag er gut untergebracht im Spital des großen Europadampfers. Erst auf der Fahrt erfuhr er näheres. Das Grab Wilhelm Brögs, der der Entdecker des zweiten und eigentlichen, vom Holländer ausgebeuteten Diamantenfeldes geworden war, hat er nie gesehen. Er wußte nichts Rechtes über seinen eigenen Anteil — und wenn er es gewußt hätte: In *die* Hölle geht man als lebender Mensch nur einmal. — — —

Wieder hetzte das Diamantfieber rund um die Welt. Tausende verfielen ihm, und selbst die gut bezahlten Dockarbeiter Londons, unter denen um diese Zeit Fritz Korf wieder zu finden war, fuhren in überbesetzten Schiffen der märchenhaften Glücksfülle glitzernder Siebe am Tafelberg entgegen.

Fritz Korf blieb auf den Docks und wurde noch schweigsamer.

Walter Anatole Persich.

Ueberflüssiger Hinweis

In Algeciras knurrte Herr Manuel das Zimmermädchen an: „Das hätten Sie mir aber auch gleich sagen können, daß das Zimmer voller Wanzen steckt."

„Och", erwiderte das Mädchen schläfrig, „ich dachte, das würden Sie sowieso von ganz alleine merken . . ."

Erste Hilfe für Kinobesucher

Von John K. Newnham (London)

Ins Kino zu gehen, ist gar nicht so einfach. Nicht mehr als zehn Prozent von all den Millionen Kinobesuchern sind mit den notwendigen Regeln vertraut, so daß neunzig Prozent dieser Leute nicht auf ihre Rechnung kommen. Erst nach jahrelanger Erfahrung erlernt man das ABC des Kinobesuches. Ein offizieller Führer besteht noch nicht. Bis heute ist jedermann auf sich selbst angewiesen.

Ich habe nun die Absicht, da Wandel zu schaffen. Ich hoffe, in Bälde eine Schule für Kinobesucher eröffnen zu können. Gegen mäßiges Honorar wird jeder in wenigen Stunden erlernen können, wie man bei einem Kinobesuch auf seine Rechnung kommt. Keiner meiner Schüler wird fürderhin sagen können, daß der Kinobesitzer ihn hereingelegt hat, oder daß die Filmindustrie ein Schwindel vom Anfang bis zum Ende ist. Ein Ende ist nämlich nicht abzusehen . . .

Ein paar Lektionen.

Für den Gebrauch der Leser dieses Blattes will ich hier einige Winke geben. Bitte die Notizbücher zur Hand zu nehmen!

Die wichtigste Kunst ist die des Lesens der Ankündigungen. Ein Ungeübter kann aus ihnen nichts entnehmen.

Beginnen wir mit dem Sprechfilm! Der Durchschnittskinobesucher wird die Ankündigung „Sprechfilm" vor dem Kino lesen und sofort sich zu dem Schlusse verleiten lassen, daß drinnen ein richtiggehender Sprechfilm vorgeführt wird. Welch ein Irrtum! Bevor wir nicht überall Riesenankündigungen des Wortlautes „*Hundertprozentiger Sprech- und Tonfilm*" oder „*Der erste wirkliche Sprechfilm*" sehen, können wir nicht sicher sein, wieviel und ob überhaupt in dem Film gesprochen wird.

„*Synchronisiert*" bedeutet, daß der Kinobesitzer einen stummen Film zeigt, aber sein Orchester hinter der Leinwand versteckt hat. Der Kinobesucher, der einen farbigen Film sehen will, hat auf ähnliche Zeichen zu achten. „Prächtige Szenen in natürlichen Farben" bedeutet, daß einige Balettszenen koloriert worden sind. „*Herrlicher Farbenfilm*" besagt, daß man einige Tanzszenen durch eine Art von farbigem Schleier undeutlich gemacht hat.

Die Ankündigungen „*Großer Erfolg der Saison*" sind glücklicherweise im Aussterben begriffen. Aber ein paar Kinobesitzer kleben noch immer diese Plakate vor ihrem Theater an. In der Regel besagen sie überhaupt nichts, weil die Kinobesitzer diese Ankündigungen bereits, bevor der Film irgendwo aufgeführt worden ist, befestigen. Wenn nach ein paar Tagen eine Ankündigung „*Der gewaltigste Erfolg*" vor dem Kino zu sehen ist, dann kann man ruhig annehmen, daß es sich um einen ausgemachten Kitsch handelt, den niemand sehen will, und daß der Kinobesitzer auf diese Weise einige Leute anlocken will. Ein Schild „*Ausverkauft*" ist das einzig sichere Zeichen dafür, daß ein Film Erfolg hat. „*Für eine weitere Woche prolongiert!*" bedeutet, daß der Kinobesitzer den Film von Anfang an für zwei oder drei Wochen gemietet hat. „*Erst- und Alleinaufführung*" besagt, daß der Film erst in der nächsten Woche ins benachbarte Kino kommt.

Eine Ankündigung, die Zeitungskritiken zitiert, zum Beispiel: „Ein wunderbarer Film . . . packendes Thema . . . Darstellung . . . Photographie X. Y. in der Z.-Zeitung", ist wahrscheinlich auf eine Besprechung folgenden Wortlauts zurückzuführen: „Ein wunderbares Beispiel dafür, wie schlecht ein Film sein kann. Ein packendes Thema wurde durch schlechte Darstellung, elende Photographie und dilettantische Regie vollkommen entwertet."

(Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Leo *Korten*.)

Uebertrumpfte Bosheit

Zwei kleine Schauspielerinnen zanken sich kreischend in den Kulissen. „Ha", schreit die eine, „so ein Weibsstück, kennt ja noch nicht mal ihre Mutter!"

„Das sag mal nicht so laut", erwidert die andere. „Vielleicht bist du es."



Nachdruck verboten. (8. Fortsetzung.)

„Franzosenknechte!?" Der Bursche schlug eine laute, höhnende Lache auf: „Als ob ihr nit längst ärgere Knechte wärt, Knechte von einem Reich, das sich 'nen Dreck um euch kümmert. Nur wenn Steuern zu zahlen sind, dann is et da. Steuern, ja — und was gibt es euch dagegen —?! Brot?! Hilft es euch, wenn ihr in Not seid? Hä?!"

Simon Bremm hob wie abwehrend beide Hände; es arbeitete in seinen Zügen, er war erblaßt. So ganz unrecht hatte der Jung jetzt nicht; es stieg ihm Bitteres auf in der Kehle, aber er würgte es hinunter. Mit rauher Stimme stieß er heraus: „Du bist en nichtsnutziger Lump!" Und ohne noch weiter etwas zu sagen, ging er schnell aus der Tür.

„Jesus Maria, ach Jung, Jung!" Die Frau weinte auf.

Der Joseph stand etwas betreten da, die Frechheit hatte er auf einmal verloren.

Die Mutter faßte nach seiner Hand: „Geh, lauf ihm nach! Gib ihm 'n gut Wort! Versöhnt euch! Ach, se haben dich ja nur irre gemacht, et is lauter dumm Zeug. Bleib du nur bei uns — ach, wenn ich dächt, du gingst nu fort und im Bösen, ich schlief keine Nacht. Ich fänd auch keine Ruh in der Stund des Todes. Joseph, mein Joseph!" Sie hatte ihn mit beiden Armen umfangen.

Er machte sich frei: „Laß, Mutter!" In der Bedrängnis seiner widerstreitenden Gefühle war er unwirsch. Wozu so ein Spektakel? Der Alte würde schon einsehen, wie recht er hatte, und wie dumm er selber war. Der Vater war ein Narr. So ein alter Esel! Er fing an zu schimpfen.

Die Frau legte ihm rasch die Hand auf den Mund: „Geh nach oben, mein Joseph! In der Kammer von den Jungens steht noch dein Bett, leg dich drein!" Ach, sie war ja so glücklich, daß er gekommen war, sie würde ihn nun nicht wieder hergeben. Sie rannte zum Weihwasserkesselchen bei der Tür und betupfte ihm Stirn und Augen. Sie streichelte ihn: „Schlaf! Schlaf gut, mein Kind! Die heilige Jungfrau behüte dich!" —

Aber der Joseph konnte nicht schlafen. Er hörte die Mutter unten in der Küche noch weinen, der Vater war wiedergekommen — schalt er mit ihr? Seine Stimme klang rauh und heftig. Morgen würde es auch nicht angenehmer hier sein. Ein Gruseln überlief den Joseph: warum war er eigentlich heimgekommen? Um den blinden Schafsköpfen hier ein Licht aufzustecken? Oder aus einem Gefühl heraus, das ihn manchmal überkam, das er dann als lästig empfand, und das er doch nicht loswerden konnte? Eine schöne Dummheit!

Er stand wieder auf. Behutsam, daß die alten Dielenbretter nicht krachten, trat er auf. Die Brüder schliefen fest, er betrachtete sie mit einem bösen Lächeln: die würden dem Alten den „nichtsnutzigen Lump", den ihm der an den Kopf geschmissen hatte, vielleicht auch einmal heimzahlen.

Leise schlicht er dann die Treppe hinab. Unten war es jetzt ganz still. Aber die Mutter weinte sicherlich noch in ihrem Bett. Er stand einen Augenblick zögernd: würde sie am Ende sehr traurig sein? Ach ja, das würde sie, traurig sein, wenn er morgen früh nicht mehr da war.

Viertes Kapitel.

Wo der Joseph hingegangen war, erfuhr die Mutter nicht. Es kümmerte sich jetzt in Porten auch niemand darum. Alle hatten zuviel mit der Lese zu tun, mit dem Pressen, mit dem Keltern, mit ihrer Not und ihren Sorgen des täglichen Lebens. Was sollte man sich auch anhören, was so einer schwätzte?!

Der Joseph war beim alten Bremm heimlich untergeschlüpft. Er hätte ja gleich gehen können, aber so schnell entschloß er sich doch nicht dazu, wider seinen Willen fast, hielt es ihn in Porten noch fest. In der einzigen noch bewohnbaren Stube des Obergeschosses, die dunkel war durch die schweren, vom Alter fast schwarz gewordenen Balken der Decke und durch die in Blei gefaßten grünlichen Scheiben der kleinen Fenster, hockte der Großoheim wortkarg dem Großneffen gegenüber. Den Joseph hatte er von allen Bremms noch immer am besten leiden gemocht, aber freundlich war er darum doch nicht zu dem. Daß seine Scheine, seine schönen Bildchen nun nichts mehr wert sein sollten, das hatte ihn vollends zu Stein erstarrt. Sein Gesicht wies Runen auf, wie Risse und Rinnen im Fels. Es belebte sich erst etwas, als Joseph von „schlechter Zeit" anfing zu sprechen.

Ha, schlechte Zeit, da konnte er freilich mitreden! Die schmalen Lippen des eingesunkenen Mundes bekamen ein unruhiges Glitzern; oho, er kannte die bösen Jahre der Winzernot wohl, er hatte als Kind schon die schwarze Trauerfahne flattern gesehen. Und wenn es jetzt mit der Einfuhr der fremden Weine nicht aufhörte, und wenn die Weinsteuer nicht aufgehoben wurde, dann würde die schwarze Notfahne alsbald wieder wehen. Sie flatterte wie Rabenfittich in schwerer Luft, und die Winzer würden hinter ihr dreinziehen, ihre hungernden Kinder hochheben auf ihren Armen und heulend nach Gerechtigkeit schreien.

Der Alte hatte das so gesagt, daß es den Jungen fast schauerte. Aber als er nun anknüpfen wollte, dem Ohm den Aufruf der rheinischen Republik, den er bei sich trug, vorlesen, war der auf einmal wieder taub. „Kann nit verstehn. Geht mich nix an," brummte er.

Aber ein paar Kameraden von früher hatten dem Joseph doch Gehör geschenkt. Als Joseph Bremm längst wieder fort war, dachten die noch über manches nach. Wenn sie ihn mit seinen Redereien auch abgewiesen hatten, jetzt kam ihnen das, was er gesagt hatte, doch nicht ganz dumm vor. Zufrieden konnte man ja auch wirklich nicht sein. Wozu eigentlich denn noch Wein bauen? Einmal gerät er, zehnmal mißlingt er. Und wäre er auch noch so gut, er wurde ja doch viel zu wenig getrunken. Die fremden Weine, ja, die wurden getrunken. Sie waren billiger. Wer konnte die eigene geringe Ernte mit der Menge der Reben, die in den weiten Gärten südlicher Länder soviel leichter zu bestellen sind, förmlich wie Unkraut heranwachsen, auch vergleichen? Hier an den steilen Bergwänden war der Weinbau kostspielig und mühsam. Ach, und die Einfuhrzölle für die fremden Weine waren so niedrig! Warum ließ man die fremden Weine so leicht herein? War das nicht eine Ungerechtigkeit gegen dn Winzer?

Und warum wurde der Ackerbauer denn soviel mehr gestützt? Er, der es mit seinem Korn und seinen Kartoffeln um soviel leichter hatte? Braucht der Mensch neben dem täglichen Brot nicht auch Wein? Nicht den fremden Wein, der, dickflüssig, faul und müde macht, nein, den Wein, der emporsteigt am heißen Fels, aber gekühlt wird vom frischen Wasser. Der, selber lebendig, lebendig macht, leicht und froh. Aber wußten die Herren, die wie der liebe Gott von oben regierten und so weltenweit in Berlin saßen, denn eigentlich viel vom Moselwinzer? Kannten sie ihn und seinen Weinberg?

(Fortsetzung folgt.)

Reichstagswahl und Kölner Herbstmesse

Das Zusammenfallen der Reichstagswahl mit dem zuerst vorgesehenen Eröffnungstermin der Kölner Herbstmesse hat in den an der Messe beteiligten Wirtschaftskreisen den Wunsch aufkommen lassen, den Termin zu verschieben. Es wurde vor allem darauf hingewiesen, daß sowohl Aussteller wie Einkäufer durch die Wahl am Messesonntag persönlich an der Beteiligung bzw. am Besuch der Messe verhindert seien.

Auf Vorschlag der Fachkreise ist nun nach reiflicher Prüfung der einzelnen Gesichtspunkte der neue Termin für die allgemeine Messe vom 19. bis 22. September (einschließlich), für die Fachschau „Büro, Vertrieb und Werbung" vom 19. bis 23. September (einschließlich) festgelegt worden.

Die Westdeutsche Gastwirts- und Hotel-Fachmesse findet unverändert vom 4. bis 12. Oktober statt.

Wer kennt den Toten?

Am 13. Juli dieses Jahres, gegen 7.30 Uhr vormittags, wurde auf der Eisenbahnstrecke Duisburg—Styrum—Mülheim, zwischen Kilometerstein 3,2 und 3,3, auf der Brücke, die über die Verbandsstraße führt, die Leiche einer unbekannten, von einem Eisenbahnzuge überfahrenen männlichen Person aufgefunden. Bei der Leiche wurde ein Reklametaschenspiegel mit der Aufschrift „Offszanka (früher Schwenke), Hüte, Mützen, Dortmund, Münzstraße 3, und Recklinghausen, Kunibertistraße", vorgefunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Mann aus Recklinghausen oder Umgebung stammt. Der Tote ist schätzungsweise 35 bis 40 Jahre alt, 1,75 bis 1,80 Meter groß, kräftig, hat dunkelblondes, dünnes, kurzgeschnittenes Haar, fast Glatze, blaugraue Augen, eine Zahnlücke im Unterkiefer rechts und Ausschlag in der rechten Leistengegend. Bekleidet war er mit einem blauen Cheviotanzug, hellgrauen Filzhut, mit dunklem, stahlgrauem Band, Marke „Union", gelben, anscheinend selbstgesohlten Halbschuhen, Größe 44, weißem, blaukariertem Oberhemd, Makounterhemd mit Brusteinsatz, weißem Umlegekragen, Größe 39, Marke „Meran", blauer Krawatte mit hellblauen Schrägstreifen, einem Paar graue und einem Paar blaue Socken, gelblichen Strumpfhaltern und grauer, wollener Leibbinde. In den Taschen des Toten wurden gefunden: Eine braune, lederne Geldbörse mit 40 Pf. Inhalt, ein kleines Taschenmesser mit Perlmutteinlage, der beschriebene Reklametaschenspiegel, 1 Dublee-Kavalierkette ohne Uhr, Dublee-Manschettenknöpfe mit blauer Steineinlage, 1 Ziertaschentuch und zwei weitere karierte Taschentücher. Wer über die Persönlichkeit des Toten Angaben machen kann, der möge sich sofort bei der Kriminalpolizei melden. Bei dieser liegt ein Lichtbild des Toten vor.

Auswanderung und Auswandererberatung

Jedes Jahr gibt Deutschland eine große Zahl von Volksgenossen an das Ausland ab. Notgedrungen! Und man kann nicht annehmen, daß diese Tatsache in absehbarer Zeit aus der deutschen Welt verschwinden wird.

Trotz Steigerung der wirtschaftlichen Not ist allerdings ein Sinken der tatsächlichen Auswanderung festzustellen. Gegenüber 57 241 Auswanderungen im Jahre 1928/29 wurden 1929/30 nur mehr rund 49 000 Ueberseeauswanderungen gezählt. Die statistisch nicht erfaßten Abgänge über Land, etwa mit einem Drittel der Ueberseewanderung zu veranschlagen, dürften sich kaum wesentlich oder auch mit einer geringen Minderung geändert haben. Das Ausland, selbst zumeist mit der Sorge um eingesessene Arbeitslose vollauf belastet, öffnet sich arbeitsuchenden und zumal unbemittelten Ausländern immer weniger gern.

Die Auswanderung hat dagegen zugenommen. Man kann das aus der Beratungsstatistik entnehmen, die von der Reichsstelle für das Auswanderungswesen nach den Berichten der im Reich tätigen Auswandererberatungsstellen zusammengestellt worden ist und die für 1928/29 99 142, für 1929/30 aber 115 629 Beratungen ausweist. Den Gründen braucht im einzelnen hier nicht nachgegangen zu werden. Sie liegen nicht weit ab.

Westfalen und Lippe wurden von 2359 bzw. 52 Ueberseeauswanderern (gegenüber 2471 und 67 im Jahre 1928/29) als Herkunftsprovinz angegeben. Von den Auskunftsuchenden waren 5604 (gegenüber 4275 im Jahre 1928/29) aus Westfalen und Lippe. 2161 Beratungen sind davon während der 10 Monate ihres ersten Geschäftsjahres durch die (am 1. Juni 1929 eröffnete) amtlich anerkannte gemeinnützige Auswandererberatungsstelle in Münster (Breul 22) vorgenommen worden.

Ein Vergleich der Auswanderungs- und der Beratungszahlen könnte den Schluß nahelegen, daß so gut wie alle Abwandernden bei den für sie eingerichteten Stellen Rat geholt hätten. Das trifft leider nicht zu. Manche Auswanderer ließen sich nicht zuvor beraten, manche Beratenen fuhren nachher nicht aus.

Es liegt natürlich im eigenen Interesse des Auswanderers, sich rechtzeitig eingehende Kenntnis über die Verhältnisse seines Ziellandes zu verschaffen. Heute auch schon aus dem Grunde, weil in manchen Auslandsgebieten die Lage kaum viel freundlicher als in der Heimat sich anläßt. Luftschlösser dürfen nicht gebaut werden. Illusionen werden durch nüchterne Tatsachen schnell erdrückt. Es kommt sehr darauf an, klar zu sehen; die letzte Not könnte sonst ärger als die erste werden.

Rechte und Pflichten von Betriebsratsmitgliedern

Nach einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 7. Mai 1930 ist der Vorsitzende des Betriebsrats nicht ohne weiteres berechtigt, zwecks Teilnahme an einem den Betrieb betreffenden schiedsgerichtlichen Verfahren, das zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverband anhängig ist, gegen den Willen des Arbeitgebers von der Arbeit fernzubleiben. In den Entscheidungsgründen wird u. a. ausgeführt, daß den Organisationen der Arbeitnehmer gewiß eine erhebliche Mitwirkung bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse und in der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder gesichert ist. Es steht aber weder ihnen, noch ihren Angestellten das Recht zu, in die auf Grund der einmal getroffenen Regelung geschlossenen Arbeitsverträge in der Weise einzugreifen, daß sie den einzelnen Arbeitnehmer zeitweise und gegen den Willen des Arbeitgebers von seinen Pflichten aus dem Vertrage entbinden.

Nach einem anderen an demselben Tage, dem 7. Mai 1930, ergangenen Urteil des Reichsarbeitsgerichts ist ein Betriebsratsmitglied nicht kraft Gesetzes berechtigt, von der Arbeit fernzubleiben zwecks Teilnahme an einem gewerkschaftlichen Betriebsrätekursus.

•

Wie aus vorstehender Notiz hervorgeht, ist das Reichsarbeitsgericht bestrebt, die Rechte der Betriebsräte so viel wie möglich einzuengen. Dagegen gilt es auch am 14. September zu votieren.

Deutsche Arbeiter-Samariter-Hilfe

Seit einigen Jahren ist es dem Arbeiter-Samariter-Bund, E. V., Sitz Chemnitz, gelungen, bei Behörden und Organisationen die nötige Anerkennung zu finden. Es wurde ihm gestattet, nachdem in einigen Ländern die Sammlungsgenehmigungen versuchsweise freigegeben waren, über das ganze Reich eine Sammlung zu veranstalten. — Unter großen Opfern mußten die Mitglieder in den Vorkriegs- und Revolutionsjahren ihr Hilfswerk aufrechterhalten: schwer wurde ihnen die Erringung der nötigen amtlichen Anerkennung gemacht. Wie berechtigt aber die Forderung auf die allgemeine Anerkennung ist, zeigen die statistischen Zahlen des Bundes für das Jahr 1929.

Rund 140 000 Dienste mit 300 000 Samaritern und 1 400 000 Dienststunden, einschließlich der Krankenpflegestunden, 67 000 Transporte und rund 760 000 Unfälle, darunter 565 Todesfälle, sind gewiß eine Arbeitsleistung, die man einer Organisation von 45 000 Mitgliedern hoch anrechnen muß. Zu bedenken ist, daß öffentliche Gelder dem Arbeiter-Samariter-Bund im Verhältnis zu ähnlichen Organisationen nur spärlich zufließen. Ein eigenes Bundeshaus und ein Ferienheim in Herchen a. d. Sieg wurden trotz größter wirtschaftlicher Schwierigkeiten von einer verhältnismäßig kleinen Schar aufgebracht. In 1922 Lehrkursen mit 35 000 Teilnehmern, also nahezu der eigenen Mitgliederzahl, leistete der Bund für die Allgemeinheit wichtige Aufklärungsarbeit. Welche große Rolle die Bundestätigkeit für die Volkswohlfahrt bedeutet, hat bewiesen, daß im Jahre 1929 jede 40. Sekunde in Deutschland ein Arbeiter-Samariter einen Unfall behandelte. Bei allem Alarm waren es die Arbeiter-Samariter, die frühzeitig und tatkräftig unter den ersten an der Unfallstelle eintrafen. Bei der Bergwerkskatastrophe in Neurode, beim Brückeneinsturz in Chemnitz usw. usw., war auch der Arbeiter-Samariter-Bund rechtzeitig zur Stelle.

Für das Volk — durch das Volk

Es ist kein Zufall, daß die Sozialversicherung und insbesondere die Krankenversicherung immer wieder im Mittelpunkt der erbitterten Angriffe sowohl der bürgerlichen Politiker, als auch der kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen steht. — Ergebnis die Notverordnungen der Regierung. — Ist es doch der Arbeiterschaft hier wie kaum irgend sonst gelungen, ein zu ihren Gunsten geschaffenes Werk selbst zu verwalten und auszugestalten. Im besonderen Maße gilt dies von den Ortskrankenkassen. Von ihrer Arbeit gibt ein anschauliches Bild die soeben vom Hauptverband deutscher Krankenkassen durchgeführte Erhebung über die Verhältnisse bei den Ortskrankenkassen im Jahre 1929.

Die Krankheitshäufigkeit (Erkrankungsfälle mit Arbeitsunfähigkeit und Inanspruchnahme von Krankengeld oder Krankenhauspflege) ist bei den weiblichen Versicherten größer als bei den männlichen, bei den Versicherungsberechtigten erheblich geringer als bei den Versicherungspflichtigen. Offenbar wird von den freiwillig Versicherten bei leichteren und kürzeren Erkrankungen Krankengeld nicht in Anspruch genommen. Die Krankheitsdauer übersteigt umgekehrt bei den weiblichen Versicherten die der männlichen Mitglieder. Das Krankheitsrisiko (Unterstützungstage je 100 Mitglieder) ist bei den weiblichen Versicherungspflichtigen ein wenig höher als bei den männlichen, bei den Versicherungsberechtigten wiederum erheblich niedriger. Anstaltsunterbringung (Krankenhaus- und Kurheimpflege) kommt überwiegend für weibliche Versicherungspflichtige in Betracht (Hausgehilfinnen). Die Verweildauer im Krankenhaus (durchschnittlich 20 Tage) ist bei den Versicherungsberechtigten erheblich kürzer als bei den Versicherungspflichtigen (sozial Bessergestellte, Ehefrauen). Betriebsunfälle sind naturgemäß am häufigsten bei den männlichen Versicherungspflichtigen. Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit im Einzelfalle steht hier wieder in umgekehrtem Verhältnis zu der Häufigkeit der Erkrankungen, wahrscheinlich infolge der größeren Bedeutung der häufig schweren Straßenunfälle für die im Betriebe weniger gefährdeten Mitgliedergruppen. Bei der Wochenhilfe sowohl für die Versicherten als für die Familienangehörigen zeigt sich eine Zunahme der Stilltage je Fall. Etwa vier Fünftel aller Wöchnerinnen haben ihre Kinder gestillt, und zwar zum größten Teil volle zwölf Wochen. Dagegen wird noch wenig (nur etwa von einem Fünftel der Versicherten) Gebrauch gemacht von den Möglichkeiten der erweiterten Wochenhilfe, d. h. von dem Niederlegen der Arbeit und dem Beziehen des Wochengeldes bereits für die fünfte und sechste Woche vor der Entbindung. Auch die Gewährung von drei Vierteln des Grundlohns als Wochengeld auf Grund der Novelle zur RVO. vom 18. Mai 1929 hat hier, wahrscheinlich wegen mangelnder Aufklärung, noch keine wesentliche Besserung gebracht.

Der Rechnungsabschluß zeigt gegenüber dem Vorjahr nur eine geringfügige Steigerung der Einnahmen (um knapp 5 v. H.), die etwa derjenigen der Durchschnittslöhne entspricht. Die von einer Reihe von Kassen durchgeführte Heraufsetzung des Beitragsfußes wurde erzwungen und wird voll und ganz aufgewogen durch den Einnahmeentgang infolge der Arbeitslosigkeit. Wie auf Grund besonderer Berechnungen festgestellt werden konnte, beträgt der Grundlohn und damit der Krankenkassenbeitrag des Arbeitslosen im Durchschnitt nur 30 v. H. des Grundlohns beim arbeitenden Mitglied.

Entgegen dem Vorjahr entsprechend der allgemeinen Entwicklung sind sämtliche Sachleistungen mehr als die Barleistungen gestiegen. Der Aufwand für Krankengeld ist nahezu gleichgeblieben. Am stärksten sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen die Kosten für Arznei- und Heilmittelversorgung (um 14 v. H.). Die Arztkosten sind ebenso wie im vergangenen Jahr um 11 v. H. angewachsen. Bei einem Vergleich der Ausgaben je Mitglied 1929 und 1914 weisen Zahnbehandlungskosten und Wochenhilfe die stärksten Steigerungen auf, zwei Gebiete, auf denen die Leistungen, besonders in der Familienhilfe, stark ausgebaut worden sind. Der Verwaltungsaufwand ist im Vergleich zu den Leistungen gegenüber der Vorkriegszeit gesunken.

Die Versicherungsleistungen machen 91,63 v. H. der Gesamtausgaben und 88,75 v. H. der Beitragseinnahmen aus.

Das Gesamtvermögen der Kassen beträgt 37 v. H. der Jahresausgabe, während auf Grund des Gesetzes allein die Rücklagen dieser Ausgabe gleichkommen sollten.

Die Mitgliederbewegung ist durch die Arbeitslosigkeit beeinflußt (Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder in den Wintermonaten). Im Gesamtergebnis zeigt sich eine wesentliche Zunahme (um 9,5 v. H.) nur bei den Versicherungsberechtigten, ein erneuter Beweis für die trotz aller Hetze zunehmende Anerkennung der von den Ortskrankenkassen gewährten Leistung.

SPD. Unterbezirk Recklinghausen-Gelsenkirchen

Außerordentliche Unterbezirks-Generalversammlung

am Sonntag, dem 10. August 1930, nachmittags 3 Uhr, im Hotel „Kaiserhof", in Herten.

Tagesordnung:

1. Referat: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen". Referent: Reichstagsabgeordneter Alfred Janschek (Berlin).
2. Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl.
3. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag.

Die außerordentliche Unterbezirks-Generalversammlung setzt sich zusammen aus:

1. Den Delegierten der Ortsvereine;
2. dem Unterbezirksvorstand;
3. dem erweiterten Unterbezirksvorstand;
4. je einem Vertreter der Redaktionen und der Geschäftsleitung der Parteizeitungen im Unterbezirk, einem Vertreter der Pressekommissionen, des Bildungsausschusses und des Jugendausschusses. Ferner sind auch zur Teilnahme berechtigt die Reichs- und Landtagsabgeordneten und Provinziallandtagsabgeordneten.

Als Delegierte der Ortsvereine kommen die Genossinnen und Genossen in Frage, die zur letzten ordentlichen Generalversammlung gewählt waren. Dort, wo diese Genossen nicht mehr vorhanden sind, wählt der Ortsverein neu. Die Ortsvereine tragen die Kosten selbst. Gäste sind willkommen.

Mitgliedsbuch der Partei, Mandat und die letzte Quittung der Parteizeitung sind mitzubringen.

Der Unterbezirksvorstand.
J. A. Wilh. Pfeifenbring.

Die bulgarische Frauenbewegung

Das bulgarische Frauentum scheidet sich in zwei scharf voneinander abgegrenzte Typen: die städtische Dame oder die städtische Frau, die gern Dame sein möchte, und die Bäuerin. Die Arbeiterin und Arbeiterfrau spielt in dem wenig industrialisierten Lande kaum eine Rolle. Für die Städterin ist, wie bei allen Frauen der zur westlichen Zivilisation strebenden östlichen Völker, die Pariserin und ihr Schick das allein maßgebliche, mehr oder weniger äußerlich und kritiklos nachgeahmte Vorbild. Die innere Kultur und der Esprit der Pariserin lassen sich natürlich nicht importieren wie ihre Kostüme, Toiletten und Modejournale. Die sklavische Nachahmung der Mode erfordert in mittleren und kleinen Verhältnissen große finanzielle Opfer; die Bulgarin hilft sich, indem sie die Ausgaben für ihre Kleidung an die allererste Stelle setzt und außerdem die Kleidung vielfach selbst mit großem Geschick herstellt. Ein einziges, märchenhaft elegantes Kostüm in der Saison muß dann nebst den entsprechenden Seidenstrümpfen und Spitzen und hochhackigen Schuhen für alle Gelegenheiten genügen. Man ist dann eine „moderne" Frau, selbst wenn man im Haushalt mit den altmodischsten Geräten auf die denkbar unrationellste Weise arbeitet und die Kinder, bei aller Sympathie für die neuen westlichen Erziehungsideen, noch ganz im alten Stil erzieht, d. h. maßlos verwöhnt. Kinderkleidchen selbst zu sticken und zu häkeln, und zwar nicht nach den schönen alten Volksmustern, sondern nach oftmals recht geschmacklosen Pariser Mustern, ist der Bulgarin wichtiger, als eine sorgfältige Erziehung der Kinder.

Dem Oberflächentypus der bulgarischen Stadtfrau steht die schwerarbeitende Bäuerin wie ein Wesen aus einer anderen Welt gegenüber.

Man macht sich kaum einen Begriff davon, was alles zum Arbeitsgebiete der bulgarischen Bäuerin gehört! Sie hat den Haushalt für eine meist recht zahlreiche Familie zu besorgen, sie hat bei der Feldarbeit zu helfen, das Vieh zu füttern, mit ihrem Manne gemeinsam die Produkte ihrer Landwirtschaft zum Markte zu bringen und zu verkaufen und die gesamte Kleidung für die Familie sozusagen von der Urzelle an allein herzustellen. Sie schert die Schafe und erntet die Baumwollkapseln; sie spinnt und färbt das Rohmaterial, webt und näht. Sie betreibt eine Seidenraupenzucht, kocht, bleicht und färbt die Fäden, webt die Seide und stellt die Kleidungsstücke selbst her. So entstehen die herrlichen alten Volkstrachten, die prächtigen Webereien und köstlichen Stickereien aus einem Jahrhunderte alten rücksichtslosen Raubbau an Frauenkraft. Mit dreißig Jahren ist die Bäuerin verblüht, ausgepumpt durch die ständige Ueberarbeit, durch die vielen Geburten und Fehlgeburten; häufig stirbt sie jung, und viele bulgarische Dorfkinder wachsen unter der Obhut einer zweiten oder gar einer dritten Mutter auf.

Auf diesem Boden konnte eine zielbewußte Frauenbewegung sich natürlich nur schwer entwickeln.

Erst nach der 1878 erfolgten Befreiung des Landes von der türkischen Oberherrschaft war Raum für ein eigenes, nationales Dasein geschaffen. Die ersten aktiv in Erscheinung tretenden Frauen waren 15 Jahre später die Lehrerinnen, die außer auf Anstellung in Grundschule und Progymnasium auch Anspruch auf höhere Posten erhoben, wozu man ihnen jedoch Eignung und Vorbild absprach. So wurde der ganze Komplex einer besseren Mädchenbildung mit einem Schlage aufgerollt. Miteinander nicht verbundene örtliche Frauenvereine entstanden, in denen dieses Problem zusammen mit der beruflichen Gleichberechtigung der Frau diskutiert wurde; an die Forderung der politischen Gleichberechtigung traute man sich noch nicht heran. 1894 richtete der Frauenverein in Sofia ein Gesuch an die Regierung, Frauen zum Studium an der Hochschule zuzulassen. Das wurde natürlich sofort abgelehnt. Immerhin hatte der nun erst recht entbrannte Kampf den Erfolg, daß einige Professoren im Jahre 1897 Frauen als Gasthörerinnen zuließen. Der akademische Senat nahm freilich diese Erlaubnis sehr bald wieder zurück mit der Begründung, daß die Vorbildung der Frauen nicht genüge. Mit dem Reifezeugnis des sechsklassigen Mädchengymnasiums wurden die bulgarischen Frauen nur im Auslande zum Studium zugelassen. Es war nicht möglich, trotz anfänglicher Sympathien beim Kultusministerium, die Mädchengymnasien den Knabengymnasien gleichwertig auszubauen. Im Gegenteil sollten die verheirateten Lehrerinnen entlassen und die Lehrerinnengehälter gekürzt werden.

Dieser Angriff regte die Frauen in Sofia zur Gründung eines „Frauenbildungsvereins" an, der 1899 die erste Zeitung zur Vertretung der Fraueninteressen herausgab.

Ziel war der Zusammenschluß aller ähnlich gerichteten Vereine im ganzen Lande. Dieser gelang nach einigen Jahren zäher Vorarbeit, und die Erfolge blieben nicht aus. Die Mädchengymnasien wurden ausgebaut und 1901 wurde die Universität für das Frauenstudium geöffnet. Der bulgarische „Frauenbund" mit eigener Zeitung ist noch heute der Sammelpunkt aller Frauen-Initiative, soweit sie nicht der noch schwach entwickelten proletarischen Bewegung zugute kommt. Dreimal wurde der Bund in seiner Entwicklung schwer gehemmt: durch den Balkankrieg, durch den Weltkrieg und durch die Erdbebenkatastrophen von 1928. Die ganze Kraft mußte für Wohlfahrtsarbeit eingesetzt werden.

Gegenwärtig umfaßt der Bund 68 Vereine mit rund 8000 Mitgliedern — die Zeitschrift „Frauenstimme" hat rund 5500 Abonnentinnen —; das sind nur 0,61 Proz. der gesamten bulgarischen Frauen.

Die Mitglieder leben fast nur in den Städten; auf dem Lande sind eigentlich nur die Lehrerinnen organisiert. Es ist verständlich, daß die arg überlastete Bäuerin keine Zeit und keinen Sinn für solche Bestrebungen hat. Außerdem liegen der Bäuerin die Ziele des Bundes zu fern. An erster Stelle wird noch immer die Zulassung zu allen Berufen und Bildungsstätten verlangt — noch heute sind der bulgarischen Frau der juristische und die meisten gewerblichen Berufe, ferner die höheren Beamtenstellen verschlossen —; sodann Wohlfahrtsarbeit, wie Einrichtung von Mütterberatungsstellen, Kinderhorten, Kindergärten, Kinderspeisungen, Kampf gegen den Alkohol, Kampf für die Zivilehe, anstatt der heute allein geltenden kirchlichen Ehe usw. Mit der Forderung nach politischer Gleichberechtigung ist man erst ziemlich spät und in sehr gemäßigter Form hervorgetreten. Die Bäuerin sucht man durch Einrichtung von dörflichen Haushaltungs-, Näh- und Kinderpflegekursen zu gewinnen. Die geringe Zahl der Mitglieder des Frauenbundes aber zeigt, daß die bulgarische Frauenbewegung noch ganz in den Anfängen steht.

H. S.

Flugblattverbreitung

nächsten Sonntag, den 10. August, im gesamten Bezirk Westl. Westfalen

Wir richten an unsere Mitgliedschaft die dringende Aufforderung, an dieser Flugblattverbreitung vollzählig teilzunehmen. Das Flugblatt muß am Sonntag vormittag während weniger Stunden in jede Familie getragen werden.

Die Sammelpunkte für die Flugblattverbreitung in den einzelnen Ortsgruppen bezw. Bezirken werden von den Ortsvorständen in unseren Zeitungen noch bekanntgegeben.

Die Mitglieder müssen deshalb in den nächsten Tagen die Bekanntmachungen unter Parteinachrichten ganz besonders beachten.

Der Bezirksvorstand.

Rekordhitze in Amerika

Katastrophale Auswirkungen

Washington, 5. August. (Drahtmeldung.) Die bereits seit dem 17. Juli im ganzen Mittelwesten und Osten des Landes herrschende Hitze von 40 bis 45 Grad Celsius, die nur während dreier Tage der vergangenen Woche auf 35 Grad herunterging, seit Sonntag aber wieder Tag und Nacht ununterbrochen anhält, unterwirft nicht nur Menschen und Vieh schweren Strapazen, sondern droht auch der Landwirtschaft unermeßlichen Schaden zu bringen. Seit Wochen ist kein Regen gefallen und die Wetterwarten können für absehbare Zeit keine Erlösung in Aussicht stellen. Der Präsident der landwirtschaftlichen Genossenschaft hat Hoover mitgeteilt, daß die Hitze und die Trockenheit sich zu einer großen Katastrophe für zwei Drittel des Landes auszuwachsen drohten. Das Getreide ist zum größten Teil verdorrt, die Weiden sind in der ständigen Glut der Sonne braun gebrannt. Oestlich des Mississippi haben Waldbrände große Strecken verwüstet, Flüsse und Seen trocknen aus. Die Fische sterben, das Vieh geht an Wassermangel ein und in den meisten Gegenden wird das Trinkwasser immer knapper. Präsident Hoover ist daher von Vertretern der Landwirtschaft aufgefordert worden, den Farmern weitgehende Kredite sowie ermäßigte Frachtraten zu verschaffen, damit das Vieh aus den futterarmen Gegenden abtransportiert werden könne. Es wird darauf hingewiesen, daß in Flachs, Baumwolle, Mais, Kartoffeln, Tabak und Baumfrüchten katastrophale Mißernten zu befürchten seien.

Die Hitze fordert täglich zahlreiche Todesopfer. In Neuyork sind gestern 6 Personen dem Hitzschlag erlegen. Man befürchtet, daß bei einer Fortdauer der Hitze, deren Ende noch nicht abzusehen ist, an vielen Orten Mangel an Wasser und Milch eintreten wird. Die Landwirte werden angewiesen, das dem Versengen ausgesetzte Getreide als Viehfutter zu verwenden. Der Schaden, der der Landwirtschaft bisher entstanden ist, wird auf ½ Milliarde Dollar geschätzt. In der Stadt Neuyork allein beträgt der Schaden, der dem Wirtschaftsleben durch die lähmende Hitze zugefügt wird, schätzungsweise 5 Millionen Dollar täglich.

Schiffskollision am Skagerrak

Ein schwedischer Dampfer in zwei Teile zerschnitten

Kopenhagen, 5. August. (Drahtmeldung.) **Der amerikanische Dampfer „Chickasaw", der sich auf der Reise von Neuyork nach dem Baltikum befand, überrannte heute nacht in der Höhe von Skagen den schwedischen Dampfer „Femern". Die „Femern" wurde in zwei Teile zerschnitten. Der vordere Teil sank, während der hintere Teil von einem Bergungsdampfer ins Schlepptau genommen wurde, um nach Frederikshaven bugsiert zu werden. Nach den bisherigen Feststellungen sind vier Mann der Besatzung der „Femern" ertrunken. Der Rest wurde an Bord der „Chickasaw", die nur leicht beschädigt wurde, und des Bergungsdampfers genommen.**

Eisenbahnunglück in England

London, 5. August. (Drahtmeldung.) **Um Mitternacht stießen unweit der Bahnstation Preston zwei Personenzüge mit heimkehrenden Ausflüglern zusammen. Die Züge waren infolge des gestrigen Dankfeiertages vollbesetzt. Annähernd 100 Personen erlitten Verletzungen, doch brauchten nur 12 von ihnen ins Krankenhaus gebracht werden. Lebensgefährlich wurde niemand verletzt.**

Ein Pensionsinhaber von Einbrechern schwer angeschossen

Berlin, 5. August. (Drahtmeldung.) Einen schweren Kampf mit Einbrechern hatte in der vergangenen Nacht der Inhaber einer Pension in der Fasanenstraße, ein Russe namens Fradkin-Tschernoff, zu bestehen. Kurz vor 4 Uhr hörten Mieter des 1. Stockwerkes verdächtige Geräusche auf dem Korridor und riefen um Hilfe. Tschernoff, der seine Privaträume ebenfalls im 1. Stock hat, kam nur leichtbekleidet herausgelaufen und sah sich drei fremden Männern gegenüber. Die Einbrecher feuerten auf den Pensionsinhaber und verletzten ihn erheblich durch einen Oberschenkelbruch. In der Aufregung und dem Durcheinander gelang es ihnen dann, zu entkommen. Da sie auf dem Hofe die Hauptfernsprechleitung zerstört hatten, konnte von keinem Teilnehmer im Hause das Ueberfallkommando angerufen werden. Man mußte ein Telephon in der Nachbarschaft benutzen. Dadurch gewannen die Einbrecher großen Vorsprung.

Militärflugzeug im Feuerbereich der Infanterie

Riga, 5. August. (Drahtmeldung.) Ein Militärflugzeug geriet bei Daugavpils in den Feuerbereich der Infanterie, deren Schießplatz sich in der Nähe des dortigen Flugplatzes befindet. Die beiden Insassen des Flugplatzes wurden von Geschossen getroffen. Einer von ihnen ist seinen Verletzungen erlegen.

Feuersbrunst in Borneo.

Batavia, 4. August. (Drahtmeldung.) **Meldungen aus Landjermasin (Borneo) zufolge wurden auf der kleinen Insel Tarakan von einer gewaltigen Feuersbrunst zahlreiche Häuser und Geschäfte eingeäschert, wobei ein Sachschaden von über einer Million Gulden entstand. Zahlreiche Menschen sind obdachlos geworden. Das Feuer, das seine Ursache in der Explosion einer Oellampe haben dürfte, ist die größte Katastrophe, die sich auf Borneo seit Menschengedenken ereignet hat.**



Ein Deutscher wurde als erster Ausländer an einer japanischen Universität immatrikuliert. Joern Leo, Sohn des deutschen Direktors des Kaiserlich Japanischen Forschungsinstituts für Photochemie, ist zum Studium der Geographie als Vollstudent an der japanischen Universität Kyoto zugelassen worden.

Schweres Explosionsunglück in Karlsruhe

Karlsruhe, 5. August. (Drahtmeldung.) **Die Gebäude der Reparaturwerkstätte Dalhofer & Hummel wurden heute nacht durch eine Explosion, die vermutlich durch die Entzündung von Benzingasen hervorgerufen wurde, zerstört. Der Explosionsdruck war so stark, daß die Seitenwände des Gebäudes barsten und samt der oberen Decke in sich zusammenstürzten. Ein Ehepaar, der Stellwerkmeister Anton Fellhauer und seine Frau, die in der Nähe der Brandstelle wohnen, wurden verschüttet. Ihre Leichen konnten erst heute morgen geborgen werden. Die in dem anschließenden Gebäude wohnende Familie eines Fahrlehrers konnte sich in Sicherheit bringen. Ob noch weitere Personen unter den Trümmern liegen, ist noch nicht endgültig festgestellt.**

Lebendigen Leibes verbrannt

In Buchow (Mecklenburg) fand die neun Jahre alte Tochter des Melkers Kahlke einen entsetzlichen Tod. Als sie sich in Abwesenheit ihrer Eltern an der Kochmaschine zu schaffen machte, fingen die Kleider des Kindes Feuer. Das Mädchen, das unglücklicherweise eingeschlossen worden war, verbrannte lebendigen Leibes.

Der rasende Schnellsprecher

In Amerika hat man einen Wettbewerb abgehalten, der dem schwierigen Problem galt, wer der schnellste Rundfunksprecher ist. Es siegte ein Mann namens Florys Gibbons, der innerhalb von 13½ Minuten nicht weniger als 2930 Worte vor dem Mikrophon sprach, in der Minute als 217 Worte.

Naturkatastrophe in Asien

An der Nordküste des Kaspischen Meeres sind durch die Erschütterungen eines schweren Erdbebens die Städte Alexandrowsk und Gurjew zerstört worden. Mehr als 500 Personen wurden getötet. Tausende verletzt. Im Ural kam es auf Grund des Erdbebens zu einer furchtbaren Ueberschwemmung, durch die mehrere Dörfer fortgeschwemmt wurden. In Japan sind durch einen Taifun und zwar insbesondere in der Provinz Hondo, katastrophale Einsturz- und Wasserschäden angerichtet worden. Unter den Trümmern eines Kinderheims wurden 30 Leichen geborgen.

GESETZ das tötet

Roman von Frank Arnau

58) (Fortsetzung.

Zwölftes Kapitel.

Die Rechnungsrätin wußte sich mit Juscha nicht mehr zu helfen.

Das Mädchen legte sich, bald nachdem es heimgekommen war, zu Bett. Nach ein paar Stunden hatte Juscha bereits schweres Fieber und hielt die Augen geschlossen und schien von einer furchtbaren Angst erfüllt zu sein. Sie murmelte unverständliche Worte vor sich hin und reagierte kaum auf das, was die Mutter sie fragte. Erst als die alte Frau sagte, sie werde doch besser einen Arzt holen, riß Juscha die Augen auf:

„Nein! Nein! Ich will keinen Arzt!"

Es hatte auch den Anschein, als ob das Mädchen trotz des hohen Fiebers sich nun etwas mehr zusammennähme.

Die Mutter versuchte zunächst ein paar erprobte Hausmittel gegen Erkältungen. Sie ließ das Mädchen Lindenblütentee trinken, machte ihr einen kalten Wickel um Hals und Brust, aber nur mit dem Erfolg, daß Juscha vor Frost zu zittern begann. Das Fieber allerdings schien etwas zurückgegangen zu sein; aber es kam dann gleich wieder, und zwar in verstärktem Maße.

Gegen Mitternacht war Juscha Lehner bewußtlos.

Die Rechnungsrätin glaubte erst, das Mädchen schlafe, sah aber dann, daß der Atem nur noch sehr schwach ging. Sie wagte es nicht, die Wohnung zu verlassen — an wen auch hätte sie sich wenden sollen? Sie dachte in ihrer Not an den Kommerzienrat, über von Albert Dominique war in den letzten Wochen nicht mehr die Rede gewesen, so daß die alte Frau glaubte, die Beziehungen zwischen ihm und Juscha seien wieder eingeschlafen. Der Kommerzienrat hatte sich mit seinem ersten Besuch in der Mansardenwohnung nicht mehr sehen lassen — vielleicht war es zu einem Zerwürfnis zwischen ihm und Juscha gekommen. Da konnte sie ihn doch unmöglich während der Nacht stören. Die Köchin und das Stubenmädchen kannte die Rechnungsrätin nicht, hatte sie kaum ein paarmal flüchtig gesehen. Wußte auch nicht, wo und wie die beiden zu erreichen waren.

Nun war allerdings im Rückgebäude noch ein Chauffeur und in der Gärtnerwohnung der alte Merten. Aber der Chauffeur war ein finsterer Mensch, an den die Rechnungsrätin sich nicht traute, und aus der Wohnung des alten Merten war erst vor ein paar Tagen seine Tochter Else von Sanitätern auf einer Tragbahre weggeholt worden. Außerdem war Merten häufig genug betrunken — sie konnte ihn unmöglich jetzt wecken und von ihm verlangen, daß er einen Arzt hole.

Aber Juschas Zustand wurde gegen Morgen so bedenklich, daß die alte Frau ihre Hemmungen überwand, ein dickes Umschlagtuch überhing, die Treppen hinunterschlich und dann an der Haustüre der Gärtnerwohnung pochte.

Der alte Merten lag wach. Er war am Abend nicht ausgegangen — nach dem Unglück mit seiner Tochter konnte er sich ja kaum noch sehen lassen, denn seine Stammtischgenossen hatten durch irgendeinen Zufall in Erfahrung gebracht, um was es sich handelte, und der alte Mann schämte sich, ihnen Rede und Antwort zu stehen. So lag er jetzt wach und grübelte.

Als er das Klopfen hörte, stieg er aus dem Bett und öffnete das Fenster seines Zimmers.

„Wer ist da?"

„Ich bin es, Herr Merten, — Frau Lehner!"

„Die Frau Rechnungsrat? Was wünschen Sie denn?"

„Ach Gott, Herr Merten, meine Tochter ist so schwerkrank! Ich möchte Sie sehr bitten, wenn es Ihnen möglich ist, gleich einen Arzt zu holen!"

„Das wird jetzt nicht leicht sein, Frau Rechnungsrat! Bis man um diese Zeit einen Arzt heraustrommelt, das is nich so einfach. Meinen Sie nicht, daß man noch warten soll, bis es Morgen ist?"

„Ach Gott, Herr Merten — ich hab solche Angst! Die Juscha ist bewußtlos, und ich weiß nicht, was ich tun soll!"

„Na schön — da wer ich also gehn. Wollen Sie einen bestimmten Arzt haben, Frau Lehner — Ihren Hausarzt vielleicht?"

„Wir haben keinen Hausarzt! Lieber Gott — lieber Gott! Bringen Sie nur irgendeinen Arzt, Herr Merten — den nächsten, den Sie finden können! Wenn mir nur das arme Kind inzwischen nicht stirbt!"

„Beruhigen Sie sich man, Frau Rechnungsrat — ich laufe ja schon! Und so schlimm wird es ja wohl nich sein. Gehen Sie nur einstweilen wieder nach oben — ich komm so rasch wie möglich mit dem Arzt."

„Ich bitte Sie recht sehr, Herr Merten — nur recht rasch!"

„Ja, ja! Ich gehe schon!"

Die Rechnungsrätin begab sich wieder in ihre Wohnung; der alte Merten zog sich rasch an und ging.

Welchen Arzt sollte er holen? Den nächsten, hatte die Rechnungsrätin gesagt. Der nächste war Dr. Marx, den er — — —

Aber das nutzte nun nichts; Merten wußte keinen anderen Arzt in der Nähe, und so drückte er auf die Nachtglocke des Dr. Marx. Sehr nachdrücklich.

Es dauerte eine Weile, bis an einem der Fenster im ersten Stock Licht gemacht wurde. Das Fenster ging auf und eine Männerstimme fragte: „Was ist los?"

„Herr Dr. Marx möchten mal so rasch als möglich nach Gutzkowstraße 12 kommen — da is 'n Mädchen sehr krank. Ich warte hier unten, weil Sie mit dem Aufgang nicht Bescheid wissen."

Das Fenster schloß sich wieder. Nach ein paar Minuten bereits erschien der Arzt.

„Gutzkowstraße 12?", fragte er, zu Merten tretend; dann faßte er diesen näher ins Auge: „hören Sie mal, sind Sie nicht vor 'n paar Tagen erst bei mir gewesen und haben mich nach Gutzkowstraße 12 geholt?"

„Jawohl, Herr Doktor, das war ich!"

„Aber sagen Sie mal, was is denn nu los? Man hat doch nicht am Ende Ihre Tochter schon aus dem Krankenhaus entlassen?"

„Nee — es is 'n anderes Mädchen. Die Tochter von der Frau Rechnungsrat Lehner."

„Wissen Sie, was ihr fehlt?"

„Nee. Die alte Rechnungsrätin hat mich eben rausgetrommelt und gesagt, ihrer Tochter ginge es sehr schlecht — und da bin ich eben gleich losgezogen."

„Was hören Sie von Ihrer Tochter?"

„Nischt, als daß sie aus der Gefahr ist!"

(Fortsetzung folgt.)

Zur „Reform" der Krankenversicherung

Seit mehreren Jahren beschäftigte sich das Reichsarbeitsministerium mit den Vorarbeiten für den Entwurf zur „Reform" der Krankenversicherung. Anlaß zu einer solchen „Reform" gaben nicht etwa die tatsächlichen Verhältnisse in der Krankenversicherung, sondern vielmehr der mit starken Schlagworten geführte Kampf gegen die Sozialversicherung im allgemeinen und gegen die Krankenversicherung, als Fundament der gesamten Sozialversicherung, im besonderen. Die Vorarbeiten verdichteten sich schließlich zu einem Entwurf, der dem letzten Reichstag, kurz vor seiner Auflösung, zugeleitet wurde. Schon die besonderen Umstände, wie dieser Entwurf zur Vorberatung an den Reichsrat gelangte, verdienen festgehalten zu werden. Während es im allgemeinen Uebung ist, vor der Einbringung eines Gesetzentwurfes von so weitragender Bedeutung sich der Mitarbeit der Beteiligten zu versichern, also in diesem Falle den Spitzenverbänden der Krankenversicherung Gelegenheit zur Aeußerung zu geben, wurde dieser Entwurf streng geheim gehalten. Erst wenige Tage vor der Beratung im Reichsetat gelang es den Interessenten, sich Kenntnis von dem Inhalt der neuen Bestimmungen zu verschaffen. Dabei zeigte es sich, daß Grund genug für die Regierung Brüning vorhanden war, die Aufmerksamkeit der Vertreter der Versicherten nicht zu früh auf diesen Entwurf zu lenken, stützte sich doch dieser Entwurf in seinen entscheidendsten Bestimmungen auf eine Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeber-Verbände, die wenige Wochen vorher dem Reichsarbeitsminister und der Oeffentlichkeit übergeben worden war. In einer sofort vom Hauptverband deutscher Krankenkassen nach Berlin einberufenen Kundgebung protestierten über 500 Vertreter von Krankenkassen aus allen Teilen Deutschlands gegen den sozialreaktionären Kurs, der mit dieser Vorlage von der Regierung Brüning eingeschlagen war. Selbst der Reichsrat, ein Organ, wo Vertreter von Versicherten kaum irgendwelchen Einfluß haben, sah sich genötigt, einige Bestimmungen der Vorlage zu mildern; im großen und ganzen wurde aber der Entwurf unverändert dem Reichstag vorgelegt. Hier waren es die Vertreter der SPD., die den schärfsten Kampf gegen dieses Attentat auf die Interessen der breiten Massen der Versicherten führten. Der Reichstag verfiel mitten im Kampf um die Vorlage der Auflösung. Wenn auch die Regierung diese „Reform" über die Aenderung der Arbeitslosenversicherung mit ihrem gesamten Deckungsprogramm verquickte, so glaubte doch kein Mensch daran, daß sie es wagen würde, durch Anwendung des Artikels 48 ihren Willen auf diesem Gebiet durchzusetzen, denn die Durchführung der Krankenversicherung in der einen oder anderen Form, hat nicht den geringsten Einfluß auf die Gestaltung des Reichshaushaltes, abgesehen von einigen Millionen, die das Reich als Zuschuß zur Wochenhilfe gewährte.

Das Unerwartete ist trotzdem geschehen! Die Schöpfer der Reichsverfassung haben es sich nicht träumen lassen, daß der Artikel 48, der zum Schutze der Verfassung da ist, einmal dazu herhalten müßte, um einem Eingriff auf die vitalsten Lebensinteressen der ärmsten, aber auch der treuesten Schützer eben dieser Verfassung einen gesetzmäßigen Anschein zu geben. Man muß Erkelenz Recht geben, wenn er in seinem Schreiben an die Demokratische Partei bei der Begründung seines Austritts feststellte, daß „fast alle neuen Lasten auf die Nichts- oder Wenigbesitzenden von der Regierung Brüning abgelegt und der Abbau der Sozialpolitik und der Löhne mit einem Eifer betrieben würde, der sich nur aus dem Gefühl befriedigter Rache erklärt." Eine andere Erklärung gibt es für das Vorgehen der Regierung kaum. Eine Staatsnotwendigkeit zur Aenderung der Krankenversicherung, auf Grund des Artikels 48, lag nicht vor.

Die Verordnung über die „Reform" der Krankenversicherung ist mit dem Tage nach der Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt, also mit dem 28. 7. 1930 in Kraft getreten. Am 2. August hat der Reichsarbeitsminister die Durchführungsbestimmungen hierzu erlassen. Die Krankenkassen sind verpflichtet, auf neue Versicherungsfälle schon jetzt die neuen Bestimmungen anzuwenden. Für die Inanspruchnahme des Arztes hat der Versicherte künftig einen Krankenschein zu lösen, für den eine Gebühr von 50 Pfg. zu entrichten ist. Diese Gebühr haben auch die anspruchsberechtigten Angehörigen zu zahlen, wenn sie beabsichtigen, einen Arzt in Anspruch zu nehmen. Durch die Kassensatzung kann bestimmt werden, daß bei einem Grundlohn von nicht mehr als 4 RM., die Gebühr bis auf die Hälfte ermäßigt wird, während sie für Versicherte mit mehr als 7 RM. um die Hälfte erhöht werden kann. Bei der Entnahme von Arznei und kleineren Heilmitteln sind künftig für jedes Verordnungsblatt 50 Pfg. von dem Versicherten zu zahlen. Nur wenn der Gesamtbetrag für die Verordnungen geringer ist, zahlt er den geringeren vollen Betrag der Verordnungskosten. Wenn man bedenkt, daß im Reichsdurchschnitt auf ein Verordnungsblatt ca. 1,10 RM. bisher entfielen, so zahlt künftig der Versicherte praktisch die halben Arzneikosten, während er bisher nur mit 10 Prozent an diesen Kosten beteiligt war. Die Familienangehörigen zahlen in allen Fällen 50 Prozent der Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel; dabei kann die Kassensatzung bestimmen, daß bis zu 70 Prozent der Kosten übernommen werden. Ueber diesen Satz hinaus darf die Krankenkasse die Kostenbeteiligung nicht ausdehnen. Auf die Wochenhilfe finden vorstehende Bestimmungen keine Anwendung.

Besonders einschneidend sind auch die neuen Bestimmungen über das Krankengeld. Vorweg muß bemerkt werden, daß als Höchstgrundlohn es bei dem Betrag von 10 RM. verbleibt, jedoch werden Ausnahmen von diesem Höchstsatz, wie sie bisher bei verschiedenen Kassen bestanden, nicht mehr zugelassen. Das bedeutet, daß vom 28. 7. 1930 ab sowohl für die Berechnung des Krankengeldes, wie auch für die Berechnung des Beitrages im Höchstfalle 10 RM. kalendertäglich zugrunde zu legen sind. Das Krankengeld beträgt 50 Prozent des Grundlohnes. Zuschläge sind nur noch wegen des Familienstandes oder bei längerer Dauer der Arbeitsunfähigkeit zulässig. Dabei darf der Zuschlag für den Ehegatten 10 Prozent und für jeden sonstigen Angehörigen 5 Prozent des Grundlohnes nicht übersteigen. Nur wenn die Arbeitsunfähigkeit länger als 6 Wochen dauert, kann das Krankengeld allgemein bis auf 60 Prozent des Grundlohnes von der 7. Woche ab, erhöht werden. Krankengeld und Zuschlag zusammen dürfen ¾ des Grundlohnes nicht übersteigen. Gezahlt wird nach den neuen Bestimmungen das Krankengeld erst vom Tage der Arbeitsunfähigkeit an, während es bisher vom 4. Krankheitstage an gezahlt wurde und diese Karenzzeit bisher unter bestimmten Voraussetzungen (bei längerer Dauer der Arbeitsunfähigkeit, bei Unfällen usw.) verkürzt werden konnte. Eine Verkürzung der Karenztage ist jetzt nicht mehr möglich. Fällt der letzte Tag der Arbeitsunfähigkeit auf einen Sonntag oder staatl. Feiertag, so wird für diesen letzten Tag kein Krankengeld gezahlt. Die neue Vorschrift über die Höhe des Hausgeldes ist der Vorschrift über die Höhe des Krankengeldes nachgebildet. Das Hausgeld beträgt 50 Prozent des Krankengeldes. Die Satzung kann das Hausgeld für Versicherte mit mehr als einem Angehörigen durch Zuschläge erhöhen. Der Zuschlag darf 5 Prozent des Grundlohnes für jeden weiteren Angehörigen nicht übersteigen. Hausgeld und Zuschlag zusammen darf nicht höher sein, als das satzungsmäßige Krankengeld. Wenn die Arbeitsunfähigkeit der Kasse erst nach Ablauf von 7 Tagen gemeldet wird, darf das Krankengeld erst vom Tage der Meldung ab gezahlt werden. Außerdem ruht sowohl das Krankengeld als auch das Hausgeld, wenn der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Das ist insbesondere der Fall bei kaufm. Angestellten und bei solchen Versicherten, die tarifmäßig ein Anrecht auf Weiterzahlung des Lohnes haben. Gewährt dagegen der Arbeitgeber Zuschüsse zum Krankengeld, dann werden diese nicht angerechnet, auch wenn die Zahlung auf einer Verpflichtung des Arbeitgebers beruht.

Ist das weiterzuzahlende Arbeitsentgelt geringer als das Krankengeld, so ist im allgemeinen der Unterschiedsbetrag als Krankengeld zu zahlen. Dabei werden aber die Kassen in verständiger Weise zu prüfen haben, ob nicht der geringe Arbeitsentgelt wirtschaftlich als Zuschuß des Arbeitgebers zum Kranken- oder Hausgeld aufzufassen ist. Vorstehende Bestimmungen sind auch für die sog. Ersatzkassen bindend.

Die Familienkrankenpflege ist zur Regelleistung, d. h. zu einer Pflichtleistung der Krankenkasse geworden. Praktisch ist diese Neuerung nicht von großer Bedeutung, da etwa 98 Prozent aller Kassen bereits die Familienhilfe eingeführt hatten. Die Dauer der ärztlichen Behandlung und der Gewährung von Arzneien im oben bezeichneten Umfang ist auf 13 Wochen beschränkt und kann im Höchstfalle durch die Satzung auf 26 Wochen verlängert werden.

Anspruchsberechtigt sind die Ehegatten und die unterhaltungsberechtigten Kinder, wenn diese sich gewöhnlich im Inlande aufhalten und nicht anderweit einen gesetzlichen Anspruch auf Krankenpflege haben. Die Satzung kann außerdem die Krankenpflege erstrecken auf sonstige Angehörige, die mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben, von ihm ganz oder überwiegend unterhalten werden und sich im Inland aufhalten.

Die Bestimmungen über die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Aerzten sind auch in einigen Punkten geändert worden, insbesondere ist versucht worden, der Stellung des Vertrauensarztes einen gesetzlichen Rückhalt zu geben. Den Interessen der Krankenversicherung ist mit diesen Bestimmungen nicht hinreichend gedient. Die Arztfrage ist heute zu einem Problem in der Krankenversicherung geworden und man hätte erwarten können, daß an Stelle der einschneidenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Leistungen, den Kassen in der Arztfrage freiere Hand gegeben worden wäre. Aber offenbar hat sich gerade in diesem Punkte der mangelnde Einfluß der Arbeiterschaft in der Regierung Brüning ganz besonders bemerkbar gemacht.

Von den übrigen Bestimmungen ist zu erwähnen, daß die Revision an das Reichsversicherungsamt in Spruchsachen künftig ausgeschlossen sein soll. Das Oberversicherungsamt entscheidet endgültig. Damit ist den Versicherten ein wichtiges Rechtsmittel in der Verfolgung ihrer Ansprüche genommen.

Mitglieder, die berechtigt sind, sich weiter zu versichern und solche die sich bereits weiter versichert haben, setzen, wenn sie ihren Wohnort aus dem Kassenbereich verlegen, die Mitgliedschaft bei der Kasse ihres neuen Wohnortes fort.

Die übrigen Bestimmungen betreffen in der Hauptsache die Verwaltung und Verfassung der Kassen. Für die Neuerrichtung von Kassen ist festgelegt, daß hierfür die Mehrheit der abstimmenden beteiligten Arbeitgeber und die Mehrheit der abstimmenden beteiligten volljährigen Arbeitnehmer vorhanden sein muß.

In der Frage der Errichtung der Innungskrankenkassen hat der Entwurf den Forderungen nach einer wirklichen Reform nicht Rechnung getragen. Die Errichtung von Innungskrankenkassen ist möglich, wenn auf die Dauer mindestens 150 Versicherungspflichtige in den Betrieben der betreffenden Innung oder mehrerer Innungen, die die Kasse gemeinsam errichten wollen, beschäftigt sind. Hier wird also die Zersplitterung auf dem Gebiete der Krankenversicherung verewigt. Es wird niemand behaupten können, daß eine Kasse von 150 Mitgliedern, wobei es sehr leicht möglich ist, daß die Mehrzahl aus Lehrlingen besteht, als leistungsfähig im Sinne der Reichsversicherungsordnung angesehen werden kann.

Nach Artikel 2 der Verordnung sind die Krankenkassen verpflichtet, innerhalb einer Frist von 3 Monaten nach Inkrafttreten, die Beiträge unter Berücksichtigung der Aenderungen der Verordnung, neu festzusetzen. Kommen die Kassen dieser Bestimmung nicht nach, so setzt das Oberversicherungsamt den Beitrag fest. Die Kassenausschüsse werden sich aber demnächst mit Satzungsänderungen zu beschäftigen haben. In der Uebergangszeit können die extra vorhandenen Mehrleistungen, soweit sie nicht den Rahmen der neuen Bestimmungen überschreiten, beibehalten werden.

Zusammenfassend muß noch einmal betont werden, daß eine Notwendigkeit, vorstehende Bestimmungen auf dem Wege über den Artikel 48 anzuordnen, nicht bestand. Der neue Reichstag wird sich deshalb sehr eingehend mit dieser Notverordnung befassen müssen. Wie die Bestimmungen endgültig gestaltet werden, wird davon abhängen, in welcher Zahl die Vertreter der Versicherten, der großen Massen des werktätigen Volkes, die Vertreter unserer Partei, in den Reichstag einziehen. Der Wähler hat jetzt das Wort.

P. S.

Der Drang nach rechts

Köche die den Brei verderben

Die Volkspartei schmuggelt sich zu den Freunden der Diktatur

Berlin, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei bestätigt in seiner Mittwochausgabe, daß den für Donnerstag anberaumten neuen Besprechungen zwischen Scholz und Herrn Koch-Weser keine besondere Bedeutung zukommt. Es handele sich nur um eine Aussprache von Mensch zu Mensch. Die Haltung der Deutschen Volkspartei sei durch ihren Reichsausschuß endgültig festgelegt und daran habe sich nichts geändert. Die Deutsche Volkspartei würde jedoch, so heißt es in der parteiamtlichen Auslassung, mit großer Befriedigung davon Kenntnis nehmen, wenn die Deutsche Staatspartei an den erfolgversprechenden Verhandlungen über die Bildung einer großen Front teilnehmen würde.

Das ist eine klare Absage an die Rufer nach einer Verschmelzung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei. Die Volkspartei wünscht zunächst nicht mehr als einen Burgfrieden und zwar mit der Staatspartei auch nur dann, wenn Westarp und Treviranus gleichfalls mitmachen. Wertvoller als die Bundesgenossenschaft der Staatspartei ist ihr die der Konservativen Volkspartei. Der Drang der Volkspartei nach rechts ist unerschütterlich.

Köpker-Aschoff wirbt um die Volkspartei

Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff veröffentlicht in der „Kölnischen Zeitung" einen Appell für die Sammlung der bürgerlichen Mitte. Unter anderem sagt Höpker-Aschoff:

„Es gilt, die staatsbürgerliche Mitte aus der Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Volksnationalen Bewegung zu bilden. Es ist ein Trugschluß, auch die anderen Elemente der neuen Rechten in die neue Staatspartei eingliedern zu wollen. Wie sollen wir auf die Dauer mit Westarp und Schiele gemeinsame Kulturpolitik, Wirtschaftspolitik und Außenpolitik machen können. Die neue Staatspartei, unsere Hoffnung, kann nur dann groß und mächtig sein, kann nur dann die Sehnsucht von Millionen von Staatsbürgern erfüllen, wenn ihr die entschlossene Richtung politischen Handelns nicht durch eine Verkoppelung mit wesensfremden Elementen verdorben wird."

Daß Höpker-Aschoff nicht mehr politisches Fingerspitzengefühl besitzt, wie er in diesen Sätzen offenbart, ist typisch für die Demokratische Partei und zeigt die Tragik, in der sie sich seit Jahren befunden hat. Höpker-Aschoff hätte eigentlich früher schon erkennen sollen, daß die Volkspartei kein wesensfremdes Element für ihn ist. Wie weit ist es doch mit den Demokraten gekommen, daß sie glauben, mit den Volksparteilern eins zu sein in gemeinsamer Kulturpolitik, Wirtschafts- und Außenpolitik.

Verdächtige Gestalten

Die Staatspartei soll der Schwerindustrie dienen

Berlin, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Der schwerindustrielle Kommerzienrat Röchling in Saarbrücken, der seit Jahren immer wieder das Bedürfnis hat, irgend eine politische Rolle zu spielen, hat sich in dem Krach zwischen Staatspartei und Volkspartei höchst persönlich und noch dazu telegraphisch als Vermittler angeboten. Das Telegramm an die Herren Scholz und Höpker-Aschoff als Vertreter von Koch-Weser lautet: „Unter Hinweis auf die Vorschläge der Kölnischen Zeitung habe ich mich bereiterklärt zur Vermittlung zwischen Volkspartei und Staatspartei, wenn beide Teile mich darum angehen sollten."

Inwieweit die Deutsche Volkspartei und die Staatspartei Herrn Röchling angehen werden, wissen wir nicht. Röchling ist ein Schwerindustrieller und ein als alles andere denn als Arbeiterfreund bekannter Unternehmer. Insofern kann über die Tendenz seiner Vermittlerabsicht kein Zweifel bestehen. Sie paßt zu unserer bisherigen Charakteristik der bürgerlichen Mitte.

Gefängnis für Rowdys

Neun Nationalsozialisten wegen Körperverletzung verurteilt

Mannheim, 5. August. (Drahtmeldung.) Das erweiterte Schöffengericht verurteilte neun Nationalsozialisten, die an dem Ueberfall auf eine Reichsbannergruppe am 24. Juli beteiligt waren, zu Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu sieben Monaten. Die Zeugen-Aussagen ergaben, daß die Angeklagten bei den Zusammenstößen die Angreifer waren. Die Anklage lautete auf schwere Körperverletzung.

Nachspiel zum Fall Cuvelier

Berlin, 5. August. (Drahtmeldung.) In Zusammenhang mit der Affäre Cuvelier hat nunmehr die Staatsanwaltschaft, wie wir erfahren, gegen die an den Beschimpfungen der französischen Sportleute in Zeitz beteiligten Nationalsozialisten ein Verfahren wegen Bedrohung, Nötigung und groben Unfug eingeleitet. Die Ermittlungen nach den weiteren Teilnehmern an diesen Vorgängen in der Nacht zum 7. Juli dauern noch an. Wenn es bis zur Anklageerhebung und zum Prozeß in dieser Sache kommt, dann würde damit zu rechnen sein, daß Cuvelier und sein Landsmann Bribouillet als Zeugen geladen werden.

Generalmajor Douglas Mac Arthur ist als Nachfolger des Generalmajors Charles Summerall zum Generalstabschef der amerikanischen Armee ernannt worden.

Der Brand des Kinotheaters in Sao Paulo, der gestern gemeldet wurde, hat im ganzen bisher vier Todesopfer gefordert. Sechs weitere Kinder befinden sich in Lebensgefahr. Sämtliche Opfer sind Kinder unter zehn Jahren.

Der Arbeitskommissar der Sowjetunion, Uglanow, ist von der Zentralexekutive seines Postens enthoben worden. Zu seinem Nachfolger wurde Anton Michaelowitsch Zichon ernannt. Der neue Arbeitskommissar, der 1887 geboren ist, war bisher Vorsitzender des Zentralkomittes des Bauarbeiterverbandes.

Amerikanische Goldausfuhr nach Frankreich. Heute wurde für zehn Millionen Dollar Gold nach Frankreich verschifft. Damit erhöht sich der Betrag des seit etwa drei Wochen nach Frankreich ausgeführten Goldes auf insgesamt 53 Millionen Dollar.

Reichskanzler Dr. Brüning hat zugleich im Namen der Reichsregierung an die Gattin des verstorbenen Siegfried Wagner ein herzliches Beileidstelegramm gerichtet.

SPD
GELSENKIRCHEN-BUER

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Samstag, den 9. dieses Monats, abends 7 Uhr, im kleinen Saale der Ausstellungshalle, Gelsenkirchen:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Reichstagswahl und Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag. Es werden die alten Delegierten entsandt.

Der Vorstand. I. A.: J. Brüntink.

Ortsgruppe Neustadt.

Donnerstag, um 20 Uhr: Versammlung bei Nepp, Martinstraße. Funktionäre und Agitationsleiter müssen unbedingt erscheinen.

Ortsgruppe Altstadt.

Die Agitationsleiter der Ortsgruppe Altstadt werden ersucht, heute (Dienstag), nachmittags ab 4 Uhr, im „Volkswillen" zu erscheinen, um das angekündigte Agitationsmaterial in Empfang zu nehmen.

Ortsgruppe Altstadt.

Die Agitationsleiter werden nochmals dringend ersucht, sofort das angekündigte Agitationsmaterial im „Volkswillen" in Empfang zu nehmen.

Ortsgruppe Buer-Scholven.

Heute, Mittwoch (Feierschicht), findet um 16 Uhr im Lokal Glos unsere Parteiversammlung statt. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Horst-Emscher, Ortsgruppe 2.

Am Donnerstag, dem 7. dieses Monats, abends 7 Uhr, findet im Lokale Gehb eine wichtige Funktionärsitzung statt. Tagesordnung: Reichstagswahl. Ferner sind besonders die Agitationsleiter und alle Mitglieder zu dieser Sitzung eingeladen, die sich für die Wahlarbeit zur Verfügung stellen.

Der Vorstand.

Ortsgruppe Bulmke.

Freitag, den 8. dieses Monats, um 20 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal Dehring, Hohenzollernstraße. Tagesordnung: Betrachtungen zur politischen Situation, Organisationsfragen. — Guter Besuch der Versammlung ist unbedingt notwendig.

Ortsgruppe Erle.

Wir nehmen geschlossen an der Verfassungsfeier teil und sammeln uns am Sonntag, dem 10. dieses Monats, nachmittags um 5 Uhr, am Lokal Grünewald. Es wird mit Musik abmarschiert.

Anläßlich der Verfassungsfeier findet am Montag, dem 11. dieses Monats, nachmittags um 4 Uhr, auf der Spielwiese auf Schloß Berge ein Kinderfest statt. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich mit ihren Kindern zahlreich einzufinden. Für Unterhaltungen ist bestens gesorgt.

Der Vorstand.

*

Voranzeige.

Den Genossinnen und Genossen hiermit zur Kenntnis, daß wir bei der nächsten Feierschicht, abends um 7 Uhr, im Lokal Grünewald eine wichtige Mitgliederversammlung abhalten. Restloses Erscheinen, da tüchtiger Referent zur Stelle sowie die Vorarbeiten zum kommenden Wahlkampf eingeleitet werden müssen, erwünscht. **Der Vorstand.**

AWO
ORTSAUSSCHUSS FÜR ARBEITERWOHLFAHRT GELSENKIRCHEN-BUER

Ferienveranstaltungen

Für alle Kinder, die mit in die Jugendherberge Staufee gehen, ist das Geld umgehend abzuliefern; für Gelsenkirchen im Büro der Arbeiterwohlfahrt, im August-Bebel-Haus. Die Kinder müssen mitnehmen: Wechselwäsche, Taschentücher, Handtuch, Badeanzug, Seife, Zahnbürste, Hausschuhe, Proviant nur für die Fahrt, Geld nur für Postkarten.

*

In der Freiluftschule finden sich die Kinder jeden Montag, Mittwoch und Freitag zusammen. Kinder und Helfer treffen sich in den verschiedenen Stadtbezirken morgens um 8.30 Uhr. Sie werden von 9 bis 18 Uhr in der Freiluftschule sein, zum erstenmal heute (Mittwoch), den 6. d. M. Jeder muß zu Beginn der Woche 30 Pfennig einzahlen. Dafür werden Getränke ausgegeben. Butterbrote müssen mitgebracht werden.

Es sammeln sich:

Bulmke, Bismarck, Altstadt und Hüllen im August-Bebel-Haus;

Neustadt und Ueckendorf am Moltkeplatz;

Feldmark, Schalke und Hebler am Schillerplatz und

Rotthausen am Volkshaus.

Gewerkschaftliches

Deutscher Metallarbeiterverband, Gelsenkirchen

Am Sonntag, dem 10. dieses Monats, vormittags 9 Uhr, findet im Metallarbeiterheim, Augustastraße 18, die

Delegierten-Versammlung

für das zweite Quartal 1930 mit folgender Tagesordnung statt:

1. Kassen- und Geschäftsbericht;
2. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Delegierten ist erforderlich. Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte mitbringen!

Achtung! Bezirksversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ueckendorf!

Am Samstag, dem 9. dieses Monats, abends 7.30 Uhr, findet im Lokal Serres, Bülowstraße, eine wichtige

Versammlung für den Bezirk Ueckendorf

statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag über das Krankenkassenwesen.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen aus dem genannten Bezirk ist unbedingt erforderlich.

Die Verbandsleitung.

Achtung! Bezirksversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Bulmke!

Am Samstag, dem 9. dieses Monats, abends 6.30 Uhr, findet im Lokal Hoof, Ecke Olga- und Hohenzollernstraße, eine wichtige

Versammlung für den Bezirk Bulmke

statt. Das Erscheinen aller Kollegen aus dem genannten Bezirk wird erwartet. **Die Verbandsleitung.**

SAJ
JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Sozialistische Arbeiterjugend, Gelsenkirchen.

Für Donnerstag, den 7. dieses Monats, haben wir wieder einmal etwas Besonderes auf Lager. Der Abend steigt unter dem Motto: „Auf der Landstraße." Wir sind alle pünktlich um 20 Uhr zur Stelle. Bringt neue Freundinnen und Freunde mit! — Freundschaft!

Sozialistische Arbeiterjugend, Bezirk Buer.

Wir verweisen nochmals auf die am heutigen Abend um 20 Uhr im Volkshaus stattfindende Funktionärsitzung. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Briefkasten der Redaktion

Taubenhalter. Wenn Sie die Tauben schon jahrelang gehalten haben und nachweislich eine Belästigung durch die Tauben und durch Verschmutzung des Bodens für die Mitbewohner des Hauses nicht in Frage kommt, können Sie nach Ansicht eines unserer juristischen Berater es getrost auf einen Prozeß ankommen lassen. Die Eisenbahndirektion täte u. E. gut daran, den Bogen nicht zu überspannen.

Arbeit in Belgien. Eine Einreise nach Belgien wird Ihnen durch das zuständige belgische Konsulat in Düsseldorf nur ermöglicht werden, wenn Ihnen ein belgischer Arbeitgeber bestimmte Zusagen auf Einstellung macht. Sie müssen dem Konsulat in Düsseldorf einen Arbeitsvertrag, der zwischen Ihnen und dem belgischen Arbeitgeber geschlossen wurde, unterschrieben vorlegen. Bei der Erledigung der Formalitäten ist Ihnen der Gelsenkirchener Verkehrsverein gern behilflich, der Ihnen auch sagt, welche Papiere Sie noch brauchen, um für die Ausreise nach Belgien völlig gerüstet zu sein. Das Einreisevisum kostet 21 RM.

A. B. Zu 1: Die Arbeiterin hat keine Ansprüche auf irgendwelche Rückzahlung von Beiträgen. Die Frage zu 2 erledigt sich damit von selbst.

August Bebel, Aus meinem Leben!

Dieses hervorragende Werk ist soeben neu erschienen
Alle 3 Teile in einem schönen Ganzleinenbande.
Preis 8.50 Mk.

Organisationspreis f. Parteimitglieder 6.75 Mk.

Aus dem Inhalt:

Teil I Aus der Kinder- und Jugendzeit / Lehr- und Wanderjahre / Eintritt in d. Arbeiterbewegung u. d. öffentliche Leben / Lassalles Auftreten / Soziale Erscheinungen / Wilhelm Liebknecht / Die Katastrophe von 1866 / Nach dem Krieg / Persönliches / Gewerkschaftsbewegung / Erste Verurteilung u. a.

Teil II Der Sozialdemokrat / Schweitzer u. d. Konservativen / Die Rebellion im Allg. Deutschen Arbeiterverein / Der Eisenacher Kongreß / Gründung d. sozialdemokratischen Arbeiterpartei / Im norddeutschen Reichstag u. d. Zollparlament / Der deutsch-französische Krieg / Unsere Verhaftung / Die erste Session des deutschen Reichstages / Dresdener Parteikongreß / Leipziger Hochverratsprozeß / Majestätsbeleidigungprozeß / Unsere Festungshaft / Von 1870 bis zum Vereinigungskongreß / Das Vereinigungswerk / Neue Verfolgungen / Das Hödel-Attentat u. seine Folgen / Das erste Ausnahmegesetz / Das Nobiling-Attentat u. a.

Teil III Die Beratung des Sozialistengesetzes / Die nächsten Wirkungen des Gesetzes / Die Gründung der illegialen Parteipresse / Der Sozialdemokrat / Die Verbreitung des „Sozialdemokrat" u. d. „rote Postmeister" / Kämple m. d. deutschen Polizei / Minierarbeit / Totgesagt / Der erste Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht / Die Züricher August-Konferenz / Ruhetage u. a.

Zum Studium des Sozialismus ist die Kenntnis dieser Lebenserinnerungen unbedingt notwendig,

Bestellungen nehmen alle Parteifunktionäre und Zeitungsboten entgegen

Volksbuchhandlung
Gelsenkirchen **Ringstraße 33**

Bestellschein.

Ich bestelle hiermit das Werk „Bebel, Aus meinem Leben", drei Teile in einem Bande. Ganzleinen gebunden, zum Preise von 8,50 Mk. — Organisationspreis für Parteimitglieder 6.75 Mk. — gegen Nachnahme — auf Buchkarte zahlbar in 4 Raten alle 14 Tage. (Nicht Zutreffendes streichen)

Name..... Beruf.....

Adresse .....

Schafwolle
Eintausch und Verarbeitung,
Stoffe — Garne
Strickwaren
G. A. Michel
Bahnhofstr. 12

EIN OFFENES WORT AN ALLE
LUISE OTTO
VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN
Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen
136. bis 145. Tausend.
Preis für das mit vielen Abbildungen versehene Büchlein nur 0.80 RM.
Zu haben bei den Zeitungsboten oder in der
Volksbuchhandlung
Gelsenkirchen
Ringstraße 33

Vogel-Futter
nur das allerbeste.
Göbel, Alter Markt 26
Goldfische, Aquarien

Wörishofener Gicht- und Rheuma-Tee
allein echt
Wörishofener Kräuterhaus
Hochstr. 24
Ecke Neustraße



Olympia-Korrespondenz-Schreibmaschine
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

DORTMUND
Schmiedingstr. 16
Bürohaus Handelshof
Telefon Nr. 341 87

BÜROS:
BERLIN N 21, Friedrichstr. 110-112 (Haus der Technik); BRESLAU, Kaiser-Wilhelm-Str 88-90; DORTMUND, Schmiedingstr. 16, I; DRESDEN, Neustädter Markt 11; DÜSSELDORF Wilhelmplatz 12; ERFURT, Mainzerhofplatz 13; FRANKFURT a. M., Friedensstraße 2; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-Straße 25-31; HANNOVER, Am Schiffgraben 15; KÖLN Weißenburgstr. 78 (Ecke Reichenspergerplatz); LEIPZIG, Nicolaistraße 10, II; MAGDEBURG, Otto von Guericke-Straße 11 (Roman Mayrhaus); NÜRNBERG, Lorenzer Platz 12, III; STUTTGART, Tübinger-Straße 33,

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters